

Hefte aus Burgscheidungen

Rolf Börner

Die verräterische Politik
der Führung der Adenauer-CDU
im Spiegel ihrer Parteiprogramme
(1945 - 1961)



64/65

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

In der Reihe der „Hefte aus Burgscheidungen“ sind bisher erschienen:

- *1 Günter Naundorf: Die Verwirklichung christlicher Anliegen im Sozialismus
- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- *3 Wolfgang Fischer: Christliche und marxistische Ethik
- *4 Dr. Hanfried Müller: Der Christ in Kirche und Staat
- *5 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Die Botschaft Jesu Christi in der Begegnung mit dem religionslosen Menschen
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- *7 Der Mißbrauch der Religion durch den Imperialismus
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- *9 Der Primas der Russischen Kirche — Zum 80. Geburtstag des Patriarchen Alexius
- 10 Dr. Hanfried Müller: Die Frankfurter Theologische Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften vom 4. Oktober 1958
- 11/12 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Berlin — nicht Frontstadt, sondern Friedensstadt
- *13 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Die halbstaatlichen Betriebe in der Deutschen Demokratischen Republik
- *14 Günter Wirth/Christa Johannsen: Die literarische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 15 Edmond Meclewski: Die polnischen Westgebiete — Eine demographische Untersuchung —
- 16 Prof. Dr. Johannes Lelpoldt: Ewiger Friede ist keine Utopie
- 17 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: NATO — die Heilige Allianz des 20. Jahrhunderts
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 20 Gerald Götting: Die Bewährung christlicher Existenz im Aufbau des Sozialismus
- *21 Zehn Jahre Deutsche Demokratische Republik — Von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zum Kampf um den Sieg des Sozialismus
- 22 Zehn Jahre DDR — zehn Jahre steten wirtschaftlichen Aufstiegs
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950

Hefte aus Burgscheidungen

Rolf Börner

Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945-1961)

1961

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Die Kölner Leitsätze (Vorläufiger Entwurf zu einem Programm der Christlichen Demokraten Deutschlands — Juni 1945)	5
II. Das Gründungsprogramm der CDU für die britische Zone (Parteiprogramm von Neheim-Hüsten — 1. März 1946)	21
III. Die Essener Leitsätze (Leitsätze der CDU für die Wirtschafts- und Sozialpolitik — 24. August 1946)	25
IV. Das Ahlener „Programm zur Neuordnung der Wirtschaft“ (1.-3. Februar 1947)	29
V. Die Düsseldorfer „Leitsätze zur Wirtschafts-, Sozial- und Agrarpolitik“ (15. Juli 1949)	39
VI. Das Hamburger Bundestagswahlprogramm (Programm der Christlich-Demokratischen Union — 22. April 1953)	45
VII. Das Hamburger Manifest (Programm der CDU zur 3. Bundestagswahl — 15. Mai 1957)	66
VIII. Das Kölner Manifest (Wahlmanifest der Christlich-Demokratischen Union zur 4. Bundestagswahl 1961 — 27. April 1961)	72

Aufgabe dieses Heftes soll es sein, die von der West-CDU seit ihrem Bestehen veröffentlichten Programme einer kritischen Analyse zu unterziehen. Diese verdienen um so mehr Beachtung, weil die Adenauer-CDU seit ihrem Bestehen noch kein grundsätzliches, endgültiges Parteiprogramm veröffentlicht hat.

Dabei wird sich erweisen, daß diese Partei zur Interessenvertreterin der westdeutschen Monopole geworden ist und damit ihre anfänglichen Forderungen und ursprüngliche Haltung aufgegeben, ihre Mitglieder und Anhänger demagogisch irreführt und verraten hat.

Eine solche Untersuchung wird zutage fördern, mit welcher verlogener Demagogie diese westdeutsche Monopolistenpartei ihre antinationale Politik der Spaltung Deutschlands, der Remilitarisierung und der inneren Diktatur zu bemänteln suchte und daß sie nicht mehr das geringste Recht hat, sich auf Christentum, auf Demokratie und auf Deutschland zu berufen.

Unausgesprochen wird in gleicher Weise deutlich werden, wie sehr unsere Christlich-Demokratische Union ihrem Gründungsauftrag treu geblieben ist und wie zuverlässig und verantwortungsvoll sie an einer Neuordnung der Gesellschaft mitwirkte und mitwirkt, die wirkliche Demokratie, echte Verwirklichung der gesellschaftlichen Grundanliegen der Christen und die Neubegründung unserer deutschen Nation bezweckt und erreichen wird.

Durch diese Entlarvung der Adenauer-Partei unsere Freunde und Bürger zu stärken in ihrem tatkräftigen Bekenntnis zu unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat, das soll das vornehmste Ziel dieses Heftes sein.

I. Die Kölner Leitsätze

(Vorläufiger Entwurf zu einem Programm der Christlichen Demokraten Deutschlands – Juni 1945)

Nach dem Zusammenbruch des deutschen Faschismus und Militarismus im Frühjahr 1945 sammelten sich in allen Teilen Deutschlands demokratische Kräfte, die von dem Willen beseelt waren, Lehren aus der deutschen Vergangenheit zu ziehen und ein neues, demokratisches, friedliebendes Vaterland aufzubauen. In der damaligen sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bildeten sich auf Grund des Befehls Nr. 2 der Sowjetischen Militäradministration und des Aufrufs der KPD vom 11. Juni 1945 die antifaschistisch-demokratischen Parteien. Am 26. Juni 1945 trat die Christlich-Demokratische Union der sowjetischen Besatzungszone mit ihrem Berliner Gründungsauftrag zum erstenmal an die Öffentlichkeit.

Zur gleichen Zeit sammelten sich auch in verschiedenen Orten der westlichen Besatzungszonen christliche Politiker aus der Weimarer Republik — vorwiegend aus der Zentrumspartei, der Deutschen Staatspartei, dem Christlich-Sozialen Volksdienst und der christlichen Gewerkschaftsbewegung —, um über die Bildung einer demokratischen Partei auf christlicher Grundlage zu beraten. Die bedeutendste und für die weitere Entwicklung einflußreichste Gründung war die Kölner, die am 18. Juni 1945 im Kolpinghaus zu Köln erfolgte. Unmittelbar danach fanden im Dominikanerkloster Walberberg am Stadtrand von Köln weitere Beratungen dieses Gründerkreises statt, dem u. a. der frühere Zentrumspolitiker Dr. Schwering und der Dominikanerpater Welty angehörten.

Das Ergebnis dieser Beratungen waren die „Kölner Leitsätze“, die als „Vorläufiger Entwurf zu einem Programm der Christlichen Demokraten Deutschlands, vorgelegt von den Christlichen Demokraten Kölns im Juni 1945“ bezeichnet wurden und die Überschrift „Ein Ruf zur Sammlung des deutschen Volkes“ trugen. Der Inhalt dieses Programms soll nun einer eingehenderen Betrachtung unterzogen werden.¹⁾

Die Einleitung nimmt etwa ein Drittel des ganzen Programms ein. In ihr distanzieren sich die Christlichen Demokraten Kölns klar vom Faschismus:

„Der Nationalsozialismus hat Deutschland in ein Unglück gestürzt, das in seiner langen Geschichte ohne Beispiel ist. Er

¹⁾ Alle Zitate der Kölner Leitsätze und des Programms der Christlichen Demokraten Westfalens und des Rheinlandes sind entnommen aus: Dr. Leo Schwering, Die Entstehung der CDU, Köln-Lindenthal 1946, S. 32–37

bedeckte den deutschen Namen vor aller Welt mit Schmach und Schande.“

Die Mitschuld des deutschen Militarismus und Imperialismus wurde richtig erkannt und ausgesprochen:

„Mit dem Größenwahnsinn des Nationalsozialismus verband sich die ehrgeizige Herrschaftsucht des Militarismus und der großkapitalistischen Rüstungsmagnaten.

Am Ende stand der Krieg, der uns alle ins Verderben stürzte. ...

Darum fort mit Diktatur und Tyrannei, Herrenmenschentum und Militarismus!“

Neben diesen durchaus zu bejahenden Aussagen stehen aber auch andere, denen man mit einer gewissen Skepsis begegnen muß. So heißt es zum Beispiel über die Ursachen des faschistischen Unheils:

„Nie wäre dies alles über uns gekommen, wenn nicht breite Kreise unseres Volkes von einem habgierigen Materialismus sich hätten leiten lassen.

So erlagen allzu viele der nationalsozialistischen Demagogie, die jedem Deutschen ein Paradies auf Erden versprach.

Ohne eigenen sittlichen Halt verfielen sie dem Rassenhochmut und einem nationalistischen Machtrausch.“

Abgesehen von dieser verächtlich-falschen Verwendung des Begriffs „Materialismus“ fehlt hier das für die Mehrheit der Christen im Jahre 1945 kennzeichnende Bekenntnis einer eigenen Schuld. War es doch gerade auch die opportunistische Haltung großer kirchlicher Kreise beider Konfessionen, die das Erstarken der faschistischen Diktatur ermöglichte. Die Schuldbekennnisse der evangelischen Kirche von Stuttgart und des deutschen katholischen Episkopats von Fulda im gleichen Jahre betonten demgegenüber ausdrücklich die Mitschuld der Kirchen an dem Unheil, das der Faschismus über Deutschland und die Welt heraufbeschworen hatte.

Selbstverständlich ging die Einleitung der Kölner Leitsätze darauf ein, wie das neue Deutschland aussehen sollte. Sie enthielt im allgemeinen solche Forderungen, die bürgerlich-demokratische Parteien besonders in der Weimarer Republik gestellt hatten. Zweifellos wäre die Wiederherstellung einer bürgerlichen Demokratie auf antifaschistischer Grundlage ein Fortschritt gegenüber der faschistischen Gewaltherrschaft gewesen, wenn diese Forderung der Kölner Leitsätze verwirklicht worden wäre:

„Ein freies Volk soll wiedererstehen, dessen Grundgesetz die Achtung menschlicher Würde ist.

Ein neues Deutschland soll geschaffen werden, das auf Recht und Frieden gegründet ist.

Unsere Jugend soll wieder lernen, daß nicht Macht, sondern Geist die Ehre Deutschlands vor der Welt ausmacht.

Wahrheit, Ehrlichkeit und Treue zum gegebenen Wort soll unser öffentliches Leben leiten.

Lüge, Verstellung und Heuchelei, diese Pest des Hitlerismus, sollen niemals wiederkehren.“

Das sind wirklich demokratische — wenn auch in ihrem gesellschaftlichen Gehalt z. T. etwas unklare Forderungen, die den Interessen aller Menschen Westdeutschlands entsprechen und zu begrüßen sind — wenn sie von der West-CDU stets und konsequent verwirklicht worden wären! Aber gerade das war nicht der Fall, so daß mit Recht die Ehrlichkeit dieser Forderungen wenigstens für einen Teil des Gründerkreises bezweifelt werden muß.

Neben diesen klaren Aussagen finden sich in den Kölner Leitsätzen jedoch auch verschwommene, die von reaktionären Kräften dann sehr bald für ihre politischen Ziele ausgenutzt worden sind. So ist beispielsweise der Abschnitt:

„Was uns in dieser Stunde der Not allein noch retten kann, ist eine ehrliche Besinnung auf die christlichen und abendländischen Lebenswerte, die einst das deutsche Volk beherrschten und es groß und angesehen machten unter den Völkern Europas.“

Ausgangspunkt für die in den folgenden Jahren gerade von der West-CDU entwickelte Europa- und Abendlandideologie im Sinne der „Integration“ Westdeutschlands in die NATO und die EWG.

Es war ein Gebot der Zeit, daß jede demokratische Partei des Jahres 1945 sich mit sozialen Fragen, mit der sozialen Neugestaltung der Gesellschaft befassen mußte, wollte sie Resonanz bei den Volksmassen finden. So tat es auch die Kölner Christlich-Demokratische Partei bei ihrer Gründung. Tatsächlich nahmen bei den Gründungsbesprechungen in Walberberg diese Fragen breiten Raum ein — ein Zeichen, daß einmal die christlichen Werktätigen sehr stark eine soziale Neuordnung verlangten, daß aber andererseits diese Forderungen von den in der Partei vorhandenen Kräften der Reaktion aufgegriffen wurden mit dem Ziel, sie in ihnen ungefährliche Bahnen abzuleiten. Die sozialen Losungen der Kölner Leitsätze laufen auf die Propagierung eines „dritten Weges“ hinaus.^{*)} Hierbei spielt bis in die Gegenwart der Begriff des „Gemeinwohls“ eine besonders große Rolle; so auch in den Kölner Leitsätzen:

„Soziale Gerechtigkeit und soziale Liebe sollen eine neue Volksgemeinschaft beschirmen, die die gottgegebene Freiheit des einzelnen und die Ansprüche der Gemeinschaft mit den Forderungen des Gemeinwohls zu verbinden weiß.“

So wurde in den Kölner Leitsätzen — im Gegensatz zum Inhalt des Berliner Gründungsaufrufs — bewußt eine Abgrenzung gegen die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse, eine Scheidung von deren sozialistischen Zielen vorgenommen. Unter Verwendung antikommunistischer Parolen sollte damit die Aktionseinheit der Arbeiterklasse bei der Lösung der sozialen Frage in den Westzonen verhindert werden. Dies geschah dadurch, daß sich die demagogische Propaganda der Kölner

^{*)} vgl. hierzu: Wolfgang Heyl/Viktor Thiel/Erwin Krubke/Rolf Börner, Es gibt keinen dritten Weg, Hefte aus Burgscheidungen Nr. 40

Parteigründung auf die „christliche Soziallehre“ berief und sie als alleinigen Weg zur Lösung der sozialen Frage ausgab. In den Kölner Leitsätzen heißt es dazu:

„So vertreten wir einen wahren christlichen Sozialismus, der nichts gemein hat mit falschen kollektivistischen Zielsetzungen, die dem Wesen des Menschen von Grund aus widersprechen.

Unser fester Wille aber ist es, eine soziale Ordnung aufzurichten, die der demokratischen Überlieferung der deutschen Vergangenheit ebenso entspricht wie der Weite und dem Geiste des christlichen Naturrechtes.

Im Glauben an den lebendigen Gott beugen wir uns vor seinen Geboten, den wahren und einzigen Stützen sozialer Ordnung und Gemeinschaft.“

Dieser Weg führt aber auf keinen Fall zu einer sozialen Ordnung oder gar zum Sozialismus, sondern zur Stärkung des Imperialismus, wie das die Entwicklung in der Bundesrepublik deutlich gezeigt hat. Im Gegensatz dazu betonte der Berliner Gründungsaufruf bekanntlich:

„Die Volksvertretung soll die brüderliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller die Demokratie bejahenden Parteien und aller aufbauwilligen Kräfte verwirklichen ...

Wir erkennen die Kraft an, die von der Arbeiterschaft in das Volksganze einströmt ...

Folgt unserem Ruf zu einer großen Partei, die mit den anderen Parteien der neuen Demokratie gemeinsam am Aufbau Deutschlands arbeiten will.“³⁾

Wie sehr schon dieser Kölner Gründerkreis von Unverständnis, ja auch von Feindschaft zur Arbeiterklasse erfüllt war, geht auch aus dem Schluß der Einleitung zu den Kölner Leitsätzen hervor. Dort heißt es:

„Zu Beginn des schweren Werkes gedenken wir der Toten auf den Schlachtfeldern des Krieges und unter den Ruinen unserer Städte und Dörfer.

In Ehrfurcht neigen wir uns vor den Blutzügen des christlichen Glaubens und der bürgerlichen Freiheit, die dem Nationalsozialismus zum Opfer fielen.

Im Geiste dieser Toten sind wir fest entschlossen, dem deutschen Volk im Rahmen des Reiches mit all unseren Kräften zu dienen.“

Dabei wird der opferreiche und heldenhafte Widerstandskampf der deutschen Arbeiterklasse unter der Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands völlig ignoriert. Dieses Verhalten ist zugleich kennzeichnend für die reaktionäre Geschichtsauffassung in Westdeutschland, die den Widerstandskampf auf den 20. Juli 1944 reduziert, nur bürgerliche und christliche Kräfte hervorhebt und die Rolle der Arbeiterklasse als der wesentlichsten und konsequentesten Kraft des antifaschistischen Widerstandskampfes zu verschweigen sucht.⁴⁾

³⁾ Dokumente der CDU, Band I, Berlin 1956, S. 20 ff.

⁴⁾ Näheres darüber bei: Gerhard Krüger, Die Darstellung der wichtigsten Probleme des zweiten Weltkrieges in der reaktionären Geschichtsschreibung Westdeutschlands, Hefte aus Burgscheidungen Nr. 37, S. 28—36

Wenden wir uns nun dem Hauptteil der Kölner Leitsätze zu. Zunächst fordern sie die Wiederherstellung der durch den Faschismus beseitigten Grundrechte der Staatsbürger: Anerkennung der Menschenwürde, Wiederherstellung des Rechtsstaates, Rede-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Freiheit der religiösen Bekenntnisse, Schutz der Familie, Förderung der Frau und der Jugend, Recht der Eltern auf die Erziehung der Kinder, Freiheit des kulturellen Schaffens (Punkte 1 bis 7). Wie wenig die Adenauer-CDU davon bis heute verwirklicht hat, wird besonders aus den Sätzen 3 und 4 deutlich:

„3. Die Gerechtigkeit ist das Fundament des Staates. Der Rechtsstaat wird wiederhergestellt. Die Gerichtsbarkeit ist unabhängig und frei. Ihr einziger Leitstern ist das Gesetz, vor dem alle gleich sind.

4. Jeder Deutsche hat das Recht, seine Meinung in Wort und Schrift im Rahmen der bestehenden Gesetze frei zu äußern. Die Vereins- und Versammlungsfreiheit wird gewährleistet.“

Daß diese Grundsätze von 1945 für die Partei im Jahre 1961 völlig „vergessen“ sind, hat der diesjährige Kölner Parteitag der West-CDU in aller Deutlichkeit bewiesen. Dort erklärte beispielsweise der Innenminister Schröder:

„Wir werden die Gegner unserer Ordnung noch härter bestrafen ... Die Bundesrepublik wird sich im Ernstfalle ... auf den Notstandsvorbehalt der alliierten Streitkräfte einerseits und auf das übergesetzliche Notstandsrecht andererseits stützen müssen.“⁵⁾

Die lange Kette von Maßnahmen gegen alle die Kräfte, die — ganz gleich, in welcher Form und von welcher weltanschaulichen oder sozialen Position aus — für eine Politik des Friedens, der Abrüstung und der Verständigung eintreten, beweist, daß dieser „Ernstfall“ nicht irgendwann zu erwarten ist, sondern bereits begonnen hat. Diese Aktionen des Bonner Staates, die ganz offen gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik verstoßen, führten bereits zum widerrechtlichen Verbot der KPD und anderer demokratischer Organisationen und äußern sich heute in Terrorurteilen gegen friedliebende Bürger aus beiden deutschen Staaten, in verstärkter Zwangsrekutierung, in Errichtung der offenen klerikal-militaristischen Diktatur.

Eine völlig restaurative Tendenz weisen die Kölner Leitsätze in bezug auf die Einheit Deutschlands auf, indem sie im Punkt 8 feststellen:

„Der Zentralismus wird als undeutsch abgelehnt. Deutschland gliedert sich in selbständige freie Länder. Ihr Zusammenschluß erfolgt in der Form des freien republikanischen Bundes.“

Das stellt die Grundlage sowohl für die Spaltungspolitik der Adenauer-CDU als auch für den späteren föderativen Charakter des westdeutschen Separatstaates dar.

Punkt 9 fordert die Wiederherstellung der „Selbstverwaltung der Gemeinden und provinziellen Verbände“.

⁵⁾ zitiert in: Neues Deutschland, Nr. 129 vom 11. Mai 1961, S. 3

Von besonderem Interesse sind die nun folgenden Punkte 10 bis 14, in denen die wirtschaftlichen Grundsätze der Partei dargelegt werden. Sie zeigen, wie sehr sich die Adenauer-CDU von ihren ursprünglichen Prinzipien entfernt, sie verraten und ihre Politik gerade ins Gegenteil verkehrt hat.

Die Eigentumsverhältnisse behandelt Punkt 10 der Kölner Leitsätze:

„Das Recht auf Eigentum wird gewährleistet. Die Eigentumsverhältnisse werden nach dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit und den Erfordernissen des Gemeinwohls geordnet. Durch gerechten Güterausgleich und soziale Lohngestaltung soll es dem Nichtbesitzenden ermöglicht werden, zu Eigentum zu kommen. Das Gemeineigentum darf soweit erweitert werden, wie das Allgemeinwohl es erfordert. Post und Eisenbahn, Kohlenbergbau und Energieerzeugung sind grundsätzlich Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes. Das Bank- und Versicherungswesen unterliegt der staatlichen Kontrolle.“

Bis in die Gegenwart hinein verkündet die West-CDU in fast jedem Wahlprogramm diese Losung des Rechts auf Eigentum und seiner Sicherung. Damit wird grundsätzlich das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln garantiert.⁵⁾ Es soll allenfalls neu geordnet werden „nach dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit und den Erfordernissen des Gemeinwohls“.

So wird bereits in den Kölner Leitsätzen die spätere Demagogie von der „Sozialpartnerschaft“, der „Gewinnbeteiligung“ und dem „Miteigentum“ in Ansätzen sichtbar. Denn wenn von „Gemeineigentum“ die Rede ist, dann ist darunter nicht etwa die Überführung in Volkseigentum zu verstehen, wie sie auf Grund des Volksentscheides in der damaligen sowjetischen Besatzungszone geschah. Trotzdem ist auch eine progressive Tendenz dieser Forderung unverkennbar. Sie richtet sich gegen die Machtkonzentration des Kapitals in den Händen einzelner Monopolverbände und verlangt die Unterordnung der privatkapitalistischen Interessen unter die der Allgemeinheit. Der Einfluß des Privatkapitals soll aus den Schlüsselpositionen verdrängt werden durch staatliche Kontrolle und öffentliche Unternehmen. Wie wenig ernst es jedoch der Adenauer-Partei damit ist, wird bewiesen durch den jetzigen Prozeß der Reprivatisierung der bundeseigenen Betriebe. Diese Werke, die Eigentum des imperialistischen westdeutschen Staates sind und in den Nachkriegsjahren von den westdeutschen Werkstätten durch ihre Arbeit und ihre Steuergelder zu rentablen Betrieben ausgebaut worden sind, werden nunmehr den Konzerngruppen wieder zugeschoben.

Punkt 11 der Kölner Leitsätze befaßt sich grundsätzlich mit den wirtschaftlichen Zielen und Aufgaben:

„Das Ziel der Wirtschaft ist die Bedarfsdeckung des Volkes auf der Grundlage einer freien körperlichen Selbstverwaltung. Die Vorherrschaft des Großkapitals, der

privaten Monopole und Konzerne wird gebrochen (vom Verfasser hervorgehoben). Privatinitiative und Eigenverantwortlichkeit werden erhalten. Mittel- und Kleinbetriebe werden gefördert und vermehrt.“

Und heute? Heute denkt die Adenauer-CDU nicht im entferntesten daran, diesen wirtschaftspolitischen Grundsatz ihres ersten Programms auch nur im geringsten zu erfüllen. Sie ist heute ganz offensichtlich die Interessenvertreterin der westdeutschen Monopole und personell sowie institutionell aufs engste mit ihnen verflochten. Es wird noch gezeigt werden, wie gerade dieser Grundsatz in den folgenden Leitsätzen und Programmen immer mehr verdrängt wurde, bis die jüngsten Programme das Wollen des Monopolkapitals und des Militarismus völlig widerspiegeln. Die Praxis in der Bundesrepublik zeigt auch, daß die Politik der Regierungspartei — entgegen den Kölner Leitsätzen — immer mehr zum Ruin der Klein- und Mittelbetriebe geführt hat. Den kleinen und mittleren Unternehmen erklärte „beruhigend“ der Frankfurter Bankier von Beethmann: „Die Pleite gehört zur Marktwirtschaft wie die Zigarre zu Professor Erhard.“⁷⁾ Diese zur Marktwirtschaft gehörige Pleite bezieht sich selbstverständlich nur auf die Klein- und Mittelbetriebe; denn ihr Schicksal hat seit 1945 noch nicht ein einziger Großbetrieb erlitten.

Zweifellos ist Punkt 12 der Kölner Leitsätze insofern besonders bemerkenswert, weil in ihm einmal die fortschrittlichen sozialen Gedanken deutlich sind; zum anderen zeigt wiederum auch gerade dieser Punkt, wie weit sich die West-CDU von den damals aufgestellten Forderungen seitdem entfernt hat. Er befaßt sich mit den Aufgaben der Partei den Arbeitern gegenüber und sagt aus:

„Die menschliche Arbeit wird gewertet als sittliche Leistung, nicht als Ware. Im Zuge einer großangelegten Arbeitsbeschaffung ist die Beteiligung aller Arbeitswilligen am Aufbau des deutschen Lebensraumes zu ermöglichen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen werden tariflich geregelt. Der erwachsene arbeitende Mensch hat Anspruch auf einen Lohn, der ihm die Gründung und Erhaltung einer Familie ermöglicht. Die Leistungen der Sozialversicherung sollen grundsätzlich erhalten bleiben. Der Aufbau der Gewerkschaften und der sonstigen Berufsvertretungen ist zu sichern.“

Das sind große und schöne Worte, die insbesondere auch christliche Werktätige veranlaßt haben, der CDU zu vertrauen, enthalten sie doch in der Wertung der Arbeit letztlich eine Absage an die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, unter denen die menschliche Arbeitskraft zur Ware wird. Das Vorhaben der Arbeitsbeschaffung scheint äußerlich durch die derzeitige wirtschaftliche Hochkonjunktur in Westdeutschland erfüllt zu sein. Aber trotz dieser Tatsache und trotz der steigenden Rüstungsproduktion gab es Mitte 1960 immer noch

⁷⁾ zitiert in: Wie sieht es drüben aus? — Wissenswertes über Westdeutschland, Berlin 1953, S. 80

⁵⁾ siehe auch: Heyl/Thiel/Krubke/Börner, a. a. O., S. 23

etwa 140 000 Arbeitslose in Westdeutschland.⁸⁾ Dazu kommt noch die trotz des „Wirtschaftswunders“ rasch anwachsende Existenzunsicherheit, die durch die erhöhte Ausbeutung einerseits und vor allem durch den gefährlichen Kriegskurs Bonns andererseits hervorgerufen wird, so daß selbst der sehr weit auf dem rechten Flügel der SPD-Führung stehende Vorsitzende des DGB, Willy Richter, am 19. Mai 1958 auf dem Stuttgarter SPD-Parteitag zugeben mußte:

„Die Sorgen der Millionen schaffender Menschen bestehen in den bängigen Fragen: Wird uns der Arbeitsplatz erhalten bleiben? Wird unser Lebensstandard verbessert werden? Wird uns der Frieden bewahrt bleiben? Die Gewerkschaften fordern daher eine Politik der Vollbeschäftigung, eine gerechte Verteilung des Sozialprodukts und eine allgemeine Abrüstung!“⁹⁾

Statt aber diese Forderungen in die Tat umzusetzen, weicht die rechte DGB-Führung immer mehr vor der antidemokratischen, gewerkschaftsfeindlichen Politik der Adenauer-CDU zurück. Wie diese heute über die Gewerkschaften denkt, ging aus dem Diskussionsbeitrag des Bundestagsabgeordneten Barzel auf dem Kölner Parteitag 1961 hervor, in dem dieser rigoros forderte, die Gewerkschaftsführer, die mit der Politik der CDU sympathisieren, zu kaufen, die anderen einzusperren.

Auch von dem Betriebsräteamt der Arbeiter ist nicht viel übriggeblieben. Dafür hat das berüchtigte Betriebsverfassungsgesetz gesorgt, das von den Betriebsräten nach §§ 49 und 67 die „vertrauensvolle“ Zusammenarbeit mit den Unternehmern „zum Wohl des Betriebes“ verlangt und ihnen verbietet, „politische Gespräche“ im Betrieb zu führen oder gar „Maßnahmen des Arbeitskampfes“ gegen die Unternehmer zu ergreifen. Darüber hinaus hat das Bundesarbeitsgericht den Unternehmern das Recht zugesprochen, Betriebsratsmitglieder fristlos zu entlassen.¹⁰⁾

Die in den Kölner Leitsätzen erhobene Forderung, die Leistungen der Sozialversicherung zu erhalten, läßt schließlich das Krankenkassengesetz völlig fallen. In der von der West-CDU herausgegebenen Zeitschrift „Soziale Ordnung“ wird die Mehrbelastung der Versicherten durch diese „Krankenkassenreform“ auf jährlich 1,6 Mrd. ND angegeben. Dies wurde auf dem Karlsruher Parteitag der CDU im Jahre 1960 von Herrn Blank damit begründet, auch der „kleine Mann“ müsse zur Übernahme von Soziallasten bereit sein; er sei ja im Produkt seiner Arbeit „hinreichend beteiligt“. Welch ein Hohn sowohl auf die tatsächliche Situation der westdeutschen Arbeiter als auch auf das von der gleichen Partei verkündete Programm von 1945!

Die Aufgaben der Partei in der Landwirtschaft sind im Punkt 13 der Kölner Leitsätze festgelegt. Dort heißt es u. a.:

⁸⁾ vgl. darüber: Erwin Krubke, Soziale Sicherheit ist nur im Sozialismus möglich, Hefte aus Burscheidungen Nr. 51 S. 14

⁹⁾ zitiert in: Wie sieht es drüben aus?, a. a. O., S. 96/97

¹⁰⁾ Näheres darüber: ebenda, S. 101—103

„Durch großzügige Immensiedlung ist die Zahl der selbständigen Bauernhöfe und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe zu vermindern.“

Dieser Punkt enthält ebenfalls fortschrittliche Tendenzen; richtet er sich doch gegen die ökonomische Grundlage des preußisch-deutschen Junkertums, den landwirtschaftlichen Großgrundbesitz. Aber in Wirklichkeit wird heute zur „Verbesserung der Agrarstruktur“ der Prozeß der Konzentration der Landwirtschaft in Westdeutschland ausschließlich im Interesse des Großgrundbesitzes und der Großbauern durchgeführt. So mußten nach dem „Grünen Bericht“ 1960 in den letzten zehn Jahren 323 600 Bauern ihre Höfe aufgeben. Darüber hinaus erklärte der Bonner Landwirtschaftsminister Schwarz (CDU) in der „Agrarpolitischen Presse-Korrespondenz“ Nr. 20 vom 20. Januar 1960, weitere 200 000 bis 300 000 nicht lebensfähige Betriebe würden in den kommenden Jahren noch verschwinden.¹¹⁾

Ebensowenig wie die Partei ihre Versprechungen den Bauern gegenüber einhielt, tat sie es gegenüber den Handwerkern. In Punkt 14 der Kölner Leitsätze wird davon gesprochen, daß das „Handwerk ein selbständiger und gleichberechtigter Berufsstand neben der Industrie, Landwirtschaft und Handel“ sei und „das handwerkliche Genossenschaftswesen gefördert“ werden solle. Auch hier sieht die von der CDU als Regierungspartei geschaffene Wirklichkeit anders aus. Ein großer Teil der Handwerksbetriebe fällt im Konkurrenzkampf den Monopolen zum Opfer. So gingen seit 1949 weit über 150 000 westdeutsche Handwerksbetriebe zugrunde. Trotz der Existenz eines „Arbeitskreises Mittelstand“, der „die Ordnung der Wirtschaft durch die Ordnung der Mitte“ betont, hat sich die West-CDU bisher nicht um die Verbesserung der Lage der Handwerker und um ihren Schutz vor der Konkurrenz der Monopole bemüht.

Im letzten Teil der Leitsätze (Punkte 15 bis 20) wurden die notwendigen Maßnahmen und politischen Prinzipien nach dem Zusammenbruch des faschistischen Deutschlands und dem furchtbaren Ende des zweiten Weltkrieges festgelegt. Sie verdienen unsere besondere Beachtung. Punkt 15 behandelt die Fragen der Lastenverteilung und Entschädigungen nach dem Krieg:

„Die nach der Katastrophe des Hitlerregimes in besonderem Ausmaß wachsenden Lasten sind nach sozialen Gesichtspunkten gerecht zu verteilen. Die Kriegsschäden sind als gemeinsame Last auf das ganze Volk umzulegen. Ihre Regulierung darf nur nach Maßgabe des Vermögens und des Einkommens des einzelnen erfolgen. Die für den Krieg und seine Verlängerung Verantwortlichen sind von der Entschädigung auszuschließen. Die Gewinne der nationalsozialistischen Konjunkturzeit und die Kriegsgewinne sind durch besondere Steuer zu erfassen.“

¹¹⁾ Über die Situation in der westdeutschen Landwirtschaft vgl. E. Krubke, a. a. O. S. 11/12; H. Zillig, Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft, Hefte aus Burscheidungen Nr. 61, S. 17 ff.

Freilich sind die hier geforderten Maßnahmen gegen Kriegsverbrecher und Kriegsgewinnler recht schwach (von einer Bestrafung ist beispielsweise nicht die Rede), doch ist immerhin der Wille ersichtlich, mit der unheilvollen Vergangenheit Schluß zu machen und soziale Gerechtigkeit walten zu lassen. Aber von alledem ist so gut wie nichts geschehen. Die separate Währungsreform legte die Lasten eindeutig auf die Schultern der Werktätigen zugunsten der wieder stark werdenden Imperialisten. Viele Kriegsverbrecher und Verantwortliche für die Nazidiktatur sitzen längst wieder in Amt und Würden in der Bundesrepublik, sowohl in der Regierung als auch in der Adenauer-CDU, und setzen ihre alte militaristische und faschistische Politik fort, über 1100 faschistische Blutrichter sprechen Bonner Unrecht, Hunderte ehemalige Gestapo- und Nazi-Polizei-offiziere hüten die „Ordnung“ der Bundesrepublik, Dutzende prominenter Nazidiplomaten vertreten Westdeutschlands Herrschaftsansprüche im Ausland. Oder besteht die „Wiedergutmachung“ beispielsweise des Herrn Globke etwa in seiner Funktion als Staatssekretär im Bundeskanzleramt? Es ist der Öffentlichkeit in der Welt hinreichend bekannt, wie die Vertreter der USA-Monopole die westdeutschen Imperialisten geschützt und gestützt haben und es ihnen ermöglichten, sehr bald ihre alte Machtposition wieder einzunehmen, obwohl noch 1947 der amerikanische Hauptankläger der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse, General Taylor, über Krupp, Thyssen, Flick und Stinnes gesagt hatte: „Sollte die Schuld dieser Angeklagten nicht ans Tageslicht gezogen und sie nicht entsprechend bestraft werden, so werden sie für den künftigen Frieden der Welt eine größere Gefahr darstellen als seinerzeit Hitler.“ Dieses come-back der Konzerne wurde von Anfang an unterstützt von führenden Vertretern der West-CDU, vor allem von Dr. Adenauer.¹²⁾

Im Punkt 16 der Kölner Leitsätze wird vom Wiederaufbau der zerstörten Städte und Dörfer gesprochen. In diesem Zusammenhang heißt es darin:

„Unzulängliche Behelfsheime sind zu vermeiden.“

Aber heute noch — 16 Jahre nach Kriegsende — leben trotz umfangreicher Neubauten fast zwei Millionen Menschen in Lagern, Baracken, Bunkern, Kellern und Notunterkünften. Allein die Zahl der Obdachlosen wird auf etwa 350 000 geschätzt. Das ist nicht verwunderlich, wenn man sich die laufenden Mieterhöhungen vor Augen hält; die Wohnraumverteilung erfolgt nicht nach sozialen und gerechten Gesichtspunkten, sondern nach dem Profit.

Punkt 17 der Kölner Leitsätze lautet:

„Alle Formen des öffentlichen Gemeinschaftslebens kommen aus der Demokratie. Ein Mißbrauch der Demokratie, vor allem zu nichtdemokratischen Zwecken, wird nicht geduldet.“

¹²⁾ Näheres über die Wiederherstellung der Macht der Imperialisten in Westdeutschland in: Denk ich an Deutschland, herausgegeben vom Union-Pressedienst, Berlin 1957, S. 34—42

Das ist eine klare Absage an alle faschistischen und diktatorischen Bestrebungen. Heute wird der Inhalt dieses Punktes völlig verdreht und ausgerechnet den antifaschistischen und demokratischen Kräften Westdeutschlands, vor allem den kommunistischen Arbeitern, die sich für ein friedliebendes und demokratisches Deutschland einsetzen, „Mißbrauch der Demokratie“ vorgeworfen. Statt dessen zerstörte die Bonner CDU-Regierung systematisch die anfängliche — wenn auch nur formale — bürgerliche Demokratie und errichtete einen klerikal-militaristischen Obrigkeitsstaat. Selbst die bürgerliche westdeutsche Zeitung „Die Welt“ mußte in ihrer Ausgabe vom 18. November 1960 zugeben: „Mit dem Gesetz über die ‚Ein- und Ausreise‘, das bereits in seiner ersten Lesung vom Bundestag behandelt wurde, wird die im Artikel 11 des Bonner Grundgesetzes festgelegte Freizügigkeit aufgehoben und ein Polizeistaat aufgebaut, wie er nur aus den finstersten Jahren der Nazibarbarei bekannt ist.“ Und Bundesinnenminister Schröder verlangte auf dem Kölner Parteitag „Härte gegen politische Verbrecher“ und eine „kämpferische Demokratie“.

Punkt 18 der Kölner Leitsätze besagt:

„Das Parlament ist auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zu wählen.“

Auf diesen Punkt wird später nochmals eingegangen werden.

Von besonderer Aktualität ist der Punkt 19, in dem es heißt:

„Das öffentliche Leben und die gesamte deutsche Wirtschaft sind von unzuverlässigen Elementen zu säubern.“

Heute denkt seitens der CDU-Führung niemand mehr daran, diesen Punkt noch zu verwirklichen. Die Weltöffentlichkeit hat Herrn Globke als intellektuellen Urheber der Nürnberger Gesetze und Verantwortlichen für die „Endlösung“ der Judenfrage erkannt und prangert ihn an. Herr Oberländer ist wegen seiner Verbrechen gegen die Menschlichkeit vom Obersten Gericht der Deutschen Demokratischen Republik verurteilt. Aber nach wie vor sind beide — und Tausende ihrer Gesinnungsgenossen — „ehrenwerte Männer“ im Bonner Staat und in ihrer Partei.

Der letzte Punkt der Kölner Leitsätze befaßt sich mit den von der West-CDU 1945 vertretenen Prinzipien der zukünftigen deutschen Außenpolitik. Er zeigt wohl am deutlichsten, wie sehr diese Partei bis heute ihre Gründungsrichtlinien verraten hat. Dieser Punkt 20 lautet:

„Grundlage der deutschen Außenpolitik ist die Achtung fremden Volkstums und die treue Innehaltung der Verträge. Es muß Gemeingut des ganzen Volkes werden, daß die Politik der Gewalt und des Krieges nicht nur eine Versündigung am eigenen Vaterland, sondern auch ein Verbrechen an der Menschheit ist. Deutschland muß führend sein in der Verwirklichung der Sehnsucht der Völker nach einem ewigen Frieden.“

Dagegen verkündete Parteichef Adenauer auf dem Kölner CDU-Parteitag 1961 großspurig das glatte Gegenteil von Köln

1945: „Nur auf der Basis der atomaren Stärke darf mit der Sowjetunion verhandelt werden.“ Auch Gerstenmaier proklamierte dort die revanchistischen Forderungen der Partei nach der Wiederherstellung der Grenzen von 1937. Er wurde noch übertroffen durch den CDU-Verkehrsminister Seebohm, der auf dem sudetendeutschen Revanchistentreffen 1961 in Köln die Herstellung der Grenzen des „Großdeutschen Reiches“ (Hitlerscher Prägung) von 1939 forderte und rief: „Wir verlangen die Wiedergewinnung der deutschen Siedlungsgebiete im Osten.“ Mit verlogener Demagogie brachte diese Ziele schließlich der Kriegsminister Strauß als Vorsitzender der CSU auf dem Kölner Parteitag zum Ausdruck, indem er am Schluß seiner Rede ausführte, die Aufrüstung sei dem deutschen Volke auferlegt zur historischen Wiedergutmachung dessen, was es den Völkern der „freien Welt“ gegenüber angetan habe, damit der deutsche Name wieder auf die Ehrentafel der Geschichte komme. Es dürfte wohl einwandfrei feststehen, daß das deutsche Volk zu einer historischen Wiedergutmachung vor allem jenen Völkern gegenüber verpflichtet ist, die unter dem deutschen Hitlerfaschismus am meisten zu leiden gehabt haben; das aber sind die Völker der Sowjetunion und die anderen Völker des sozialistischen Lagers. Diese nimmt jedoch Herr Strauß bewußt aus; denn sie gehören ja nicht zur „freien Welt“. Demgegenüber hat die Deutsche Demokratische Republik durch ihre konsequente Friedenspolitik zu allen Völkern der Welt und besonders durch ihr unverbrüchliches Bekenntnis zur deutsch-sowjetischen Freundschaft das bewirkt, was Herr Strauß als „historische Wiedergutmachung“ bezeichnet. Aber nicht durch atomare Aufrüstung, nicht durch das Säbelrasseln deutscher Militaristen, nicht durch Drohungen und Revancheforderungen gegenüber anderen Völkern, sondern durch eine nicht nur proklamierte, sondern zugleich praktizierte Politik des Friedens und der Völkerverständigung!

Die Kölner Leitsätze waren die Grundlagen der im September 1945 gegründeten Christlich-Demokratischen Partei des Rheinlandes in Köln und der Christlich-Demokratischen Partei Westfalens in Bochum. Von einer rheinisch-westfälischen Programmkommission wurden die Kölner Leitsätze stellenweise leicht verändert, zu 24 Punkten ergänzt, die Einleitung neu gefaßt und gekürzt und als „Leitsätze der Christlich-Demokratischen Partei Westfalens und des Rheinlandes“ veröffentlicht. Der größte Teil stimmt fast wörtlich mit den Kölner Leitsätzen überein. Einige wichtige Zusätze sollen jedoch noch vermerkt werden.

Erwähnt seien aus diesem Programm Teile der Punkte 8 und 10:

„8. Die Jugend ist zur Mitarbeit aufzurufen. Ihrem Schutz und ihrer Bildung gilt unsere besondere Aufmerksamkeit.“

10. ... Schutz und Schund sind auf allen Gebieten des kulturellen Lebens zu bekämpfen.“

Wenn heute der Jugendliche Westdeutschlands zur „Mitarbeit“ aufgerufen wird, dann nur zum Dienst in der Bundeswehr, dem aggressivsten Instrument der NATO. Ansonsten haben der Bonner Staat und die Adenauer-CDU für die Bildung der Jugend nichts übrig. Während in den acht Jahren von 1950 bis 1958 von der Bundesregierung gerade 280 Millionen DM für den „Bundesjugendplan“ ausgegeben worden sind (das sind etwa 3,50 DM für einen Jugendlichen im Jahr), stellt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik jährlich über 2 Milliarden DM für die Jugendförderung zur Verfügung. So ist es auch nicht verwunderlich, daß unter 100 westdeutschen Studenten nur etwa sechs Arbeiterkinder — in der DDR zehnmal so viel! — zu finden sind. Die weite Verbreitung von Schund und Schmutz auf allen Gebieten des kulturellen Lebens ist längst offenkundig: Nach Untersuchungen des Freiburger Jugendwohlfahrtsausschusses waren 1957 im Bundesgebiet bereits 280 Millionen Comics und andere Schundliteratur im Umlauf.

Die Programmkommission hielt es nicht für ratsam, den Punkt 8 der Kölner Leitsätze mit seiner völligen Ablehnung des Zentralismus unverändert beizubehalten. Deshalb wurde der Reichsgedanke jetzt stärker betont. Wieder ist es interessant und aufschlußreich, sich heute diese Punkte vor Augen zu führen und mit der westdeutschen Gegenwart zu vergleichen. So heißt es im Punkt 11 dieser Neufassung:

„Die politische Lebensform des deutschen Volkes ist das Reich als Bundesstaat. Die deutsche Einheit ist für uns ein unabänderlicher Grundsatz, sie zu wahren unsere höchste Pflicht.“

Was hat die Adenauer-CDU bisher für die deutsche Einheit getan? Von den weit über 100 Vorschlägen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Wiedervereinigung Deutschlands haben die Bonner Regierung und die Regierungspartei nicht einen Vorschlag angenommen oder eigene Vorschläge dazu ausgearbeitet. Hier ist die Äußerung bezeichnend, die der Parteivorsitzende und Bundeskanzler Adenauer am 21. August 1954 dem damaligen französischen Hohen Kommissar François-Poncet gegenüber abgab: „Vergessen Sie bitte nicht, daß ich der einzige deutsche Kanzler bin, der die Einheit Europas der Einheit seines eigenen Vaterlandes vorzieht.“ Die gleiche Haltung zeigten auf dem Kölner Parteitag 1961 insbesondere Brentano und Gerstenmaier, die beide zum Ausdruck brachten, daß irgendwelche Verhandlungen mit der Deutschen Demokratischen Republik unrealistisch seien und die „Integration“ Europas vor die Einheit Deutschlands gehe.

Ergänzt und präzisiert wurde auch Punkt 17 der Kölner Leitsätze. Man betonte jetzt das Bekenntnis zur Demokratie noch stärker:

„Ziel unseres politischen Wollens ist der soziale Volksstaat als Bürge eines beständigen inneren und äußeren Friedens. Alle Formen des öffentlichen Lebens kommen aus der Demokratie. Jeder Totalitäts- und Diktaturanspruch wird verworfen. Miß-

brauch der Demokratie und ihrer Einrichtungen wird mit allen Machtmitteln des Staates bekämpft.“

Es ist oben schon dargestellt worden, wie die hier geforderte Demokratie bürgerlicher Prägung von der gleichen Partei, die diese Forderung 1945 erhob, heute mißbraucht wird.

Auch der Punkt 18 der Kölner Leitsätze erfuhr eine Ergänzung:

„Die Volksvertreter sind auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zu wählen. Sie haben dem Wohle des gesamten Volkes zu dienen.“

Die westdeutschen Wähler mögen ihre Abgeordneten, und besonders die CDU-Abgeordneten, fragen, ob sie „dem Wohle des gesamten Volkes dienen“, wenn sie die atomare Bewaffnung fordern, wenn sie jede gesamtdeutsche Verständigung hintertreiben, wenn sie den Abbau der westdeutschen „Demokratie“ unterstützen!

In diesen überarbeiteten Leitsätzen der Christlich-Demokratischen Partei Westfalens und des Rheinlandes fordert ein neuer Punkt 23 zur Behebung der furchtbaren materiellen und seelischen Schäden eine geordnete und umfassende öffentliche und private Wohlfahrtspflege. Dazu heißt es:

„Die Opfer des nationalsozialistischen Regimes und des Krieges bedürfen der besonderen Fürsorge.“

Man fragt sich, ob der CDU-Innenminister Schröder sich überhaupt noch dieses Gedankens der ersten Leitsätze seiner Partei erinnerte, als er das Verbot der westdeutschen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes forderte, denn genau das Gegenteil jener Forderungen wird heute im Bonner Staat praktiziert. Während Kriegsgesopfer bewußt vernachlässigt und Antifaschisten verfolgt werden, genießen Kriegsverbrecher, Militaristen und Faschisten hohes Ansehen und entsprechend hohe Pensionen; militaristische und faschistische Organisationen werden von führenden Vertretern der Adenauer-CDU, wie Seeböhm, Oberländer, Gerstenmaier, Lemmer u. a., aktiv unterstützt.

Betrachtet man vergleichend die Grundgedanken der Kölner Leitsätze mit denen des Berliner Gründungsauftrags der Christlich-Demokratischen Union vom 26. Juni 1945, so läßt sich sehr leicht eine weitgehende Übereinstimmung zwischen beiden nachweisen. Hierfür einige Beispiele:

Zu den wirtschaftlichen Aufgaben hieß es in den Kölner Leitsätzen:

„Das Ziel der Wirtschaft ist die Bedarfsdeckung des Volkes. ... Die Vorherrschaft des Großkapitals, der privaten Monopole und Konzerne wird beseitigt. ... Das Gemeinwesen um so weit zu erweitern, wie das Allgemeinwohl es erfordert. Post und Eisenbahn, Kohlenbergbau und Energieerzeugung sind grundsätzlich Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes.“

Entsprechend finden wir im Berliner Gründungsauftrag:

„Das unermeßliche Elend in unserem Volke zwingt uns, den Aufbau unseres Wirtschaftslebens, die Sicherung von Arbeit und Nahrung, Kleidung und Wohnung ohne jede Rücksicht

auf persönliche Interessen und wirtschaftliche Theorien in straffer Planung durchzuführen.

Das Notprogramm für Brot, Obdach und Arbeit geht allem voran.

Dabei ist es unerlässlich, schon um für alle Zeiten die Staatsgewalt vor illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballungen zu sichern, daß die Bodenschätze in Staatsbesitz übergehen. Der Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen unseres Wirtschaftslebens müssen klar der Staatsgewalt unterworfen werden.“¹³⁾

Bei der Behandlung der Landwirtschaft heißt es — parallel zu Punkt 13 der Kölner Leitsätze — im Berliner Gründungsauftrag:

„Eine umfassende ländliche und gärtnerische Siedlung muß unter weitgehender Heranziehung des Großgrundbesitzes einer möglichst großen Zahl von Deutschen den Zugang zu eigener Scholle und zu selbständiger Arbeit eröffnen. Die wirtschaftliche Sicherung eines frei schaffenden Bauerntums und die Ansiedlung der Landarbeiter sind ein unerlässlicher Bestandteil jeder dauerhaften Aufbaupolitik und verlangen den stärksten Ausbau des ländlichen Genossenschaftswesens.“¹⁴⁾

Den Inhalt des Punktes 20 der Kölner Leitsätze, der sich mit der künftigen deutschen Außenpolitik befaßt, stimmt mit folgenden Sätzen des Berliner Gründungsauftrags überein:

„Für die Beziehungen zu anderen Völkern wünschen wir die Geltung des gleichen Grundsatzes der Freiheit und Gerechtigkeit wie für unser persönliches und innerstaatliches Leben. Loyale Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem verlorenen Krieg und die äußerste Anspannung innerer Wiedergesundung sollen die Grundlagen für die Anbahnung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den anderen Völkern geben. ... Auf den Trümmern unserer Häuser, unserer Dörfer und Städte gedenken wir in menschlicher und christlicher Verbundenheit der gleichen Opfer der Völker um uns. Und wir geloben, alles bis zum letzten auszutilgen, was dieses ungeheure Blutopfer und dieses namenlose Elend verschuldet hat, und nichts zu unterlassen, was die Menschheit künftig vor einer solchen Katastrophe bewahrt.“¹⁵⁾

Aus diesen Beispielen, die noch erweitert werden könnten, ist deutlich zu ersehen, wie sehr beide Gründungsprogramme in wichtigen Grundgedanken übereinstimmen. Freilich sind die Berliner Formulierungen zielklarer, prägnanter und zukunftsweisender auf die Entwicklung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung gerichtet als die recht allgemein und unverbindlich gehaltenen Punkte der Kölner Leitsätze. Andererseits soll nicht übersehen werden, daß beide Programme auch gleichgelagerte Schwächen aufweisen — etwa in der Bejahung des kapitalistischen Privateigentums —, die daraus zu erklären sind, daß beide teilweise von Angehörigen des Großbürgertums verfaßt wurden und bürgerliche Programme darstellen. Derartige Punkte versuchten später restaurative Kräfte als Aus-

¹³⁾ Dokumente der CDU, a. a. O., S. 20/21

¹⁴⁾ ebenda, S. 21

¹⁵⁾ ebenda, S. 21/22

gangsposition für die Durchsetzung reaktionärer Forderungen zu benutzen, in der damaligen sowjetischen Besatzungszone dank der Entschlossenheit der demokratischen Kräfte und der fortschrittlichen christlichen Demokraten unter der Führung Otto Nuschkes erfolglos, in den westlichen Besatzungszonen jedoch mit Erfolg¹⁶⁾.

Im allgemeinen sind aber die Kölner Leitsätze als relativ fortschrittliches bürgerliches Programm ihrer Zeit anzusehen; denn sie tragen wichtigen gesellschaftlichen Erfordernissen des Jahres 1945 Rechnung und enthalten antifaschistische, anti-imperialistische und demokratische Tendenzen. Dabei soll an dieser Stelle nicht untersucht werden, ob sie damals ernst gemeint waren oder von Anfang an zur Täuschung der Massen der christlichen Menschen über die wahren Absichten der reaktionären Kreise der Großbourgeoisie dienten. Fest steht, daß in der Situation nach dem Zusammenbruch des Hitlerfaschismus und des Militarismus eine Partei in allen Teilen Deutschlands nur dann politischen Erfolg erlangen und Anklang bei der Bevölkerung finden konnte, die solche demokratischen, antifaschistischen Forderungen aufstellte. Diese Tendenz charakterisierte Walter Dirks, der selbst führend am Zustandekommen der „Frankfurter Leitsätze“ (des ersten Programms der hessischen Parteigründung mit noch stärker fortschrittlichen Tendenzen als die Kölner Leitsätze) beteiligt war, in den von ihm herausgegebenen „Frankfurter Heften“ bereits im September 1946 mit folgenden Worten:

„So müßte denn also die CDU sich ‚links‘ (für den sozialistischen Gesamtentwurf) entscheiden, um ‚rechts‘ werden zu können? So ist es, genau so. Entscheidet sie sich ‚rechts‘, so marschiert sie in den Tod. Entscheidet sie sich ‚links‘, so hat sie gute Aussichten, die neue deutsche ‚Rechte‘ zu werden...“¹⁷⁾

Es ist deutlich geworden, daß sich die Adenauer-CDU völlig von ihrem ursprünglichen Programm entfernt hat, ganz im Gegensatz zur Politik der Christlich-Demokratischen Union in der Deutschen Demokratischen Republik, die stets ausging und ausgeht von der konsequenten Anwendung der Prinzipien ihres Berliner Gründungsauftrags auf die gesellschaftliche Situation in unserer Republik. Diese unterschiedliche Entwicklung brachte der Generalsekretär der CDU, Gerald Götting, auf dem 10. Parteitag der CDU in Erfurt 1960 in seinem Schlußwort folgendermaßen zum Ausdruck:

„Wenn wir heute mit Stolz sagen können, daß wir die Grundzüge unseres Gründungsauftrages von 1945 immer im Auge behalten und den Geist des Gründungsauftrages in die politische Tat umgesetzt haben, so müssen die Funktionäre der Adenauer-CDU, sollten sie sich einmal auf das besinnen, was

¹⁶⁾ vgl. hierzu auch: Günter Wirth, Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950, Hefte aus Burscheidungen Nr. 24, S. 7—43
¹⁷⁾ zitiert in: Denk ich an Deutschland, a. a. O., S. 79

1945 die Atmosphäre der CDU in ganz Deutschland bestimmte, zu der Feststellung gelangen, die Gerstenmaier einmal in einem lichten Augenblick formulierte: ‚Wir haben uns von unserem Ursprung gänzlich entfernt.‘¹⁸⁾

II. Das Gründungsprogramm der CDU für die britische Zone (Parteiprogramm von Neheim-Hüsten — 1. März 1946)

Unterdessen hatten sich auch in den anderen Gebieten Westdeutschlands christlich-demokratische Parteien gebildet. Auf der Godesberger Tagung im Dezember 1945 waren außer den Vertretern der Christlich-Demokratischen Partei in Westfalen und im Rheinland auch Vertreter der Berliner Gründung und aus Hessen anwesend. Dort wurde einmütig beschlossen, der neuen Partei den Namen „Christlich-Demokratische Union“ zu geben. Die dort angenommene Entschliebung zeigt deutlich, daß die CDU in ihren politischen und wirtschaftlichen Zielen auf den Erklärungen sowohl der Kölner Leitsätze als auch des Berliner Gründungsauftrags aufbaute. Das wird besonders im Punkt 7 der Godesberger Entschliebung ersichtlich; dort heißt es:

„Um eine Wirtschafts- und Sozialordnung zu verwirklichen, die für immer die Gefahr ausschaltet, daß die Staatsgewalt illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballungen unterliegt, ist es unerlässlich, daß die Bodenschätze in Gemeineigentum übergehen. Der Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen unseres Wirtschaftslebens müssen der Staatsgewalt unterworfen werden.“¹⁹⁾

Das ist fast wörtlich die Formulierung des entsprechenden Teils aus dem Berliner Gründungsauftrag (siehe Zitat 13).

In der Entschliebung wird auch von einem „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ gesprochen. Damit sollten insbesondere die christlichen Werktätigen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes für diese Partei interessiert und von der revolutionären Arbeiterbewegung abgespalten werden. Freilich zeigte sich in der Folgezeit, daß das Operieren mit diesem Begriff — wie es auch unmittelbar darauf Jakob Kaiser und sein Verräterklüngel in der CDU der damaligen sowjetischen Besatzungszone versuchten — ein rein demagogisches Manöver darstellte, um die Aktionseinheit der christlichen und marxistischen Arbeiter und damit die erfolgreiche Verwirklichung der Grundlagen des Sozialismus zu verhindern.

Unterdessen hatte sich in der Führung der Partei eine Verschiebung zugunsten der reaktionären Kräfte vollzogen. Sie hielten sich am Anfang bewußt im Hintergrund des politischen Geschehens; so war auch Dr. Adenauer bei den Walberberger Besprechungen selbst nicht zugegen, wenn er auch mit diesem Kreis in Verbindung stand. Als sie aber der wohlwollenden

¹⁸⁾ 10. Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, 22. bis 25. Juni 1960, Bulletin Nr. 5, S. 11

¹⁹⁾ zitiert in: „Union teilt mit“, 3. Jahrgang 1949, Heft 6, S. 7

Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte sicher waren, traten sie aktiv auf der politischen Bühne auf.

Im März 1946 kamen in Neheim-Hüsten in Westfalen Vertreter der mittlerweile gebildeten Landesverbände der britischen Zone zusammen, um sich zum Zonenverband zu vereinigen. Vorsitzender des Zonenverbandes wurde Dr. Adenauer. Auf dieser Tagung wurde das Gründungsprogramm der CDU für die britische Zone verabschiedet. Es beginnt mit dem vielversprechenden Satz²⁰⁾:

„Die CDU will ein neues, ein anderes Deutschland aufbauen.“

Aber wie dieses „neue, andere“ Deutschland aussehen soll, davon ist in diesem Programm recht wenig zu finden. Es lehnt sich zwar an die progressiven Zielsetzungen der Kölner Leitsätze an, schwächt sie aber andererseits recht stark ab. Das zeigt sich besonders in den hier erhobenen wirtschaftlichen Forderungen. In Punkt 1 heißt es allgemein — in Anlehnung an Punkt 11 der Kölner Leitsätze —:

„Ziel aller Wirtschaft ist die Bedarfsdeckung des Volkes. Die Wirtschaft hat der Entfaltung der schaffenden Kräfte des Menschen und der Gemeinschaft zu dienen.“

Aber schon im Punkt 2 des Programms von Neheim-Hüsten treten erstmals Gedanken auf, die in der Folgezeit verstärkt propagiert werden sollten:

„Ausgangspunkt aller Wirtschaft ist die Anerkennung der Persönlichkeit. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, ein soziales Recht zu schaffen, das Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu gleichberechtigter Tätigkeit in Führung und Verantwortung verpflichtet. Hierdurch wird eine soziale Neuordnung in Wirtschaft und Gesellschaft und eine gerechte Verteilung des wirtschaftlichen Ertrages erreicht und der Geist des Klassenkampfes überwunden.“

Hier zeigt sich erstmalig, daß die wirtschaftlichen Ziele der Partei in erster Linie den Interessen der Unternehmer dienen. Der Gedanke der „Überwindung des Klassenkampfes“ und der „Sozialpartnerschaft“ beginnt in der Propaganda der Partei eine Rolle zu spielen. Freilich geschieht das zunächst noch in zurückhaltender Form, und den Arbeitern werden auch noch einige Zusicherungen gegeben. Ebenso wird im Programm von Neheim-Hüsten der Freiheitsbegriff — in Blickrichtung auf die erstrebte „freie Marktwirtschaft“ — proklamiert, aber noch in gewisser Verbindung mit den in Köln und Godesberg geforderten progressiven wirtschaftlichen Maßnahmen. Das wird im Punkt 3 ausgeführt:

„Freiheit der Person auf wirtschaftlichem und Freiheit auf politischem Gebiet hängen eng zusammen. Die Gestaltung und Führung der Wirtschaft darf dem Einzelnen nicht die Freiheit seiner Person nehmen. Daher ist notwendig: Stärkung der wirtschaftlichen Stellung und Freiheit des Einzelnen, Verhinderung der Zusammenballung wirtschaftlicher Kräfte in

der Hand von Einzelpersonen, von Gesellschaften, privaten oder öffentlichen Organisationen, durch die die wirtschaftliche oder politische Freiheit gefährdet werden könnte.“

Es ist ersichtlich, daß sich dieser Programmpunkt in erster Linie auf die Verwirklichung der „freien Unternehmerinitiative“ bezieht, wenn auch noch mit antimonopolistischen Tendenzen. Aber von konkreteren Forderungen für den Arbeiter, wie etwa im Punkt 12 der Kölner Leitsätze, ist nicht viel übriggeblieben. Im Punkt 4 des Programms von Neheim-Hüsten wird nur ganz allgemein formuliert:

„Besonderer Schutz und Förderung des Hand- und Kopfarbeiters, des Bauern sowie des Handwerkers und der Mittel- und Kleinbetriebe“,

ohne zu zeigen, auf welche Art und Weise das geschehen soll. Im Punkt 5 wird lediglich versprochen:

„Das Recht der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, sich zum Zwecke der Verfolgung ihrer besonderen Interessen zu Verbänden zusammenzuschließen, wird verfassungsmäßig gewährleistet.“

Auch hier werden also Arbeitgebern und Arbeitnehmern „gleiche Rechte“ zugesichert, ähnlich wie im Punkt 2 des Programms. Aber wie bereits bei der Behandlung der Kölner Leitsätze nachgewiesen wurde, zeigte die Praxis in der Politik der Adenauer-CDU die systematische Einschränkung der Wirksamkeit der „Arbeitnehmerverbände“, nämlich der Gewerkschaften, insbesondere durch das Betriebsverfassungsgesetz. Andererseits erhielten die Verbände der Arbeitgeber die kräftige Unterstützung der Partei, wofür diese dann von den Unternehmerverbänden in breitem Umfang finanziell gefördert wurde.

Der Punkt 10 der Kölner Leitsätze, der sich mit der Frage des Eigentums im allgemeinen befaßt, wird nun im Punkt 6 des Programms von Neheim-Hüsten auf das Privateigentum beschränkt. Dort heißt es:

„Die Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Freiheit des einzelnen wie der Gesamtheit verlangt die Anerkennung des Privateigentums. Das Eigentumsrecht verdient den gleichen Schutz und erleidet die gleiche Einschränkung wie andere Privatrechte. Es hat zu weichen gegenüber einem auch nach ethischen Grundsätzen höheren Recht.“

Ist in Köln noch die Rede von Gemeineigentum, so wird dieser Begriff hier nicht mehr angewandt. Die nebulose Formulierung von einem „auch nach ethischen Grundsätzen höheren Recht“ bleibt in ihrer Interpretation und Anwendung den Prinzipien und jeweiligen Erfordernissen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft in Westdeutschland überlassen. Das bedeutet heute die jederzeitige Möglichkeit zur Einschränkung der Eigentumsrechte (natürlich praktisch ausschließlich der mittleren und kleinen Unternehmer, der Handwerker und Bauern) im Rahmen der Notstandsgesetzgebung. Daß die Bildung von „Gemeineigentum“ in Neheim-Hüsten nicht mehr beabsichtigt ist, geht aus Punkt 7 dieses Programms hervor, wo es heißt:

²⁰⁾ Die angeführten Zitate des Programms von Neheim-Hüsten sind entnommen aus: Die CDU zur Neuordnung der Wirtschaft — Flugblatt der CDU der britischen Besatzungszone, Köln 1947, S. 5/6

„Die sich aufdrängende Frage der Vergesellschaftung von Teilen der Wirtschaft ist zur Zeit nicht praktisch, da die deutsche Wirtschaft nicht frei ist. Bei ihrer späteren Regelung werden wirtschaftliche und politische Gesichtspunkte, vor allem das Allgemeinwohl maßgebend sein.“

Die Besetzung Deutschlands durch die Alliierten wird hier als willkommener Anlaß genommen, um die in Köln geforderte „Beseitigung der Vorherrschaft des Großkapitals, der Monopole und Konzerne“ und die „Erweiterung des Gemeineigentums, wie das Allgemeinwohl es erfordert“, auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Dieses Problem soll irgendwann später geregelt werden „unter besonderer Berücksichtigung des Allgemeinwohls“. Darauf wartet die westdeutsche Bevölkerung 15 Jahre nach Neheim-Hüsten immer noch! Aber die von den westdeutschen Arbeitern schon damals erwartete und geforderte Vergesellschaftung der Wirtschaft konnte damit auf die lange Bank geschoben und trotz demokratischer Erhärtung durch Volksabstimmungen und Landtagsbeschlüsse dann mit Hilfe der westlichen Besatzer verhindert werden.

Immerhin konnte die innerparteiliche Reaktion sich nicht gleich völlig von den Kölner Forderungen distanzieren. Deshalb wurde im Punkt 8 von Neheim-Hüsten die Vergesellschaftung verlangt, aber auf die Kohle beschränkt:

„Kohle ist das entscheidende Produkt für die gesamtdeutsche Wirtschaft. Wir fordern die Vergesellschaftung der Bergwerke.“

Der Vergleich des Punktes 8 mit Punkt 7 macht die Widersprüchlichkeit und Inkonsequenz dieses Programms deutlich. So konnte die CDU-Führung gegenüber den Arbeitern den Punkt 8, gegenüber den Unternehmern und Kleinbürgern den Punkt 7 hervorheben.

Während Punkt 12 der Kölner Leitsätze ziemlich detaillierte Forderungen für den Arbeiter erhebt, wird in Neheim-Hüsten unter Punkt 9 so allgemein, summarisch und undeutlich wie nur irgend möglich festgestellt:

„Arbeit für jeden, der arbeiten will.“

Darunter konnte sich jeder das vorstellen, was er wollte. Das kam den Interessen der Unternehmer natürlich entgegen; denn sie waren dadurch zu nichts verpflichtet. Ebenso allgemein war Punkt 10 formuliert, der — in Anlehnung an Punkt 3 des gleichen Programms — aussagte:

„Mäßiger Besitz ist eine wesentliche Sicherung des demokratischen Staates. Der Erwerb mäßigen Besitzes für alle ehrlich Schaffenden ist zu fördern.“

Diese Forderung kann progressiv aufgefaßt werden, indem sie gegen die Konzentration der Produktion und des Kapitals Stellung nimmt und den Werkträgern die Mitbestimmung an der Produktion und an der Verteilung des Ertrages ermöglicht. Aber andererseits negiert sie die Bildung von gesellschaftlichem Eigentum und propagiert auch hier den Gedanken der Sozialpartnerschaft, dient also den Interessen der Unternehmer.

Betrachtet man das Programm von Neheim-Hüsten insgesamt, dann ist festzustellen, daß es zwar vielfach an die Worte der Kölner Leitsätze anknüpft, aber praktisch doch schon von deren verhältnismäßig positiven Zielsetzungen abbrückt und statt dessen allgemeine, verschwommene Forderungen erhebt. So ist im Programm auch die Rede von Sicherung der bürgerlichen Freiheitsrechte, Gleichberechtigung der Frauen, weltanschaulichen Schulen, „christlich-abendländischer Kulturpolitik“, „Vereinigung der Nationen“ usw. Es sollte sowohl die werktätigen Massen als auch die Unternehmer ansprechen. Damit war es, wie jeder Versuch eines „dritten Weges“, in sich widerspruchsvoll, inkonsequent und letztlich irreal.

Zwar enthielt das Programm auch Forderungen zur Überwindung des Faschismus: „Reinigung vom nationalsozialistischen Denken“, „Bestrafung der für den Krieg Verantwortlichen“, „Erfassung der nationalsozialistischen Konjunkturgewinne und der Kriegsgewinne“. Aber offenbar waren diese Forderungen schon damals nicht ernst gemeint; sie sind auch bis heute nicht verwirklicht worden. So erscheint dieses Programm — stärker als die Kölner Leitsätze — als ein Mittel zur Täuschung der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte in Westdeutschland, als bewußte Irreführung der werktätigen Massen, als ein demagogisches Manöver zugunsten der restaurativen Mächte, der kapitalistischen Unternehmer.

III. Die Essener Leitsätze

(Leitsätze der CDU für die Wirtschafts- und Sozialpolitik — 24. August 1946)

Stellte bereits das Programm von Neheim-Hüsten ein Zurückweichen gegenüber den wirtschafts- und sozialpolitischen Leitsätzen von Köln dar, so ging Dr. Adenauer mit den Essener Leitsätzen noch einen Schritt weiter nach „rechts“. Hier machte er — auf einer Wahlkundgebung am 24. August 1946 in Essen — den Versuch, die in Neheim-Hüsten — wenn auch sehr schwach — vorhandenen Forderungen nach Sozialisierung noch weiter einzuschränken. Da er aber hauptsächlich vor Ruhrarbeitern sprach, machte er ihnen in diesen Leitsätzen zunächst noch einige allgemeine Zusagen in bezug auf ihr Mitbestimmungsrecht in den Betrieben²¹⁾:

„I. Arbeiter und Angestellte sind nicht Objekt der Wirtschaftstätigkeit, sondern ihnen ist ebenso wie den Unternehmern maßgebliche und verantwortliche Mitwirkung an den wirtschaftspolitischen Entscheidungen unserer Zeit zu gewährleisten.“

Auch hier ist — wie in Neheim-Hüsten — die Formulierung recht allgemein gehalten. Die Gewährleistung der „verantwortlichen Mitwirkung an den wirtschaftspolitischen Entscheidungen“

²¹⁾ Die Zitate der Essener Leitsätze sind entnommen aus: Die CDU zur Neuordnung der Wirtschaft, a. a. O., S. 4/5

gen" wird den Arbeitern ausdrücklich und betont „ebenso wie den Unternehmern“ zugestanden. Aber nicht einmal diese „Mitwirkung“ wurde — wie bereits gezeigt — seitens der West-CDU in der Praxis zugestanden, ebensowenig wie der zweite der Essener Leitsätze jemals verwirklicht wurde:

„2. Die Arbeitnehmer sollen in den jeweils geeigneten Formen an der Gestaltung des Betriebslebens in ihren Betrieben mitwirken.“

Hier sei nochmals an die Knebelungsparagraphen des Betriebsverfassungsgesetzes erinnert; das sind jetzt die „geeigneten Formen“, um an der „Gestaltung des Betriebslebens“ mitzuwirken! Heute sind trotz „Volksaktien“-Rummels die Arbeiter keines Objekt des Profitstrebens der Konzerne und Monopole.

Was Dr. Adenauer in Essen wirklich meinte, wird im Punkt 3 deutlicher:

„Arbeiter, Angestellte, Verbraucher und Unternehmer sind gleichberechtigt und gleichverantwortlich an den Einrichtungen zu beteiligen, die zur Führung der Wirtschaft, zur Lösung der Planungs- und Lenkungsarbeiten zu schaffen sind.“

Das bedeutet, daß der Besitz der Unternehmer grundsätzlich erhalten bleibt und die Arbeiter lediglich ein vages „Mitbestimmungsrecht“ in den Einrichtungen der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik erhalten sollen. Der Gedanke der „Sozialpartnerschaft“ wird im Punkt 4 weiter fortgesetzt und kommt hier mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck:

„Arbeit und Kapital schaffen gemeinsam den Ertrag. Die Arbeitnehmer sind am Ertrag zu beteiligen. Die Formen dieser Beteiligung können verschiedenartig sein. Eine Grundsatzgesetzgebung muß das Recht der Arbeitnehmerschaft am Ertrag sicherstellen.“

Das alles klingt sehr schön und „harmonisch“. In Wirklichkeit nimmt aber der Anteil des Lohnes am Nationaleinkommen immer mehr ab. War im faschistischen Deutschland das Nationaleinkommen noch etwa im Verhältnis 1:1 zwischen Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse aufgeteilt, so hat sich in Westdeutschland heute dieses Verhältnis auf 2:1 zugunsten der Kapitalisten geändert. Damit ist erwiesen, in welchem Maße die Ausbeutung in Westdeutschland zugenommen hat. So sieht also die „Beteiligung der Arbeiter am Ertrag“ aus! Und auf die angekündigte „Grundsatzgesetzgebung“ wartet die Arbeiterklasse Westdeutschlands noch heute. Oder ist damit etwa das Betriebsverfassungsgesetz gemeint?

Wie die propagierte „Sozialpartnerschaft“ zwischen Arbeitern und Unternehmern aussehen soll, wird im Punkt 5 der Essener Leitsätze näher ausgeführt. Zunächst knüpft er demagogisch an die in Köln (Punkt 11), Godesberg und Neheim-Hüsten (Punkt 3) erhobenen antiimperialistischen Forderungen an:

„Die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in der Hand weniger, sei es in privater oder in öffentlicher Hand, ist eine Gefahr für die politische Freiheit des einzelnen wie auch der Gesamtheit des Volkes.“

Damit aber die Arbeiterklasse nicht auf den Gedanken kommt, diese Forderung im Klassenkampf durchzusetzen und zu sichern, wird gleich der Dämpfer aufgesetzt:

„Die Zusammenarbeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat auf der Grundlage gegenseitiger Achtung zu erfolgen. Klassenkampf wird ebenso abgelehnt wie jeder Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung.“

Dahinaus läuft also die Wirtschafts- und Sozialpolitik der CDU bereits im Jahre 1946: Erhaltung des „Betriebsfriedens“ und der „Klassenharmonie“! Das ist die zentrale Forderung der Adenauer-Partei von 1946, das ist der Kernpunkt der Essener Leitsätze. In diesem Punkt 5 wird am deutlichsten, daß die West-CDU nunmehr offen die Interessen der Kapitalisten vertritt.

Nach der Ablehnung des Klassenkampfes werden in Essen die in den Kölner Leitsätzen noch allgemein erhobenen und in Neheim-Hüsten schon auf den Bergbau beschränkten Forderungen nach Sozialisierung vollends fallengelassen. Darüber hinaus macht sich die CDU offen zum Sprachrohr für die Interessen der „freien Unternehmerinitiative“, mit anderen Worten: für die ungehinderte Ausbeutung der Arbeiterklasse, indem sie propagiert:

„Reinen Verstaatlichungsbestrebungen gegenüber werden gemischtwirtschaftliche und genossenschaftliche Betriebsformen bevorzugt. Im übrigen ist die private Initiative des unter eigener Verantwortlichkeit schaffenden Unternehmers, namentlich bei mittleren und kleinen Betrieben — insbesondere im Handwerk und Handel — nachhaltig zu fördern.“

Wenn hier betont wird, daß die Initiative der kleinen und mittleren Unternehmer gefördert werden soll, so ist dies nur als bewußtes Propagandamanöver zu werten. Denn die Gesetzmäßigkeiten in der kapitalistischen Wirtschaft verhindern gerade das Emporkommen dieser Kreise der Bourgeoisie zugunsten des Wachstums der Monopole, ja führen letztlich zum wirtschaftlichen Ruin einer großen Zahl von kleineren und mittleren Unternehmen, insbesondere auch von Handwerksbetrieben. Es ist nicht zufällig, daß z. B. die Zahl der Handwerksbetriebe in Westdeutschland seit dem Jahre 1949 um rund 150 000 zurückgegangen ist; aber diese Handwerker sind nicht zu Kapitalisten geworden, sondern sie sind dem Konkurrenzkampf der Konzerne erlegen und in das Proletariat hinabgestoßen worden.²³⁾

Die folgenden Punkte der Essener Leitsätze knüpfen zwar an die Kölner Leitsätze an, dienen aber in Wirklichkeit zur Festigung der Macht der Monopole. So zum Beispiel Punkt 6, der sich an den letzten Satz von Punkt 10 der Kölner Leitsätze anlehnt:

²³⁾ Über die Lage des Einzelhandels in Westdeutschland vgl. E. Krubke, a. a. O., S. 8 ff.

„Hinsichtlich des Bank- und Kreditwesens ist eine staatliche Aufsicht erforderlich. Die Einrichtung der Bankenaufsicht, die vor 1933 ins Leben gerufen wurde, ist entsprechend auszubauen.“

Es wird deutlich, daß es sich gar nicht um eine wirksame Kontrolle der Banken zur Verhinderung ihrer Monopolstellung handeln soll (von einer Überführung in die Hände des Volkes gar nicht zu sprechen), sondern man will bewußt dort anknüpfen, wo man in der Zeit der Weimarer Republik aufhörte.

In gleicher Weise ist Punkt 7 der Essener Leitsätze zu verstehen:

„Die Vorbereitung und Durchführung der Wirtschaftsplanung und Wirtschaftslenkung sind Gemeinschaftsaufgaben staatlicher Organe und der Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft.“

Daß eine „Planung“ überhaupt erwähnt wird, dient lediglich dazu, den Volksmassen einzureden, daß nunmehr die dem Kapitalismus gesetzmäßig innewohnenden Wirtschaftskrisen und die damit notwendig verbundene Massenverelendung und Kriegsgefahr überwunden werden könnten. Tatsächlich können und werden zwar die einzelnen Kapitalisten und Kapitalistengruppen nach vorausgerechneten Plänen die Produktion organisieren, um Höchstprofite zu erzielen, aber gerade deshalb geraten sie in Widerspruch zu den Plänen anderer Kapitalisten und Kapitalistengruppen. Demzufolge wird der Konkurrenzkampf im Kapitalismus nicht aufgehoben, sondern im Gegenteil verstärkt, und dadurch entstehen neue Krisenmomente. Der anarchische Charakter der Produktion im Kapitalismus macht auch in seinem monopolistischen Stadium, dem Imperialismus, eine Planung der Volkswirtschaft grundsätzlich unmöglich.

Die Punkte 6 und 7 veranschaulichen, daß es bereits 1946 das Bestreben der Führer der Adenauer-CDU war, den Staat wieder zum Machtinstrument der Imperialisten zu machen und verstärkt zu staatsmonopolistischen Herrschaftsformen überzugehen.

Ähnlich wie in Punkt 9 von Neheim-Hüsten werden in Punkt 8 der Essener Leitsätze allgemeine Versprechungen in bezug auf die Aufstiegsmöglichkeiten gemacht. Dazu greift dieser Punkt auch auf Punkt 15 der Kölner Leitsätze zurück, um Sofortmaßnahmen zur Überwindung der Kriegsfolgen zu proklamieren:

„Die Folgen des verlorenen Krieges müssen vom ganzen Volk getragen werden. Die endgültige Überwindung der Verluste an Besitz und Existenz ist nur durch neue Produktion möglich.“

Zur Behebung der unmittelbaren Not der besitzlos Gewordenen muß ein sofortiger Ausgleich unter Heranziehung des aus dem Krieg geretteten Besitzes gefordert werden.“

Es ist bei der Analyse der Kölner Leitsätze schon darauf hingewiesen worden, wie die Kriegsfolgen auf das Volk abgewälzt wurden, während der „Ausgleich“ als Währungsreform ausschließlich zugunsten der großen Unternehmer, also jener

Kräfte erfolgte, die durch den zweiten Weltkrieg Riesenprofite erzielt hatten. Während die Aktionäre durch die Währungsreform etwa 10 % ihres Vermögens eingebüßt haben, beträgt der Verlust der einfachen Sparer etwa 93,5 bis 95 %.

Der letzte Punkt der Essener Leitsätze sagt schließlich aus:

„9. Die letzten Entscheidungen in allen Fragen der Wirtschaftsverfassung obliegen der gewählten Volksvertretung.“

Hier wird deutlich, daß sich die West-CDU gar nicht auf irgendwelche Einzelheiten ihrer Leitsätze festlegen und für ihre Erfüllung nicht verantwortlich gemacht werden will. Sie überläßt die künftige Wirtschaftspolitik der „Volksvertretung“, wobei sie durch ihre Wahlpropaganda — mit Hilfe der reichlichen finanziellen Zuwendungen der Monopole — dafür sorgt, daß vor allem diejenigen Kräfte gewählt werden, deren Interessen diese Partei heute völlig vertritt: die westdeutschen Imperialisten. So saßen während der dritten Legislaturperiode in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU 14 Konzernherren, 24 Präsidenten kapitalistischer Verbände, 13 Fabrikbesitzer, 12 Leiter von Unternehmerverbänden, 4 Großbankiers, 28 vom westdeutschen Monopolkapital als Syndici u. dgl. abhängige Rechtsanwälte, 19 Gutsbesitzer usw. Diese treffen „in allen Fragen der Wirtschaftsverfassung die letzten Entscheidungen“ — selbstverständlich in ihrem Klasseninteresse.

Es ist also deutlich geworden: Die Essener Leitsätze entfernen sich noch weiter von den Kölner Leitsätzen und dem Programm von Neheim-Hüsten zugunsten der Interessen des damals zwar geschlagenen, aber in den Westzonen nicht zerschlagenen Monopolkapitals. Die zentrale Forderung dieser Essener Leitsätze ist der Gedanke der „Sozialpartnerschaft“, um die Arbeiter durch demagogische Versprechungen zu gewinnen, den Klassenkampf zu unterbinden und die verderbliche Herrschaft der Reaktion erneut zu errichten.

IV. Das Ahlener „Programm zur Neuordnung der Wirtschaft“

(1.—3. Februar 1947)

Nachdem in Essen die Aktivität und das Wollen der restaurativen Kreise in der Führung der Adenauer-CDU deutlich geworden sind, erscheint der Inhalt der nächsten programmatischen Veröffentlichung dieser Partei, des vom britischen Zonenausschuß der CDU auf seiner Tagung in Ahlen in Westfalen vom 1. bis 3. Februar 1947 einstimmig angenommenen „Programms zur Neuordnung der Wirtschaft“ — kurz „Ahlener Programm“ genannt — überraschend, stellt es doch das Programm der West-CDU dar, das die weitestgehenden wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen erhebt. Darin ist es noch konsequenter und präziser als die Kölner Leitsätze. Betrachten wir uns deshalb dieses Programm etwas genauer.

Schon die Präambel des Programms enthält eine eindeutige

Absage an das kapitalistische Wirtschaftssystem, indem es dort heißt:²³⁾

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist dem staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf (vom Verfasser hervorgehoben) erfolgen.

Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“

Eine derartige Forderung nach einer grundlegenden Neuordnung des Wirtschaftslebens ist von der West-CDU weder zuvor noch später erhoben worden. Freilich sind — wie noch nachzuweisen ist — auch mehrere Gedanken der Essener Leitsätze wiederzuerkennen. Aber trotzdem findet in diesem Programm das fortschrittliche Wollen des „linken Flügels“ in der Partei, nämlich der Menge der christlichen Werktätigen, seinen deutlichen Ausdruck.

Der nächste Abschnitt analysiert die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in der Zeit von 1918 bis 1945. Zunächst wird der hohe technische und wissenschaftliche Leistungsstand der deutschen Industrie in dieser Zeit hervorgehoben. Anschließend wird das Verhältnis zwischen der Wirtschaft auf der einen Seite und dem Staat, dem deutschen Volk und den Arbeitern auf der anderen Seite untersucht. Allerdings treten hier auch manche falschen Auffassungen zutage, die den bürgerlich beschränkten Standpunkt dieses ganzen Programms offenbaren. So bezeichnete es beispielsweise die Wirtschaftsreform in Deutschland seit 1933 als „getarnten Staatssozialismus“. Die diktatorische Rolle des faschistischen Staates gegenüber der Wirtschaft wurde stark überbetont; die aktive Rolle der deutschen Monopole, die den Faschismus als Instrument zur Verwirklichung ihrer Maximalprofite benutzten, wurde dagegen verschwiegen. Die Verfasser dieses Programms erkannten ebenso nicht, daß der erwähnte „Gemeinbesitz“ an Teilen der industriellen Wirtschaft (Bahn, Post, Rundfunk, Teile des Bergbaus usw.) sowie des Bankwesens als staatsmonopolistische Tendenzen des deutschen Imperialismus aufzufassen sind. Auch wurde die wirtschaftliche und soziale Lage des deutschen Volkes in der Weimarer Republik stark idealisiert. Gab es in dieser Zeit keine erbitterten Klassenkämpfe? Gab es nicht die furchtbare Weltwirtschaftskrise, in deren Gefolge der Faschis-

mus vom Monopolkapital in den Sattel gehoben wurde? Trotzdem wurde im Ahlener Programm ganz richtig die unheilvolle Rolle der deutschen Monopole erkannt:

„Die Zeit von 1933 ab (in Wirklichkeit aber schon vorher; d. V.) hat zu großen Zusammenballungen industrieller Unternehmungen geführt. Diese bekamen dadurch einen monopolartigen Charakter. Sie wurden für die Öffentlichkeit undurchsichtig und unkontrollierbar... Die zu dem engen Kreis der Vertreter der Großbanken und der großen industriellen Unternehmungen gehörigen Personen hatten infolgedessen eine zu große wirtschaftliche und damit zu große politische Macht.“

Das Ahlener Programm ließ es nicht bei der Untersuchung der Vergangenheit bewenden, sondern bemühte sich, daraus Folgerungen für die Gegenwart zu ziehen. Das zeigt der nächste Abschnitt. Dort heißt es zur Einleitung ähnlich wie in der Präambel:

„Die neue Struktur der deutschen Wirtschaft muß davon ausgehen, daß die Zeit der unumschränkten Herrschaft des Kapitalismus vorbei ist. Es muß aber ebenso vermieden werden, daß der private Kapitalismus durch den Staatskapitalismus ersetzt wird, der noch gefährlicher für die politische und wirtschaftliche Freiheit des einzelnen sein würde. Es muß eine neue Struktur der Wirtschaft gesucht werden, die die Mängel der Vergangenheit vermeidet und die Möglichkeit zu technischem Fortschritt und zur schöpferischen Initiative des einzelnen läßt.“

Im folgenden wird nun dargestellt, wie das auf den verschiedenen Gebieten der Wirtschaft geschehen soll. Zunächst handelt es sich um die Entflechtung der Konzerne:

„I. Konzerne und ähnliche wirtschaftliche Gebilde, die nicht technisch, sozial oder wirtschaftlich absolut notwendig sind, sind zu entflechten und in selbständige Einzelunternehmungen zu überführen. Die technische Entwicklung verlangt bei gewissen Unternehmungen eine bestimmte Mindestgröße, namentlich auch, um gegenüber dem Ausland konkurrenzfähig zu sein. Diese Mindestgröße muß derartigen Unternehmungen unbedingt belassen werden.“

Es ist offensichtlich, daß die Schwäche dieser Forderung in den Einschränkungen liegt, von denen sie begleitet ist. Aus ihnen wird deutlich, daß es den Verfassern des Ahlener Programms in keiner Weise um revolutionäre, grundlegende Veränderungen der wirtschaftlichen Struktur ging, sondern allenfalls um Reformen und Milderung der ärgsten Auswüchse. Davon zeugt auch jene oben zitierte Warnung vor dem „Staatskapitalismus“, womit ja nach dem Sprachgebrauch dieser Herren die Planwirtschaft des Sozialismus gemeint ist, dem sie mit Unverständnis und feindseliger Ablehnung gegenüberstehen. Wie irreal alle solche „Entflechtungs“-Vorhaben sind, beweist die „Mindestgrößen“-Ausnahme, die es ja schließlich den Monopolisten selbst gestattet; die „technisch, sozial oder wirtschaftlich absolut notwendige“ Größe ihrer Betriebe festzustellen oder gar — wie z. B. später die IG-Farben — ihre Konzerne selber zu „entflechten“, Außerdem ist natürlich den Vertretern

²³⁾ Alle Zitate des Ahlener Programms sind entnommen aus: Die Politik der Adenauer-CDU — eine Politik des nationalen Verrats, Politisches Studium der Christlich-Demokratischen Union, Studienjahr 1960/61, Heft 2 (Studienmaterial), S. 9—12

der imperialistischen Wirtschaft die Möglichkeit gegeben, jeder echten Entflechtung zu entgehen, wenn diese Maßnahme nicht von denen durchgeführt und kontrolliert wird, die am unmittelbarsten an ihr interessiert sind, nämlich von der Arbeiterklasse. Das ist bekanntlich durch die Enteignung der Kriegsverbrecher- und Monopolbetriebe in der damaligen sowjetischen Besatzungszone Deutschlands erfolgt; aber dieser Punkt fehlt im Ahlener Programm.

Trotzdem ist der antimonopolistische Charakter dieses Programms unverkennbar. Das zeigt sich auch im nächsten Abschnitt, in dem vor der Gefahr der Monopole gewarnt wird:

„2. Unternehmungen monopolartigen Charakters, Unternehmungen, die eine bestimmte Größe überschreiten müssen, verleihen eine wirtschaftliche und damit eine politische Macht, die die Freiheit im Staate gefährden kann. Dieser Gefahr muß dadurch vorgebeugt werden, daß entsprechende Kartellgesetze erlassen werden. Darüber hinaus soll bei diesen Unternehmungen das Machtverteilende Prinzip eingeführt werden, damit jede mit dem Gemeinwohl unverträgliche Beherrschung wesentlicher Wirtschaftszweige durch den Staat, Privatpersonen oder Gruppen ausgeschlossen ist.“

Zweifellos ist hier der Wille, die Gefährlichkeit der Monopole zu bändigen, deutlich zu spüren. Aber auch hier fehlt die notwendige gesellschaftliche Einsicht und politische Konsequenz, um nicht nur ihre Gefährlichkeit, sondern nach dem Beispiel der Werktätigen in der damaligen sowjetischen Besatzungszone die Monopole selbst zu beseitigen und damit das faschistische Übel gründlich, bis auf die Wurzel auszurotten. Statt dessen sollen, wie weiter ausgeführt wird, öffentliche Körperschaften, Genossenschaften und die Arbeitnehmer an diesen Unternehmungen beteiligt sowie die Höhe des privaten Aktienbesitzes gesetzlich begrenzt werden. Ausdrücklich wird aber betont:

„... Der dringend notwendigen Unternehmerinitiative ist der erforderliche Spielraum zu belassen.“

Die folgenden Punkte knüpfen an die Forderungen der Kölner Leitsätze an (besonders an die Punkte 10 und 11), präzisieren sie aber noch weiter. In Fortführung der Kölner Gedanken wird die Vergesellschaftung der Grundstoffindustrie gefordert:

„3. Bergbau. Monopolartigen Charakter haben die Kohlenbergwerke schlechthin wegen des von ihnen geförderten, für das gesamte Volk lebenswichtigen Urproduktes. ... Daher ist die Anwendung der ... aufgestellten Grundsätze auf sie vorzuziehen; sie sind somit zu vergesellschaften.“

Jedoch auch hier eine Einschränkung:

„Wenn in besonderen Fällen die Form des Staatsbetriebes zweckmäßiger erscheint, so sollen die vorstehenden Grundsätze der Anwendung dieser Form nicht entgegenstehen.“

Im 4. Punkt dieses Abschnitts fordert das Ahlener Programm auch für die eisenschaffende Großindustrie den Weg der Vergesellschaftung. Dabei müssen wir uns stets vor Augen halten, daß hier unter „Vergesellschaftung“ nicht die Überführung in

Volkseigentum, also nicht die Schaffung der ökonomischen Basis eines sozialistischen Staates verstanden wird, sondern eben jene nebulösen gemischten Körperschaften, an denen Ländereien, Gemeinden und Arbeiter gemeinsam beteiligt sein sollten.

Die folgenden Punkte lehnen sich ebenfalls unmittelbar an die Forderungen 10, 11, 13 und 14 von Köln an. Sie sprechen über den Ausbau des Genossenschaftswesens, die Kontrolle des Geld-, Bank- und Versicherungswesens (hier ist aber auch die Übereinstimmung mit Punkt 6 der Essener Leitsätze ersichtlich), die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe, des Handwerks und Gewerbes sowie die Achtung rechtmäßig erworbenen Eigentums. Deshalb soll auf diese Forderungen hier nicht noch einmal eingegangen werden; das ist schon bei der Betrachtung der Kölner Leitsätze geschehen.

Die Tatsache, daß das Ahlener Programm bei den christlichen Arbeitern Westdeutschlands recht große Resonanz gefunden hat, erklärt sich aus dem nun folgenden Abschnitt. Wir haben gesehen, daß Punkt 12 der Kölner Leitsätze den Arbeitern die Rechte versprach, die ihnen entsprechend ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung als den Produzenten der materiellen Güter zustehen. Während die Programme von Neheim-Hüsten und von Essen kaum darauf eingegangen waren, tut es das Ahlener Programm in noch ausführlicherer Weise als die Kölner Leitsätze. Zunächst wird den Arbeitern ausdrücklich das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben zugestanden, wenn auch unter bürgerlich-kapitalistischen Formen:

„In den Betrieben, in denen wegen ihrer Größe das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer nicht mehr auf einer persönlichen Grundlage beruht, ist ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer an den grundlegenden Fragen der wirtschaftlichen Planung und sozialen Gestaltung sicherzustellen. Dies muß zunächst dadurch geschehen, daß die Arbeitnehmer des Betriebes in den Aufsichtsorganen, z. B. im Aufsichtsrat des Unternehmens, die ihnen zustehende Vertretung haben. Zu diesem Zweck bedarf es einer Reform des Gesellschaftsrechtes. Insbesondere ist dem Aufsichtsrat eine stärkere Stellung gegenüber der Verwaltung zu verleihen. Bei Großbetrieben mit mehrköpfigem Vorstand sollte Betriebsangehörigen, die in langjähriger Betriebszugehörigkeit sich um den Betrieb verdient gemacht haben, Mitwirkung in der Leitung des Unternehmens durch Berufung in den Vorstand gewährt werden. Die Berufung erfolgt auf Vorschlag der Betriebsangehörigen, die dem Aufsichtsrat mindestens drei Vorschläge zu unterbreiten haben.“

Daraus wird zweierlei deutlich: Einmal ging es nicht darum, sozialistische Produktionsverhältnisse zu schaffen, sondern die Mitbestimmung der Arbeiter sollte unter Beibehaltung der bürgerlich-kapitalistischen Produktionsverhältnisse verwirklicht werden. Damit sollte auch nicht die Ausbeutung der Arbeiter abgeschafft, sondern nur in Grenzen gehalten werden. Zum anderen aber ist zu ersehen, daß die Forderung der Arbeiterklasse nach Mitbestimmung in den Betrieben unüberhörbar wurde und auch von bürgerlichen Kreisen aufgegriffen werden

mußte. Und tatsächlich hätte die Verwirklichung dieses Abschnitts des Ahlener Programms die Lage der Arbeiter wesentlich verbessern können. Freilich bleibt auch hier manches offen, so beispielsweise die Frage, was darunter zu verstehen ist, wenn sich Betriebsangehörige „in langjähriger Betriebszugehörigkeit um den Betrieb verdient gemacht haben“. Für wen — für die Arbeiter oder für den Unternehmer? Auch bei der Frage der Einbeziehung der Arbeiter in die Aufsichtsräte sind die Forderungen der Essener Leitsätze nach der Sozialpartnerschaft und die Ablehnung des Klassenkampfes wieder vernehmbar, besonders wenn im Ahlener Programm weiter gesagt wird:

„Durch geeignete Maßnahmen soll den Arbeitnehmern eine Beteiligung am Ertrage gesichert werden. Die Formen dieser Beteiligung können verschiedenartig sein und unterliegen besonderer Vereinbarung.“

Das ist unverbindlich und verpflichtet praktisch zu nichts. Von besonderer Bedeutung ist aber für die Arbeiterklasse der nächste Abschnitt, der in Erweiterung der Forderung von Köln die Rechte und die Aufgaben der Betriebsräte darlegt. Darin heißt es:

„Dem von der Belegschaft gewählten Vorsitzenden des Betriebsrates ist Gelegenheit zur Mitwirkung in allen Fragen zu geben, welche die sozialen Interessen der Betriebsangehörigen berühren.

Darüber hinaus hat die Betriebsleitung in jedem Fall dem Betriebsrat einmal monatlich Bericht über die Lage des Unternehmens zu erstatten, und den Betriebsangehörigen ist ein Anspruch auf Auskunfterteilung in diesen Besprechungen zuzubilligen.“

Verständlicherweise glaubten angesichts dieser dem Betriebsrat zugebilligten Rechte viele christliche Werktätige, daß die West-CDU ihre Interessen wahrnehmen würde. Heute ist kaum zu glauben, daß diese Rechte der Betriebsräte auf einem früheren Programm der heutigen Regierungspartei der Bundesrepublik standen! Die fristlose Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden Kraienhorst und des Betriebsrates Sadowski von der bundeseigenen (!) Bergwerksgesellschaft „Hibernia“ unter Bruch der bestehenden Gesetze am 19. Juni 1961 zeigt, daß die Notstandspolitik der Bundesregierung auf früher — auch in Gesetzesform — gegebene Zusagen überhaupt keine Rücksicht nimmt und heute — schon vor der formalen Annahme der Notstandsgesetze durch den Bundestag — nach den Interessen des staatsmonopolistischen Kapitalismus praktiziert wird!²⁴⁾

Die progressive Tendenz des folgenden Programmabschnitts, der sich mit der Wirtschaftsplanung befaßt, ist hier im Gegensatz zu den Andeutungen in den Essener Leitsätzen zu erkennen:

„Planung und Lenkung der Wirtschaft wird auf lange Zeit hinaus in erheblichem Umfange notwendig sein: es ist aber ein Unterschied, ob die Planung und Lenkung im Hinblick auf

²⁴⁾ siehe dazu: Die demokratische Fassade fällt zusammen, in: Neues Deutschland, Nr. 169 vom 21. Juni 1961, S. 1/2

die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage erfolgt oder von Fall zu Fall als notwendig betrachtet wird oder ob die Planung und Lenkung der Wirtschaft als Selbstzweck angesehen wird. Planung und Lenkung der Wirtschaft wird auch in normalen Zeiten in gewissem Umfange notwendig sein, was sich aus unserer Auffassung ergibt, daß die Wirtschaft der Bedarfsdeckung des Volkes zu dienen hat.“

Abgesehen davon, daß der erste Teil dieses Abschnitts im Widerspruch zum Schlußsatz steht, geht doch deutlich daraus hervor, daß hier eine Planwirtschaft bejaht wird. Auf die Unmöglichkeit einer staatlich gelenkten Wirtschaftsplanung im Kapitalismus ist allerdings schon hingewiesen worden. Davon war auch im Ahlener Programm nicht die Rede, sondern danach sollten die Planungs- und Lenkungsaufgaben von Selbstverwaltungskörperschaften in der Form von Wirtschaftskammern durchgeführt werden. Diese sollen aber den Interessen der Bevölkerung dienen. Das wird auch nochmals betont:

„Notwendig ist auf jeden Fall, daß die breiten Massen der Arbeiter und Konsumenten an dieser Planung und Lenkung innerhalb der wirtschaftlichen Selbstverwaltung neben den Unternehmern gleichberechtigt teilnehmen...“

Bei allen Reformen der deutschen Wirtschaft, mag es sich um Bodenreform, Neuaufbau der industriellen Wirtschaft oder Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Betrieb handeln, ist das erste und vornehmste Ziel das Wohl des gesamten Volkes.“

So forderte das Ahlener Programm eine Wirtschaft, die die Interessen des Volkes als oberstes Ziel verfolgt — eine Forderung, die ohne sozialistische Produktionsverhältnisse völlig utopisch bleibt. Den Kapitalismus lediglich zu reformieren, ohne ihn im ganzen zu beseitigen, und dennoch dem „Wohle des gesamten Volkes“ zu dienen — das ist genau die — fromme oder bewußte — Lüge des sogenannten „christlichen Sozialismus“, des „dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

So hegen wir wohl beim Lesen dieses Abschnitts berechnete Zweifel daran, daß der zur damaligen Zeit von der CDU-Führung ernst gemeint war. Denn entgegen diesen Sätzen des Ahlener Programms dient die westdeutsche Wirtschaft eben nicht dem Wohle des ganzen Volkes, sondern einer dünnen Schicht von Monopolkapitalisten.

Und ob der ebenfalls in Ahlen erhobene Protest gegen die Wirtschaftspolitik der Westmächte ehrlich war? Jedenfalls wären es gerade führende Kräfte der West-CDU, die mit den Interessen vor allem des amerikanischen Monopolkapitals eng verbunden waren und die „Auslandshilfe“ der USA in der Form des Marshall-Plans lebhaft begrüßten, von dem der frühere USA-Außenminister John Foster Dulles vor dem Außenpolitischen Ausschuss des Kongresses selbst gesagt hat:

„Ich möchte... klarstellen, daß dieses Programm nichts mit Mildtätigkeit zu tun hat. Es beruht auf den soliden Erwägungen unseres eigenen Interesses.“²⁵⁾

²⁵⁾ „Denk ich an Deutschland“, a. a. O., S. 38

Nachdem nun der Inhalt des vielgenannten Ahlener Programms untersucht worden ist, ist es erforderlich, eine Gesamteinschätzung dieses Programms vorzunehmen.

Zunächst sei nochmals festgestellt — und das ist auch bei der Behandlung des Inhalts dieses Programms deutlich geworden —: Das Ahlener Programm ist bei aller Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft kein sozialistisches, sondern ein bürgerliches Programm. An den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung war nicht im entferntesten gedacht. Wenn von „Vergesellschaftung“ gesprochen wurde, verstand man darunter durchaus nicht die Enteignung der Kapitalisten und die Überführung der Betriebe in Volkseigentum, sondern — wie oben gezeigt — die Verhinderung einer zunehmenden Monopolisierung durch ein Kartellgesetz, durch die Beschränkung des Aktienbesitzes sowie durch die Beteiligung des Staates, der Länder, der Gemeinden und der Arbeiter an den Unternehmen.

Aber nichtsdestoweniger kann man dieses Programm als ein relativ fortschrittliches bürgerlich-demokratisches Programm bewerten. Es enthielt viele positive Ansatzpunkte, die zur damaligen Zeit tatsächlich — wie es auch in der Einleitung des Programms heißt — eine „Neuordnung von Grund auf“ ermöglicht hätten. Das Ahlener Programm zeigte, daß die Politik der CDU-Führung, die die „Sozialpartnerschaft“, die „Ablehnung des Klassenkampfes“ und die „zur Zeit nicht praktische Vergesellschaftung“ in ihren Essener Leitsätzen propagiert und sich damit offen für die Interessen der Unternehmer ausgesprochen hatte, bei den Arbeitern keinen Widerhall gefunden hatte und somit gescheitert war. Diesem Ergebnis ihrer Politik des Jahres 1946 mußte die Führung der West-CDU Rechnung tragen.

Und noch ein anderer Faktor kam hinzu. In den Jahren 1946/1947 durchzog als Auswirkung der Niederlage, die der deutsche Faschismus unter den wuchtigen Schlägen der Alliierten und vor allem dank dem heldenhaften Kampf der Sowjetunion erlitten hatte, ganz Europa eine starke sozialistische Bewegung. Das äußerte sich nicht nur in dem Entstehen volksdemokratischer Staaten in Osteuropa, sondern auch — in abgeschwächter Form — im Zustandekommen einer Volksfront-Regierung in Frankreich — ähnlich in Italien —, im Sieg der Labour-Party in England, im aktiven Kampf der griechischen Arbeiter um eine volksdemokratische Ordnung und im Anwachsen der revolutionären Arbeiterbewegung in den anderen kapitalistischen Staaten Westeuropas. Selbstverständlich wurde auch Deutschland von dieser Bewegung erfaßt. Hier war es vor allem die Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung im Ergebnis der demokratischen Umwälzungen in der damaligen sowjetisch besetzten Zone, die ihren Einfluß auch auf die demokratischen Kräfte in den westlichen Besatzungszonen ausübte. Das zeigen beispielsweise

folgende Ereignisse in Westdeutschland in den Jahren 1946 bis 1948:

Am 19. September 1946 beschloß der Länderrat für die amerikanische Zone Grundsätze für eine Bodenreform; darauf wurden am 15. Oktober 1946 in Hessen und am 30. Oktober 1946 in Württemberg Gesetze über die Bodenreform verabschiedet. In Hessen ging die demokratische Bewegung noch weiter und führte am 11. Dezember 1946 zu einer Volksabstimmung über die Vergesellschaftung der Banken, Versicherungen und der Schwerindustrie. Ähnliche Maßnahmen erfolgten wenig später in der britischen Besatzungszone: Am 5. August 1947 wurde in Schleswig-Holstein ein Gesetz zur Vergesellschaftung der Grundstoffindustrie angenommen, am 11. September 1947 folgte ein Gesetz über die Bodenreform, und noch am 6. August 1948 (nach der separaten Währungsreform) billigte der Landtag von Nordrhein-Westfalen ein Gesetz über die Sozialisierung des Kohlenbergbaus.

Dieser Entwicklung mußte die Parteiführung der West-CDU Rechnung tragen, um so mehr, als die meisten christlichen Werktätigen und auch viele einfache Mitglieder und ehrliche Funktionäre der Partei selbst die Forderungen nach Sozialisierung und nach demokratischen Reformen unterstützten. Das Ahlener Programm widerspiegelt somit das Anwachsen der Aktivität der progressiven Kräfte innerhalb der West-CDU in den Jahren 1946 und 1947. Hätte die Parteiführung ihre in Essen deutlich gewordene alte Politik fortgesetzt, so wäre ein großer Teil der Mitglieder und insbesondere der Wähler in kurzer Zeit zu den Arbeiterparteien übergewechselt, und die West-CDU hätte ihren Einfluß verloren. Dieser Entwicklung wollten die reaktionären Kräfte des Parteivorstandes durch das Ahlener Programm einen Riegel vorschieben. Aus taktischen Gründen nahmen sie die fortschrittlichen sozialen Forderungen mit in das Programm auf, um diese Bewegung unter den Werktätigen abzufangen und für die eigenen Ziele, nämlich die Ziele des Monopolkapitals nutzbar zu machen.

Diese ihre wahren Absichten sprachen die Führer der West-CDU 1957, also zehn Jahre nach der Veröffentlichung des Ahlener Programms, offen aus. Denn 1957 war es jedem augenscheinlich, daß von den fortschrittlichen Forderungen des Ahlener Programms nichts mehr übriggeblieben war, ja geradezu das Gegenteil getan wurde. Deshalb wurde auf dem 7. Bundesparteitag der CDU in Hamburg das Ahlener Programm offiziell über Bord geworfen. Dazu bemühte man einen der Initiatoren des Ahlener Programms selbst, den damaligen stellvertretenden Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold. Dieser frühere Renräsentant des „linken Flügels“ der Partei widerrief auf dem Hamburger Parteitag 1957 das vor zehn Jahren von ihm selbst mitverfaßte Programm mit folgenden Worten:

„Würde dieses sozialistische Programm (daß es das gar nicht war, wurde oben nachgewiesen — d. V.) verwirklicht, so entstände

ein sozialistischer Sog, der alle anderen Lebens- und Wirtschaftsbereiche erfassen würde. Die Sozialisierung aller Energiequellen und die der Kohle würde folgen. Damit wäre aber auch der Weg zur Sozialisierung der chemischen und der Stahlindustrie, der Banken und Versicherungen beschritten.“²⁶⁾

Und schließlich zog Arnold das Fazit und kam zu dem Ergebnis, das dem des Ahlener Programms genau entgegensteht:

„Die Sozialisierung ist kein Mittel, das gesellschaftspolitische Problem zu lösen.“

Wie hatte Karl Arnold aber zehn Jahre zuvor bei der Verkündung seines Regierungsprogramms am 17. Juni 1947 vor dem Düsseldorfer Landtag gesagt?

„Die bisherigen einseitigen Machtgebilde in der Großwirtschaft werden beseitigt und ihre Neubildung in der Zukunft dadurch verhindert, daß die deutsche Grundstoffindustrie, Kohlewirtschaft, die Stahl und Eisen erzeugende Industrie sowie die den Markt monopolistisch beherrschende Großchemie in Gemeinwirtschaft überführt wird.“²⁷⁾

Noch deutlicher als Arnold wurde sein späterer Nachfolger als nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, der Wahlkampfleiter der CDU zu den Bundestagswahlen 1957, Dr. Meyers, der das Ahlener Programm auf einer Pressekonferenz als „endgültig erledigt“ bezeichnete und erklärte:

„Man müsse das Ahlener Programm aus den Gegebenheiten der Zeit verstehen, in der es entstanden sei. Das Ahlener Programm war ein Programm, dazu aussersehen, den Sozialismus zu verhindern.“²⁸⁾

Außerdem wollte man damals vor der britischen Labour-Regierung (es war ja das Programm für die CDU der britischen Besatzungszonen!) eine Verbeugung machen, die jedoch — nach Dr. Meyers — „keinesfalls ernst gemeint“ war.

Damit ist klar erwiesen, daß das ganze Ahlener Programm „keinesfalls ernst gemeint“, vielmehr bewußt zur Irreführung der christlichen Bevölkerung und zur Verhinderung des Sozialismus gedacht war und seither auch so benutzt worden ist. Das muß mit aller Deutlichkeit betont werden, weil viele christliche Werktätige auf Grund dieses Programms in der damaligen Zeit der West-CDU vertraut haben. Die Forderungen dieses Programms sind auch heute noch bei vielen westdeutschen Arbeitern lebendig, besonders bei den einfachen Mitgliedern der „Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft“, einer der sechs der CDU angeschlossenen Organisationen. So warten auch heute noch viele Werktätige auf die Verwirklichung des Ahlener Programms seitens der CDU-Führung; leider umsonst, denn diese hat unterdessen ihr wahres Gesicht längst enthüllt und durch ihre Politik ihre fortschrittsfeindliche Haltung klar offenbart.

²⁶⁾ ebenda, S. 33

²⁷⁾ ebenda, S. 81

²⁸⁾ Die Christlich-Demokratische Union und die Christlich-Soziale Union in der Bundesrepublik, herausgegeben vom Ausschuß für Deutsche Einheit, Berlin 1957, S. 15

V. Die Düsseldorfer „Leitsätze zur Wirtschafts-, Sozial- und Agrarpolitik“

(15. Juli 1949)

Über zwei Jahre nach dem Ahlener Programm veröffentlichte die CDU ihr nächstes Programm, die Düsseldorfer Leitsätze. Sie stellen das Wahlprogramm der CDU zu den ersten Bundestagswahlen 1949 dar. Ihr Inhalt spiegelt die Veränderungen wider, die sich von 1947 bis 1949 in Westdeutschland vollzogen.

Die Demagogie der Adenauer-Partei, die sich im Ahlener Programm aussprach, hatte ihre Früchte getragen. Die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse konnte damit und durch die revisionistische Politik der rechten SPD-Führung abgefangen werden. Dadurch konnte die Arbeiterklasse Westdeutschlands gespalten und die Macht der Konzerne wiederhergestellt werden. Die Durchführung des Marshallplans, die separate Währungsreform, das Eingreifen der westlichen Besatzungsmächte in die Wirtschaft und die Politik ihrer Besatzungszonen sowie die Aktivität reaktionärer westdeutscher Kreise vor allem in der CDU führten zur Restauration des deutschen Imperialismus in Westdeutschland. Eng verbunden mit dieser ökonomischen Entwicklung war die staatliche, nämlich über die Bildung des Frankfurter Wirtschaftsrates und des Parlamentarischen Rates zur Konstituierung des westdeutschen Separatsstaates und zur Unterwerfung unter das Besatzungsstatut der Westmächte.

So ist auch nicht verwunderlich, daß in den Düsseldorfer Leitsätzen nichts mehr von den progressiven Forderungen des Ahlener Programms nach Sozialisierung der Wirtschaft zu lesen ist. Im Mittelpunkt der Düsseldorfer Leitsätze, die zur Grundlage der Regierungspolitik Adenauers nach seiner Wahl zum Bundeskanzler werden sollten, steht die breit angelegte Propagierung der „sozialen Marktwirtschaft“ als des Fundaments einer „erfolgreichen“ Wirtschaftspolitik — erfolgreich zugunsten des Kapitals. So beginnen die Düsseldorfer Leitsätze gleich mit den Worten:

„Das wirtschaftliche und soziale Leben des deutschen Volkes ging mit dem Kriege immer mehr einem Zustand völliger Auflösung entgegen.“

Der 20. Juni 1948 (der Tag der separaten Währungsreform in den Westzonen. — d. V.) brachte den Umschwung. Die Währungsreform allein hat ihn nicht herbeigeführt. Sie schaffte die technischen Voraussetzungen. Der wesentlichste Impuls kam aus der Inkraftsetzung marktpolitischer Grundsätze. Diese marktwirtschaftlichen Grundsätze wurden durch die von der CDU vertretene ‚Soziale Marktwirtschaft‘ am 20. Juni 1948 zur Grundlage der deutschen Wirtschaftspolitik gemacht.“²⁹⁾

²⁹⁾ zitiert bei: Wilhelm Karl Gerst, Eine Abrechnung — 50 Beiträge zur Charakteristik der Adenauer-Partei, Berlin o. J., S. 155

Hier wird also bestätigt, daß die separate Währungsreform und die „soziale Marktwirtschaft“ eng miteinander zusammenhängen. Dieser willkürliche Akt vom 20. Juni 1948 schuf die „technischen Voraussetzungen“ dafür. Das bedeutet letztlich, daß die damit vollzogene Spaltung Deutschlands auf wirtschaftspolitischem Gebiet von den westdeutschen Imperialisten bewußt herbeigeführt wurde, um auf der Grundlage der von ihnen angestrebten „sozialen Marktwirtschaft“ ihre alten Positionen wieder einnehmen zu können.

Was ist nun eigentlich unter „sozialer Marktwirtschaft“ zu verstehen? Das wird in den Düsseldorfer Leitsätzen wortreich erläutert:

„Die soziale Marktwirtschaft ist die sozial gebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft, in der die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt. Diese Ordnung wird geschaffen durch Freiheit und Bindung, die in der sozialen Marktwirtschaft durch echten Leistungswettbewerb und unabhängige Monopolkontrolle zum Ausdruck kommen. Echter Leistungswettbewerb liegt vor, wenn durch eine Wettbewerbsordnung sichergestellt ist, daß bei gleichen Chancen und fairen Wettkampfbedingungen in freier Konkurrenz die bessere Leistung belohnt wird. Das Zusammenwirken aller Beteiligten wird durch marktgerechte Preise gesteuert.“³⁰⁾

Es ist schwer, diese hochtrabenden Sätze zu verstehen. Einmal wird die soziale Marktwirtschaft als „sozial gebunden“ bezeichnet. Man fragt sich, wodurch sie gebunden ist, doch ist davon nichts gesagt: weder von Gesetzen noch von Planungsprinzipien noch von Gewissen und Verantwortung ist die Rede. Zu Recht stellt dazu der Bonner Publizist Wilhelm Karl Gerst fest:

„Wir sagen, diese ungebundene Freiheit in der Marktwirtschaft, in der jeder nach Herzenslust sich auf Kosten seiner Mitmenschen bereichern kann und es auch tut, entbehrt des sozialen Charakters. Sie ist ihrem Wesen nach antisozial.“³¹⁾

Die eingefügten Worte von „sozialer Gerechtigkeit für alle“ tragen auch hier nur demagogischen Charakter. Statt dessen wird um so mehr ersichtlich, daß es in erster Linie um die Verwirklichung des kapitalistischen Maximalprofits geht, wenn die Rede ist von der „Leistung freier und tüchtiger Menschen“, von einem „Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen“, von „echtem Leistungswettbewerb“, von „gleichen Chancen und fairen Wettkampfbedingungen in freier Konkurrenz“. Unsinnig ist die Behauptung, daß „das Zusammenwirken aller Beteiligten“ durch die Preise bestimmt und beeinflußt werden könnte. Vielmehr ist es gerade umgekehrt, daß das „Zusammenwirken“ der kapitalistischen Produzenten sich auf das Zu-

standekommen der Preise, d. h. auf ihre ständige Erhöhung auswirkt. Und was die „unabhängige Monopolkontrolle“ betrifft, so erhebt sich die Frage, von wem sie unabhängig sein soll; offensichtlich dachte die CDU-Führung an eine Unabhängigkeit von der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften. Damit soll die „Monopolkontrolle“ schließlich zugunsten der Unternehmer fungieren.

Im gleichen Maße, wie die Düsseldorfer Leitsätze die „soziale Marktwirtschaft“ preisen, wird die Planwirtschaft verworfen. Bekanntlich hatte sich die Adenauer-CDU noch in ihrem Ahlener Programm deutlich zum Prinzip der Planwirtschaft bekannt. Nun wird zwar in der Präambel der Düsseldorfer Leitsätze scheinheilig behauptet:

„Die vorwiegend eigentumsrechtlichen und gesellschaftspolitischen Grundsätze des Ahlener Programms werden anerkannt...“³²⁾

Aber dann werden in den Düsseldorfer Leitsätzen die Grundforderungen des Ahlener Programms verleugnet und in ihr Gegenteil verkehrt. Gleich im Anschluß an das oben angeführte Lob auf die „soziale Marktwirtschaft“ heißt es:

„Die soziale Marktwirtschaft steht im scharfen Gegensatz zur Planwirtschaft, die wir ablehnen, ganz gleich, ob in ihr die Lenkungsstellen zentral oder dezentral, staatlich oder selbstverwaltungsmäßig organisiert sind.“³³⁾

In diesem Zusammenhang wird in den Düsseldorfer Leitsätzen jede Sozialisierung und jede Planwirtschaft verleumdeter. Es wird zu beweisen versucht, die Planwirtschaft sei ein „tragischer Irrtum“, sie würde zu einer „Diktatur der Verwaltungsbeamten“ und zum Ende der „Demokratie und des Rechts“, schließlich zum „Chaos“ führen. Im Blick auf die ungleich schwierigeren Bedingungen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in der damaligen sowjetischen Besatzungszone wird die Planwirtschaft demagogisch gleichgesetzt mit „Hungern“ und „Verwaltung der Armut“. Demgegenüber gebe die „soziale Marktwirtschaft“ jedem die „Freiheit“, sich „nach Leistung und Können am Wirtschaftsertrag zu beteiligen“. Sie wird mit „Arbeiten“ und „Überwindung der Armut“ gleichgesetzt.³⁴⁾

Nicht von ungefähr wurde in den Düsseldorfer Leitsätzen der Gegensatz zwischen sozialer Marktwirtschaft und Planwirtschaft so stark hervorgehoben. Es muß berücksichtigt werden, daß diese Leitsätze das Programm der CDU/CSU zu den ersten Bundestagswahlen waren. Deshalb wurde natürlich gegen die schärfste Konkurrenz, die SPD, polemisiert, die — damals noch — in ihrer Wahlpropaganda die Durchführung der Planwirtschaft vertrat. Durch die Betonung dieses Gegensatzes sollte bei einem CDU-Wahlsieg der SPD von vornherein die Rolle der Opposition zugewiesen werden, wie es dann auch

³⁰⁾ zitiert in: Die Christlich-Demokratische Union und die Christlich-Soziale Union in der Bundesrepublik a. a. O., S. 16

³¹⁾ zitiert bei: Ernst Deuerlein, a. a. O., S. 111/112

³²⁾ Die Christlich-Demokratische Union und die Christlich-Soziale Union in der Bundesrepublik, a. a. O., S. 16

³³⁾ zitiert in: Ernst Deuerlein, CDU/CSU 1945—1957, Beiträge zur Zeitgeschichte, Köln 1957, S. 111

³⁴⁾ Wilhelm Karl Gerst, a. a. O., S. 156/157

Adenauer prompt in seiner Regierungserklärung vom 20. September 1949 verkündet hat:

„Die Politik des Frankfurter Wirtschaftsrates, die Frage also ‚Soziale Marktwirtschaft‘ oder ‚Planwirtschaft‘, hat so stark unsere ganzen Verhältnisse beherrscht, daß eine Abkehr von dem Programm der Mehrheit des Frankfurter Wirtschaftsrates unmöglich war.

Eine Koalition zwischen den Parteien, die die Planwirtschaft verworfen, und denjenigen, die sie bewahrt haben, würde den Wählern geradezu entgegengerichtet sein.“³⁵⁾

Demagogisch wandten sich die Düsseldorfer Leitsätze nicht nur gegen die politischen Ziele der SPD, sondern auch gegen die andere, wenn auch weniger gefährliche Konkurrenz der FDP, indem scheinheilig behauptet wurde:

„Die soziale Marktwirtschaft steht auch im Gegensatz zur sogenannten ‚freien Wirtschaft‘ liberalistischer Prägung. Um einen Rückfall in die ‚freie Wirtschaft‘ zu vermeiden, ist zur Sicherung des Leistungswettbewerbs die unabhängige Monopolkontrolle nötig. Denn sowenig der Staat oder halböffentliche Stellen die gewerbliche Wirtschaft und einzelne Märkte lenken sollen, sowenig dürfen Privatpersonen und private Verbände derartige Lenkungsaufgaben übernehmen.“³⁶⁾

Was davon zu halten ist, wurde oben bereits angedeutet. Diese Sätze dienten lediglich dazu, das Streben der Monopole nach „freier“ wirtschaftlicher und politischer Macht zu verschleiern. Und die Monopolkontrolle sollte, wenn überhaupt, dann nur von solchen Kräften ausgeführt werden, die ihnen genehm sind und ihren Interessen nicht zuwiderhandeln, am besten also von „berufenen Vertretern“ der Monopole selbst.

In den Düsseldorfer Leitsätzen wird dann weiter auf die Wirtschaftspolitik der „sozialen Marktwirtschaft“ eingegangen und erklärt:

„Die ‚soziale Marktwirtschaft‘ verzichtet auf Planung und Lenkung von Produktion, Arbeitskraft und Absatz. Sie bejaht jedoch die planvolle Beeinflussung der Wirtschaft mit den organischen Mitteln einer umfassenden Wirtschaftspolitik auf Grund einer elastischen Anpassung an die Marktbeobachtung.“³⁷⁾

Das bedeutet: Die Wirtschaft der Imperialisten ist grundsätzlich frei und unabhängig. In Zeiten der Krise und der Depression, wenn also den Monopolen Defizite drohen, greift die Wirtschaftspolitik ein, das heißt, es werden Maßnahmen des Staates in der Form von Subventionen u. dgl. durchgeführt, die die alte wirtschaftliche Macht der Monopole wiederherstellen und ihm Profite erhalten sollen. Das wird freilich nicht so unverblümt zum Ausdruck gebracht, sondern die Düsseldorfer Leitsätze greifen hier das alte Schlagwort der Kölner Leitsätze und der Programme von Neheim-Hüsten und Ahlen von der „Bedarfsdeckung des Volkes“ auf, wenn gesagt wird:

„Diese Wirtschaftspolitik führt in sinnvoller Kombination von Geld-, Kredit-, Handels-, Zoll-, Steuer-, Investitions- und Sozialpolitik sowie anderer Maßnahmen dazu, daß die Wirtschaft in Erfüllung ihrer letzten Zielsetzung der Wohlfahrt und Bedarfsdeckung des ganzen Volkes dient.“³⁸⁾

Das ist der „soziale“ Charakter der Marktwirtschaft: Defizite werden „sozialisiert“, also über den Staat auf die Gesamtheit der kleinen Steuerzahler umgelegt, Gewinne aber werden privatisiert — in der Hand der westdeutschen Imperialisten! Die Wirtschaftspolitik hilft also dem wirtschaftlich Starken zu Lasten des wirtschaftlich Schwachen; von „sozialer Gerechtigkeit“ oder gar von christlichen Prinzipien ist keine Spur zu finden.

Vergeblich wird man in den Düsseldorfer Leitsätzen — im Gegensatz zum Ahlener Programm — auch nach einer Forderung suchen, die die wirtschaftliche Stellung des Arbeiters sichert und seine Rechte festlegt. Diese Leitsätze sind ja auch kein Programm für die Arbeiter, sondern fixieren die Rechte der Nutznießer der „sozialen Marktwirtschaft“, nämlich der Unternehmer. So werden Lösungen aufgestellt wie:

„Wir erstreben gesetzliche Maßnahmen zur Vertiefung einer echten Verantwortung in der Wirtschaft...“

Gesetzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Publizität müssen vor allem für die Kapitalgesellschaften geschaffen werden. Eine zentrale Aufsicht des Geldwesens ist zum Schutze der Währung erforderlich...“³⁹⁾

Diese Proklamationen sind entweder so gehalten, daß sich niemand etwas Genaueres darunter vorstellen kann, und deshalb für die Adenauer-Partei unverbindlich und bequem, oder sie sind von untergeordneter Bedeutung und streifen die zentralen wirtschaftspolitischen Aufgaben nur, dienen jedenfalls nicht den wirtschaftlichen Interessen der Werktätigen Westdeutschlands.

Der folgende der Düsseldorfer Leitsätze zeigt ihre demagogische Verlogenheit abermals deutlich:

„Im Interesse der deutschen Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten streben wir eine Senkung des deutschen Preisniveaus an. Hierdurch wird zugleich eine Erhöhung des Realeinkommens erzielt.“⁴⁰⁾

Entgegen diesen Versprechungen zeigt die wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands seit 1949 bis zur Gegenwart ein gewaltiges Ansteigen der Preise für die wichtigsten Konsumgüter. Leidtragende sind die einfachen Bürger Westdeutschlands, Nutznießer die westdeutschen Imperialisten, deren Dividende stark gestiegen ist, während das Realeinkommen der westdeutschen Bevölkerung ständig sinkt.

Weiter ist in den Düsseldorfer Leitsätzen zu lesen:

„Die soziale Marktwirtschaft schließt freie Berufswahl, Niederlassungsfreiheit, Gewerbefreiheit und Freizügigkeit ein.“⁴¹⁾

³⁵⁾ zitiert bei: Wilhelm Karl Gerst, a. a. O., S. 153/154

³⁶⁾ zitiert bei: Ernst Deuerlein, a. a. O., S. 112

³⁷⁾ ebenda

³⁸⁾ zitiert bei: Wilhelm Karl Gerst, a. a. O., S. 157

³⁹⁾ ebenda, S. 158/159

⁴⁰⁾ ebenda, S. 159

⁴¹⁾ ebenda, S. 160

Bei der Untersuchung der Kölner Leitsätze ist schon festgestellt worden, daß diese auch im Bonner Grundgesetz verzeichneten bürgerlichen Rechte heute „dank“ der Zerstörung der Bonner „Demokratie“ faktisch nur auf dem Papier stehen. Die Entwicklungs- und Berufsmöglichkeiten sind unter bürgerlich-kapitalistischen Verhältnissen, also auch unter den Bedingungen der „sozialen Marktwirtschaft“, stets abhängig von der Höhe des Vermögens der Eltern und vom „Wohlwollen“ der Monopole, und auch der gesetzliche Zwang zum Dienst in der atomar aufgerüsteten Bundeswehr dürfte wohl schwerlich etwas mit freier Berufswahl zu tun haben.

Genau wie in den vergangenen und ebenso wie in den kommenden Programmen wird auch in den Düsseldorfer Leitsätzen das private Eigentum verteidigt:

„Eine gerechte Verteilung der wirtschaftlichen Erträge und eine soziale Gesetzgebung müssen aus den vermögenslosen Schichten unseres Volkes in großem Umfange besitzende Eigentümer machen. Die Bildung des Sparkapitals wollen wir nachdrücklich fördern.“⁴²⁾

In diesen Jahren setzt die „christlich-demokratische Eigentumspolitik“ ein, die später noch verstärkt fortgeführt wird und den Arbeitern immer wieder das „Miteigentum“ am Ertrag, den „Volkskapitalismus“ und ähnliches verspricht. In Wirklichkeit ist die „Bildung von Vermögen in Arbeiterhand“ infolge des Zurückbleibens der Löhne gegenüber dem Steigen der Preise und des gesamten Nationaleinkommens fast unverändert niedrig geblieben. Die propagierte Vermögensbildung und die Förderung des Sparkapitals durch die Arbeiter soll den Unternehmern lediglich günstige Kreditmöglichkeiten gewähren.

Es ist nicht verwunderlich, daß in Verbindung mit der „sozialen Marktwirtschaft“ in unmittelbarer Anlehnung an die Essener Leitsätze von 1946 nun wieder die Sozialpartnerschaft propagiert wurde. So tauchen in den Düsseldorfer Leitsätzen wieder die Phrasen von einer „echten Partnerschaft“, von einer „leistungsgemeinschaftlichen Verbundenheit“ und von einer „beiderseitigen Verantwortung für das gemeinsame Werk“⁴³⁾ auf, die den Werktätigen das Bild einer „Klassenharmonie“ in der „sozialen Marktwirtschaft“ vorgaukeln sollen.

Auch in den übrigen Teilen sind die Düsseldorfer Leitsätze geschickt demagogisch formuliert. Die Ziele der westdeutschen Imperialisten werden noch stark verschleiert, und die Leitsätze versuchen immer wieder, an das Ahlener Programm anzuknüpfen, auch wenn ihre Forderungen denen des Jahres 1947 diametral entgegengesetzt sind. So versuchen die Düsseldorfer Leitsätze auch die Forderungen nach Vergesellschaftung der Grundstoffindustrie wieder aufzunehmen und erklären:

„Neben größtmöglicher Streuung des Eigentums bejahen wir im industriellen Raum Unternehmungsformen in Gemeineigen-

tum dann, wenn sie wirtschaftlich zweckmäßig, betriebstechnisch möglich und politisch notwendig sind.“⁴⁴⁾

Da unter kapitalistischen Bedingungen eine wirtschaftliche Zweckmäßigkeit und eine politische Notwendigkeit für eine Überführung in Gemeineigentum nie eintreten werden, ist diese „Forderung“ bewußt zur Irreführung der Werktätigen erhoben worden.

Aus alle dem wird ersichtlich: Die Düsseldorfer Leitsätze knüpfen zwar teilweise demagogisch an das Ahlener Programm an, enthalten aber in Wirklichkeit das Gegenteil von dessen verhältnismäßig progressiven Tendenzen. Sie widerspiegeln die Restaurierung des Imperialismus in Westdeutschland; ihm allein soll die dort propagierte „soziale Marktwirtschaft“ dienen.

VI. Das Hamburger Bundestagswahlprogramm

(Programm der Christlich-Demokratischen Union –
22. April 1953)

War 1949 die Macht der Konzerne wiederhergestellt worden, so sollte mit den Wahlen zum 2. Bundestag 1953 deren Einfluß auf Staat und Wirtschaft weiter ausgebaut werden. Im Hamburger Bundestagswahlprogramm der CDU zeigt sich einmal die dominierende Stellung der Monopole und zum anderen die bereits durchgeführte Remilitarisierung Westdeutschlands. Auch dieses bisher umfangreichste Programm der Adenauer-Partei soll kritisch betrachtet werden.

Natürlich sonnt sich darin die Partei in den Erfolgen des westdeutschen „Wirtschaftswunders“. Sie erwähnt kaum, daß die Ursachen dieser Erfolge einmal in der günstigen Lage der Grundstoff- und Schwerindustrie in Westdeutschland und in dem Hineinpumpen von amerikanischem Kapital in die westdeutsche Wirtschaft, vor allem aber in dem Fleiß und den Anstrengungen der verstärkt ausgebeuteten westdeutschen Arbeiter liegen. Statt dessen stellt sie gleich zu Beginn dieses Programms das westdeutsche „Wirtschaftswunder“ als das alleinige Verdienst der Partei und besonders ihres Vorsitzenden hin und erklärt:

„Unter der Kanzlerschaft Konrad Adenauers hat die Christlich-Demokratische Union in den letzten vier Jahren das deutsche Volk in der Bundesrepublik aus Hunger und tödlicher Vereinsamung herausgeführt...“

Es ist das geschichtliche Verdienst der Christlich-Demokratischen Union, daß unter ihrer Führung die innen- und außenpolitischen Voraussetzungen für den deutschen Wiederaufbau geschaffen wurden. Wir werden das begonnene Werk mit der Zustimmung des Volkes nach den bewährten Grundsätzen unserer Politik weiterführen.“⁴⁵⁾

⁴²⁾ ebenda

⁴³⁾ Alle Zitate des Hamburger Bundestagswahlprogramms von 1953 sind entnommen aus: Wolfgang Treue, Deutsche Parteiprogramme 1861 bis 1956, 2. erweiterte Auflage, Göttingen—Berlin—Frankfurt 1956, S. 240—252

Union in der Bundesrepublik, a. a. O., S. 16

⁴⁴⁾ ebenda

⁴⁵⁾ Die Christlich-Demokratische Union und die Christlich-Soziale

Hat aber die Adenauer-Partei bei der Errichtung des westdeutschen Separatstaates oder bei der Remilitarisierung in der Bundesrepublik nach der Zustimmung des Volkes gefragt? Jetzt, als das Volk vor vollendete Tatsachen gestellt worden war und die Kräfte der Reaktion das politische Heft fest in der Hand hatten, wollte sich die CDU scheinheilig auf „die Zustimmung des Volkes“ berufen.

Der erste Abschnitt des Hamburger Programms enthält staatspolitische Grundforderungen. Viele Sätze sind ihrem Inhalt nach schon aus früheren Programmen, angefangen von den Kölner Leitsätzen 1945, bekannt. Sie klingen den Wählern immer gut in den Ohren und werden deshalb im Programm hervorgehoben. So lauten beispielsweise schon die ersten Sätze dieses Abschnitts:

„Es ist Aufgabe des Staates, dem Menschen zu dienen. Der einzelne soll als freier Bürger Träger der Verantwortung für das Ganze sein. Die Staatsgewalt hat keinen Totalitätsanspruch.“

Wieder muß hier der Antikommunismus erhalten, um den Bonner „Totalitätsanspruch“ auf Eigentum und Leben seiner Untertanen zu verdecken. Denn es ist ja damals schon, aber noch mehr in der Folgezeit bis zur Gegenwart offenbar geworden, daß der Bonner Staat im Dienste der reaktionären imperialistischen und militaristischen Kreise Westdeutschlands steht. Oder dient etwa die Atomkriegs- und Revanchepolitik dem einfachen Bundesbürger?

Betrachten wir nun Neues und Bemerkenswertes in diesem Abschnitt. — In folgenden Sätzen wird der demagogische Charakter auch dieses Programms ersichtlich:

„Jedes einseitige Machtstreben von Interessengruppen lehnen wir ab, weil nur das Wohl des Ganzen Ziel der Politik sein darf. Interessenparteien sind Totengräber der staatlichen Ordnung. Splitterparteien stören die Voraussetzungen für echte politische Entscheidungen.“

Genaugenommen richten sich diese Sätze gegen die Politik der eigenen Partei. Denn es ist ja schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Adenauer-Partei die politischen und wirtschaftlichen Interessen der reaktionären Großbourgeoisie vertritt. Wenn hier von „Interessengruppen“ und „Interessenparteien“ gesprochen wird, dann meint die CDU die Organisationen der Arbeiterklasse, nämlich die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien. Diese werden als „Totengräber der staatlichen Ordnung“ gebrandmarkt von einer Partei, die selbst zum Totengräber der bürgerlichen Demokratie in Westdeutschland geworden ist!

Mit den folgenden Sätzen verrät die Adenauer-CDU ihr Streben nach weiterer Festigung ihrer politischen Position im Bonner Staat:

„Wir erstreben das Personen- und Mehrheitswahlrecht. Es fördert echte politische Willensbildung, wirkt der Zersplitterung entgegen und schafft klare Mehrheitsverhältnisse im Parlament, die stetige Regierungsarbeit sichern. Es verbindet die

Wähler mit ihren Abgeordneten, mit der Volksvertretung und den Parteien.“

Was den ersten Satz betrifft, so gehört er zu den wenigen dieses Programms, die konsequent verwirklicht worden sind. Durch das daraufhin geschaffene Wahlsystem sind tatsächlich „klare Mehrheitsverhältnisse im Parlament“ gebildet worden — klar für die CDU/CSU, die seit nunmehr zwölf Jahren eine „stetige Regierungsarbeit“ leistet — gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes.

Mehr als zweifelhaft ist hingegen der letzte Satz; denn von einer Verbindung zwischen Wähler und Abgeordneten ist in Westdeutschland nichts zu spüren. Wie sollte auch eine enge Verbindung, wie sie uns in der sozialistischen Demokratie zur Selbstverständlichkeit geworden ist, zwischen den Werktätigen und ihren Verderbern möglich sein? Der Bonner Staat hat sich — nach Schröder — zu einer „repräsentativen Demokratie“ entwickelt, in der sich die Mitwirkung der Bürger grundsätzlich auf den Wahlakt alle vier Jahre beschränkt, und selbst dieser ist angesichts der Unternehmerrmillionen in der CDU-Kasse, angesichts des offenen Wahlterrors gegen alle friedliebenden, demokratischen Kräfte und nach dem Verbot der KPD politisch einflußlos geworden. Diese Entartung der Bonner „Demokratie“ faßte die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine“ vom 20. Mai 1959 zu der Formel zusammen: „Das Volk wählt, aber regiert nicht.“

Bemerkenswert ist in diesem Abschnitt des Hamburger Programms, daß versucht wird, die alten Faschisten allmählich wieder „gesellschaftsfähig“ zu machen, auch wenn das noch in zurückhaltender Form geschieht. Zugleich soll auch die Entschädigung der Antifaschisten nun beendet werden. So heißt es:

„Die Entschädigung der vom Nationalsozialismus Verfolgten ist noch von diesem Bundestag zu regeln. Die bei der Rückerstattung entstandenen unbilligen Härten müssen angemessen ausgeglichen werden.“

Die besondere Sorge der Adenauer-Partei wendet sich also von nun an auch offiziell den Faschisten und Kriegsverbrechern zu.

Tritt die CDU im Hamburger Programm für die alten Faschisten noch in verschleierte Form ein, so für die Militaristen schon ganz offenherzig. Das ist nicht verwunderlich, denn Adenauer hatte schon im Mai 1952 den sogenannten Generalvertrag und den EVG-Vertrag unterzeichnet und dafür gesorgt, daß der Bundestag am 19. März 1953 beiden Verträgen zustimmte. Im Sonderabkommen zum EVG-Vertrag waren als Kern des westdeutschen Truppenkontingents 12 kriegsstarke Divisionen vorgesehen. Wozu diese Truppen verwandt werden sollten, erklärte Adenauer am 5. Dezember 1952 vor dem Bundestag:

„Es wurde bezweifelt, daß diese zwölf Divisionen überhaupt etwas zu bedeuten hätten... Wenn wir deutsche Divisionen haben, dann haben wir bei der Ausarbeitung der strategischen

Verteidigungspläne mitzusprechen... Die zweite Vorstellung war die..., möglichst am Eisernen Vorhang zu verteidigen, und wenn möglich, offensiv gegen Osten.⁴⁶⁾

Dazu also braucht der Bonner Staat die alten Militaristen, die bereits im zweiten Weltkrieg entsprechende „Osterfahrung“ gesammelt haben! Da die vergangenen Programme der Adenauer-Partei den deutschen Militarismus verurteilt hatten, wurde es nunmehr Zeit, die Militaristen wieder zu rehabilitieren. Das geschieht im Hamburger Programm mit folgenden Worten:

„Wir stehen zu den deutschen Soldaten, die, ihrer besten Überlieferung getreu, sich dem Volk in sittlicher Verpflichtung verbinden. Das den pflichttreuen deutschen Soldaten nach dem Zusammenbruch von 1945 geschehene Unrecht hat ihre Ehre nicht berührt. Die gerechte Bereinigung der Kriegsverurteiltenfrage ist uns ein besonderes Anliegen. Eine sofortige Ergänzung des Gesetzes zu Artikel 131 muß Unbilligkeiten in der Versorgung der ehemaligen Berufssoldaten, insbesondere der Berufsunteroffiziere, ausgleichen.“

Diese „gerechte Bereinigung der Kriegsverurteiltenfrage“ sieht heute so aus, daß alte Militaristen und Kriegsverbrecher ihre aggressiven Parolen wieder ungehindert verbreiten können und dabei vom Bonner Staat und der Adenauer-Partei noch gefördert werden. Der Gipfel dieser Entwicklung ist der Beschluß des Bonner Bundestages vom 29. Juni 1961, den schlimmsten Kriegsverbrechern, nämlich den Angehörigen der SS-Verfügungstruppe, der SS-Leibstandarte Adolf Hitler und der SS-Totenkopfverbände, staatliche Pensionen zu zahlen und ihnen den Weg in höchste Staatsfunktionen zu öffnen. Mit Recht stellte das Präsidium des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union der Deutschen Demokratischen Republik dazu fest:

„16 Jahre nach Kriegsende ist der SS-Staat wieder Wirklichkeit in einem Teil Deutschlands... Die Mörder aus der SS-Leibstandarte, aus den Totenkopfverbänden, die die Wachmannschaften für die Konzentrationslager stellten, sollen für ihre Untaten belohnt werden... Die Rehabilitierung der Verbrecher aus der Zeit des Faschismus ist heute schon so weit fortgeschritten, daß die intellektuellen Urheber der Grausamkeiten eines Eichmann, die wie Götze in der Bonner Regierung sitzen, sich anschicken können, ihre alten Diener und Werkzeuge zu honorieren... Wer aber die Mörder von gestern belohnt, der hat die Mörder von morgen schon gedungen. Diesen Gefahren gilt es Einhalt zu gebieten, solchem Tun gilt es mit allen Mitteln zu wehren.“⁴⁷⁾

Dieser Beschluß des Bonner Bundestages war die folgerichtige Fortsetzung der Politik der Adenauer-Partei mit dem Ziel, Faschismus und Militarismus zu rehabilitieren, wie sie uns bereits im Hamburger Programm entgegentritt.

Der zweite Abschnitt des Hamburger Programms nennt sich „Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge“. Aber trotz

⁴⁶⁾ zitiert in: Vorschwörung gegen Deutschland — Die Pariser Verträge — ein Komplott des Krieges und der Spaltung, herausgegeben vom Ausschuß für Deutsche Einheit, Berlin o. J., S. 42

⁴⁷⁾ Neue Zeit, 17. Jahrgang, Nr. 154 vom 6. Juli 1961, S. 1

aller hier gegebenen Versprechungen, wie Hausratshilfe, Wohnungsbau, Lastenausgleichs- und Vertriebenenengesetz, geht es der Adenauer-Partei gar nicht um eine echte Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in den Volkskörper, sondern vielmehr um eine Eingliederung in das System der aggressiven Absichten der westdeutschen Militaristen und Revanchisten. Das kommt auch getarnt im Hamburger Programm zum Ausdruck, wenn es dort am Anfang dieses Abschnitts heißt:

„Eine entschiedene Vertriebenenpolitik dient dem Wohle des Gesamtvolkes. Auch das unverzichtbare Recht auf die Heimat ist ein Anliegen des gesamten Volkes.“

Das ist der Grundtenor aller gerade auch in jüngster Zeit inszenierten und von der Adenauer-CDU aktiv unterstützten „Heimat-“ und Revanchistentreffen. Hierbei spielt der sogenannte „Landesverband Oder-Neiße“ der Partei eine besonders aggressive Rolle, wobei man bedenken muß, daß der Vorsitzende dieses seltsamen „Landesverbandes“ ausgerechnet der als Kriegsverbrecher entlarvte und rechtmäßig verurteilte Theodor Oberländer ist.

Der dritte und längste Abschnitt des Hamburger Programms befaßt sich mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei. In ihm tauchen die Prinzipien der „sozialen Marktwirtschaft“ wieder auf, wie sie uns von den Düsseldorfer Leitsätzen her bekannt sind. Zunächst werden die wirtschaftlichen Erfolge als alleiniges Ergebnis der Marktwirtschaft gepriesen:

„Durch die soziale Marktwirtschaft haben wir die produktiven Kräfte des Volkes von den Lähmungen der Zwangswirtschaft befreit und durch Leistungswettbewerb zur Entfaltung gebracht.“

Es folgt eine Aufzählung der Ergebnisse des „Wirtschaftswunders“, ohne natürlich die Kehrseite der Medaille, nämlich die riesige Verschuldung Westdeutschlands und damit die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit vom amerikanischen Monopolkapital, die ansteigenden Zahlen der Arbeitsunfälle und der Frühinvalidität, den Abbau der Sozialleistungen sowie die Verringerung des Lebensstandards infolge der zunehmenden Rüstungspolitik zu erwähnen. Anschließend werden die zu lösenden Aufgaben aufgezählt, die — leicht variiert — in jedem Programm auftauchen und auf deren Erfüllung die Bürger Westdeutschlands immer noch warten:

„weitere Steigerung und Verbilligung der Gütererzeugung;
Verbesserung des Lebensstandards für alle;
die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung, des freien Bauern und des mittelständischen Gewerbes;
Ausbau der sozialen Sicherung, insbesondere für ältere Angestellte, Rentner, Pensionäre, die Opfer des Krieges und seiner Folgen;
Bildung von persönlichem Eigentum für breite Schichten des Volkes.“

Bei allen diesen Punkten wurde schon bei den vorherigen Programmen gezeigt, daß die Adenauer-CDU für die Verwirklichung dieser Aufgaben nie etwas getan hat.

Im nächsten Absatz lehnt das Hamburger Programm — wie bereits die Düsseldorfer Leitsätze — eine Planwirtschaft ab. Erklärten die Düsseldorfer Leitsätze die Planwirtschaft noch als „tragischer Irrtum“, so wird in Hamburg ungleich schärfer formuliert:

„Eine durch staatlichen Zwang gelenkte Wirtschaftspolitik lehnen wir ab, weil sie die produktiven Kräfte lähmt, statt sie zu fördern, und weil sie mit einer freiheitlichen Rechtsordnung unvereinbar ist.“

Die Unwahrheit der Behauptung, eine zentral gelenkte Wirtschaftspolitik (gemeint ist die Planwirtschaft) lähme die produktiven Kräfte, ist längst erwiesen durch die Entwicklung der Arbeitsproduktivität und das stetige rasche Anwachsen der Produktion in der Deutschen Demokratischen Republik. So stieg die Industrieproduktion in der DDR allein von 1958 bis 1960 von 59 Mrd. DM auf 71,3 Mrd. DM, also um 21 %⁴⁸⁾

Die in jenem Satz des Hamburger Programms vorgebrachte Argumentation ist überdies typisch für die gesamte weitere Politik der Adenauer-CDU und der Bonner Regierung. Bis in die Gegenwart wurde und wird jede Bewegung, die der Regierung nicht genehm ist — angefangen von der Tätigkeit der Kommunistischen Partei und anderer demokratischer Organisationen über die Bewegung „Kampf dem Atomtod“ bis zur Aktion „Frohe Ferientage für alle Kinder“ und zum gesamtdeutschen Sportverkehr —, als „mit einer freiheitlichen Rechtsordnung unvereinbar“ verboten und unterdrückt.

Die oben angeführten „Aufgaben“ werden im Hamburger Programm dann näher erläutert. Zunächst wird „Erhöhung der Produktivität und des Lebensstandards“ proklamiert und auch gesagt, wie das erreicht werden soll:

„Rationalisierung und Produktionssteigerung sind die Voraussetzung für Kostensenkungen und eine echte Mengenkonjunktur, die das Ziel der nächsten Phase der sozialen Marktwirtschaft ist.“

Das bedeutet aber unter kapitalistischen Bedingungen Intensivierung der Arbeit, also verstärkte Ausbeutung der Arbeiter und zugleich Erhöhung der Profite durch „Rationalisierung“ und „Kostensenkungen“. Die wachsenden Betriebsunfälle in der Bundesrepublik zeugen von dem unerhört hohen Grad der Ausbeutung der westdeutschen Arbeiter durch die Monopole.⁴⁹⁾ Verschwiegen wird hier auch die Tatsache, daß unter kapitalistischen Bedingungen eine Mengenkonjunktur zu Krisenerscheinungen führt, wie sie in der letzten Zeit im Steinkohlenbergbau, in Teilen der Textilindustrie und der Kraftfahrzeugindustrie sichtbar wurden.

Wie in Düsseldorf, so werden auch hier wieder eine Monopolkontrolle, ferner ein Kartellgesetz sowie der „Schutz gegen

⁴⁸⁾ Argumentation Nr. 46 vom 11. Juli 1961, herausgegeben vom Büro des Präsidiums des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, S. 2

⁴⁹⁾ vgl. hierzu: Erwin Krubke, a. a. O., S. 15/16

unlauteren Wettbewerb“ gefordert. Daß solche Maßnahmen einzig im Sinne der Monopole erfolgen sollen, zeigte die Praxis, als der Bundesverband der Deutschen Industrie — der führende westdeutsche Unternehmerverband — besagtes Kartellgesetz mit Wirtschaftsminister Dr. Erhard aushandelte, bevor der Bundestag diesen Entwurf überhaupt zu Gesicht bekam.⁵⁰⁾

Bemerkenswert ist auch der folgende Satz:

„Die Arbeitslosigkeit ist mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen, im Bedarfsfalle auch durch aktive Beschäftigungspolitik der öffentlichen Hand.“

Das ist ohne Zweifel erfolgt, wenn auch die Arbeitslosigkeit bis heute noch nicht völlig verschwunden ist. Wahrscheinlich aber hat 1953 kein Wähler daran gedacht, daß das wesentliche Mittel der Bonner Regierung zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Rüstungswirtschaft werden würde. Und für die Zukunft hält Innenminister Schröder innerhalb der Notstandsgesetzgebung noch das Notdienstpflichtgesetz bereit, allerdings nicht aus sozialen Gründen, sondern zur Vorbereitung und Durchführung eines dritten Weltkrieges und zur Errichtung einer klerikal-faschistischen Diktatur in Westdeutschland.

Der nächste Teil des Hamburger Programms erläutert die Agrarpolitik der Partei. Auch hier werden zahlreiche Versprechungen gemacht: Bau von Landarbeiterwohnungen, Förderung des bäuerlichen Schulwesens, Errichtung von Bauernhochschulen, Befreiung der Bäuerin von übermäßiger Arbeitsbelastung, soziale Gleichwertung der Landarbeit im Rahmen der Gesamtwirtschaft, landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften und Landkrankenkassen. Aber keine dieser Versprechungen ist bisher in die Wirklichkeit umgesetzt worden. Auf die tatsächliche Entwicklung der Landwirtschaft wurde bereits bei der Analyse der Kölner Leitsätze hingewiesen. Im Hamburger Programm wird aber deutlich, worauf die Landwirtschaftspolitik der Adenauer-CDU hinzielt:

„Zur weiteren Rationalisierung der landwirtschaftlichen Betriebsführung sind notwendig: Beschleunigte Flurbereinigung, Hebung der Landeskultur durch Bund und Länder, steuerliche Begünstigung der Technisierung, Ausbau des landwirtschaftlichen Kredit- und Genossenschaftswesens, verstärkter Einsatz von Betriebsmittelkrediten und Realkrediten zur Erleichterung von Hofübergaben.“

Mit anderen Worten heißt das: Bonn strebt die Großraumwirtschaft zugunsten der kapitalkräftigen Großagrarier und Junker, auf Kosten der kleinen und mittleren Bauernwirtschaften an, die auch durch das Kreditwesen dem Ruin ausgesetzt sind und im Zuge der „Rationalisierungsmaßnahmen“ dem wirtschaftlichen Stärkeren weichen müssen. Wie notwendig, wie demokratisch, wie sehr auch christlichen Prinzipien entsprechend ist

⁵⁰⁾ Die Christlich-Demokratische Union und die Christlich-Soziale Union in der Bundesrepublik, a. a. O., S. 29

dagegen unser Weg zur genossenschaftlichen sozialistischen Landwirtschaft!

Ähnlich wie in der Agrarpolitik werden auch in der Mittelstandspolitik zahlreiche Versprechungen gemacht. Da ist die Rede von Gewerbeförderungsmaßnahmen für die Ausbildung des Nachwuchses, von gleichen Startbedingungen für alle ohne Rücksicht auf die Betriebsgröße, von einer verständigen Steuer- und Kreditpolitik für betriebliche Investitionen, von einer Beteiligung an öffentlichen Aufträgen und von einer entsprechenden Sozialgesetzgebung. Sehr schön heißt es:

„Tüchtige und verantwortungsfreudige Menschen sollen sich im eigenen Betrieb erfolgreich entfalten können.“

In Wirklichkeit aber wird der Mittelstand durch den Konkurrenzkampf mit den Monopolen zerrieben; er hat im Kapitalismus keine andere Perspektive. Das ist bei der Untersuchung der Essener Leitsätze schon nachgewiesen worden. Demgegenüber zeigt gerade die Entwicklung des Mittelstandes in der Deutschen Demokratischen Republik, daß hier keine Existenzangst, keine Konkurrenzgefahr und keine Absatzschwierigkeiten bestehen. Die Politik des ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates bietet auch dem Mittelstand eine Perspektive und bezieht ihn planmäßig in den sozialistischen Aufbau ein.⁵¹⁾

Weiterhin wird im Hamburger Programm die verstärkte Fortführung des Wohnungsbaus gefordert. Obwohl seitdem acht Jahre vergangen und auch viele Wohnungen gebaut worden sind, ist das Wohnungselend immer noch unvorstellbar hoch. Das liegt daran, daß eine andere Forderung dieses Abschnitts übermäßig erfüllt worden ist, nämlich die „Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit des Hausbesitzes“. Vor allem die Einführung der „freien Marktwirtschaft“ im Wohnungswesen am 1. August 1960 hat die Mieten derartig in die Höhe schnellen lassen, daß viele Familien sich eine ihnen zukommende Wohnung nicht leisten können und in Baracken, Bunkern und anderen Elendsquartieren hausen müssen. Wie heißt es aber im Hamburger Programm?

„Wohnungseigentum und Dauerwohnrecht müssen mehr als bisher gefördert werden.“

Die Reihe der Versprechungen wird fortgesetzt bei der Finanz- und Steuerpolitik. Dazu wird verkündet:

„Wir treten für eine wirtschaftlich sinnvolle Steuerreform ein, die das Steuersystem vereinfacht, überhöhte Steuersätze abbaut und insbesondere die unteren Einkommen entlastet.“

In Wirklichkeit brachte die laut angekündigte „große Steuerreform“ die größten Ersparnisse gerade den großen Konzernherren. Nach dem Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung sah die nach der Steuerreform eingetretene Ersparnis wie folgt aus:

	Jahreseinkommen	Ersparnis
bis	4 000 DM	2,7 0/0
	8 000 DM	4,4 0/0
	15 000 DM	9,3 0/0
	30 000 DM	11,3 0/0
	60 000 DM	14,3 0/0
	100 000 DM	19,0 0/0
	1 000 000 DM	25,0 0/0

(entnommen aus: „Denk ich an Deutschland“, herausgegeben vom Union-Pressedienst, Berlin 1957, S. 47).

Die geringe Steuerermäßigung für die Arbeiter wurde mehr als ausgeglichen durch die ständig steigenden Preise für die Konsumgüter. Hauptnutznießer dieser Steuerpolitik waren und sind die Kapitalisten. Das ist auch im Hamburger Programm gleich im Anschluß an die angekündigte Steuerreform offen ausgesprochen:

„Grundlage für die weitere Hebung des Lebensstandards ist eine ausreichende Kapitalbildung. Sie allein ermöglicht die Investitionen, die nötig sind, um die Produktion zu rationalisieren und auszuweiten, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das Schwergewicht der Förderungsmaßnahmen hat dem Wiederaufbau des Kapitalmarktes zu dienen...“

Neben der Erhöhung der Produktivität und des Lebensstandards ist die „Sicherung des sozialen Friedens“ die zweite große Parole dieses Abschnitts im Hamburger Programm. Wie üblich, stehen auch hier am Anfang große Worte:

„Unsere Sozialpolitik ist kein Anhängsel an die soziale Marktwirtschaft, sondern deren Ziel.“

Auch hier lobpreist die Adenauer-CDU die angeblich großen Erfolge, die sie in den ersten vier Jahren ihrer Regierung erzielt hat. Sieht man allerdings etwas genauer hin, so findet man manches Haar in der Suppe der „sozialen Marktwirtschaft“, besonders wenn man die spätere Entwicklung verfolgt. So wird zuerst über „Betriebsverfassung und Mitbestimmung“ gesprochen und behauptet:

„Fortschrittliche Gesetze zur gerechten Gestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer wurden verabschiedet... Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist maßgebend durch die Christlich-Demokratische Union gestaltet worden. Damit haben wir einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung des sozialen Friedens in Betrieb und Wirtschaft geleistet.“

Das ist eine Wiederholung der alten Losungen von Essen und Düsseldorf, die den „Betriebsfrieden“, die „Klassenharmonie“ und die „Sozialpartnerschaft“ propagierten. Die Mitbe-

⁵¹⁾ siehe dazu: Erwin Krubke, a. a. O., S. 27—36

stimmung der Arbeitnehmer" ist durch die Adenauer-CDU insofern „maßgebend gestaltet" worden, als sie die Arbeiter systematisch von der Mitbestimmung im Betrieb ausschaltete.

Der nächste Absatz ist der „Sicherung der Rechte der Familie" gewidmet. Auch hier wird viel versprochen — und später nichts gehalten. Besonders interessant sind in diesem Zusammenhang folgende Sätze:

„Die Familie hat ein Recht auf ausreichenden Wohnraum. Der Gesetzentwurf der Christlich-Demokratischen Union zur Schaffung von Familienheimen bietet die Gewähr dafür, daß die Familie mit allen ihren Erfordernissen in den Mittelpunkt der künftigen Wohnungspolitik gestellt ist. Die Verabschiedung dieses wichtigen Gesetzentwurfes ist darum ein dringendes Erfordernis.

Auch Mietwohnungen müssen in Ausstattung und Größe so gehalten sein, daß sie Raum für eine gesunde Familie bieten.“

Die Tatsachen in Westdeutschland sprechen, wie bereits erwähnt, eine andere Sprache. So berichtete erst kürzlich die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" über die katastrophalen Wohnverhältnisse im Lager Osthofen in der Pfalz.

„Jede Wohnung hat zwei Zimmer, eine Küche und ein Bad. Jetzt wohnen in jedem Zimmer und in der Küche zwei Familien mit je drei Personen. Das heißt, in der Wohnung, die für eine Familie mit drei Personen gebaut ist, hausen jetzt sechs Familien mit 18 Menschen.“⁵²⁾

So sieht also in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit die im Hamburger Programm gepriesene „Förderung der Familie" und die Sicherung ihrer Rechte aus!

Des weiteren spricht das Hamburger Programm von der Kriegsoferversorgung und bekennt sich „zu dem Anspruch der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen durch eine der Größe des gebrachten Opfers entsprechende Versorgung durch die Gemeinschaft unseres Volkes". Weiter heißt es dazu:

„... Im Arbeitsprozeß ist den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen ein spezifischer Schutz bei ausreichenden Einstellungsquoten zu gewähren.“

Zwar wurde 1950 das Bundesversorgungsgesetz für die Kriegsbeschädigten beschlossen, aber das entspricht keineswegs den gerechtfertigten Ansprüchen der Opfer des zweiten Weltkrieges und ihrer Hinterbliebenen. Die Lage dieser Menschen schildert Wilhelm Karl Gerst folgendermaßen:

„Wer zur Zeit mit 50 Prozent erwerbsunfähig ist, kann mit seiner Gesamtrente von 198 DM mit seiner Familie bei den gegenwärtigen Lebensmittelpreisen und Wohnungsmieten in der Bundesrepublik nicht existieren, auch wenn er noch etwas dazuverdient. Trotz der bestehenden Gesetze sind noch immer nicht alle der rd. 600 000 Schwerkriegsbeschädigten in den Arbeitsprozeß eingeordnet. Mindestens 20 000 warten noch immer vergeblich auf eine Beschäftigung. Eine große Zahl ihrer Schicksalskameraden ist in untergeordneten Funktionen eingestellt (Türsteher, Büroboten u. ä.). Diese Kameraden sind natürlich sehr unzufrieden. Sie klagen am lautesten über den

„Dank des Vaterlandes", das sie zu so minderwertiger Arbeit zwingt...“

Mit aller Schärfe muß aber der verantwortlichen Mehrheitspartei im Bundestag, der CDU, gesagt werden: Die Gesamtsumme der Bundesaufwendungen für die Opfer des Nazikrieges und ihrer noch bedauernswerteren Frauen und Kinder, die zur Zeit bei etwa 3,6 Millionen Versorgungsberechtigten nur etwa 3,2 Mrd. DM beträgt, muß mindestens auf das Doppelte erhöht werden, wenn Gerechtigkeit sein soll.“⁵³⁾

Der nächste Teil dieses Abschnitts im Hamburger Programm ist der Sozialversicherung gewidmet. Darin heißt es u. a.:

„Die Sozialversicherung ist ein fester Bestandteil unserer Sozialordnung. Wir werden die bewährte Form der gegliederten Sozialversicherung beibehalten... In der sozialen Krankenversicherung ist die verantwortungsvolle Zusammenarbeit zwischen Versicherten, Kassen, Ärzten und Krankenhäusern zu gewährleisten. Der Arzt darf in seinem Wirken für den Kranken nicht durch bürokratische Fesseln beeinträchtigt werden.“

Derjenige Bürger Westdeutschlands, der diesen Worten des Hamburger Programms Glauben schenkte und damals die Adenauer-CDU wählte, wird es wohl nicht für möglich gehalten haben, daß die „Beibehaltung der bewährten Form der gegliederten Sozialversicherung" sechs Jahre später durch die „Neuregelung des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung" ersetzt werden würde. Dieses neue „Recht" hindert auch den Arzt in seinem Wirken für den Kranken — ganz im Gegensatz zu den Beteuerungen des Hamburger Programms — durch die Selbstbeteiligung der Patienten an Arzt-, Krankenhaus- und Arzneikosten. 1953 glaubte ja auch noch niemand, daß die atomare Aufrüstung Hauptaufgabe Nr. 1 des Bonner Staates und durch erhöhte Steuern und „soziale Demontage" von den Bürgern Westdeutschlands finanziert werden sollte.

Der letzte Teil dieses Abschnittes im Hamburger Programm befaßt sich mit der Altersversorgung. Für ihn gilt letztlich das gleiche wie für die anderen Teile: viele Versprechungen, wenig wurde gehalten. Es heißt beispielsweise:

„Wir fordern für die Alten und Invaliden ausreichende Sicherung... Für den geleisteten Beitrag muß auch die volle Gegenleistung gewährt werden. Das Verhältnis zwischen dem Arbeitseinkommen, aus welchem die Beiträge zur Rentenversicherung geleistet werden, und den gewährten Rentenleistungen ist zu verbessern.“

Die Wirklichkeit sieht auch hier durchaus nicht rosig aus. Einmal wurden die durchgeführten Rentenerhöhungen durch eine Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung finanziert. Zum anderen wurden die Mindestrenten, die 55,— DM betragen, abgeschafft, so daß heute viele Rentner Zwergrenten teilweise sogar unter 20 DM erhalten und damit auf die öffentliche Fürsorge angewiesen sind. Die Rentenerhöhung um 6,1 Prozent im Jahre 1959 wurde dadurch mehr als ausgeglichen, daß sie einerseits auf andere Sozialleistungen angerechnet

⁵²⁾ zitiert in: Neue Zeit, 17. Jahrgang, Nr. 173 vom 28. Juli 1961, S. 7

⁵³⁾ Wilhelm Karl Gerst, a. a. O., S. 206/207

wurde, andererseits durch die ständigen Preiserhöhungen ihren Realwert verloren hatte.⁵⁴⁾

Die im Hamburger Programm so stark betonte Sozialpolitik der Adenauer-CDU ist unterdessen durch die Rüstungspolitik zu Grabe getragen worden. Selbstverständlich werden auch heute immer noch ähnliche Versprechungen auf sozialem Gebiet gemacht; aber es denkt wie früher niemand daran, sie ernstlich zu verwirklichen. Schon 1958 kündigte auf dem Kieler Parteitag Bundespräsident Gerstenmaier an:

„Ich sage noch einmal, daß wir in allem wesentlichen die Grenzen des sozialen Rechtsstaates erreicht haben. Wir haben keinen großen Spielraum mehr. Treten wir über ihn hinaus, so besteht die Gefahr, daß wir kopfüber in das Gesellschaftskonzept des modernen Sozialismus stürzen. Der soziale Rechtsstaat hat seinen Bürgern nicht das letzte Risiko der wirtschaftlichen Existenz abzunehmen und nicht jedem, ohne Ansehen seiner Leistung, soziale Sicherheit zu garantieren.“⁵⁵⁾

Damit wird zugegeben: Um der Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, mit anderen Worten: um des Profits willen wird die Sozialpolitik gebremst. Der Kapitalismus ist nicht fähig und nicht willens, jedem Bürger eine gesicherte soziale Existenz zu bieten. Dieses wesentliche Merkmal unterscheidet die bürgerlich-kapitalistische von der sozialistischen Gesellschaftsordnung, in der auf Grund der neuen sozialistischen Produktionsverhältnisse die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist und jeder Bürger eine gesicherte Existenz besitzt.

Kehren wir aber zurück zum Hamburger Programm der Adenauer-CDU des Jahres 1953. Der vierte Abschnitt trägt den vielversprechenden Titel: „Eigentum für alle Schichten des Volkes“. Darin wird die in den Düsseldorfer Leitsätzen begonnene Propaganda der „Eigentumspolitik“ als angeblichen Merkmals der „Sozialpartnerschaft“ fortgesetzt und breit ausgewalzt. Dabei wird wieder einmal das „Gespenst des Kommunismus“ heraufbeschworen, der angeblich die Menschenwürde und die menschliche Existenz bedrohe — wobei heute offensichtlich ist, daß diese durch die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten bedroht sind, deren treibende Kraft der westdeutsche Militarismus ist. Gerade um das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln und die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung zu erhalten, anders ausgedrückt: um eine Entwicklung zum gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln zu verhindern, fordert die „Eigentumspolitik“ der CDU „Eigentum für alle Schichten des Volkes“. Daraus wird der demagogische Charakter dieser Forderung offenbar. Demzufolge hat die Behauptung:

⁵⁴⁾ Über die Rentenversorgung in Westdeutschland im Vergleich zu der Deutschen Demokratischen Republik siehe: H. Wulf, Zehn Jahre Deutsche Demokratische Republik — zehn Jahre Rentenversorgung, in: Arbeit und Sozialfürsorge, Nr. 23/1959, Ausgabe B

⁵⁵⁾ zitiert bei: Wilhelm Karl Gerst, a. a. O., S. 191

„Je mehr Eigentümer, desto ausgewogener ist das soziale Gefüge und desto gesicherter der soziale Friede“

nur propagandistischen Wert zur Verkündung der „Klassenharmonie“ und der „Sozialpartnerschaft“. So wird auch wieder die Forderung nach dem Eigentum an der Wohnung und nach dem Bau von Eigenheimen erhoben:

„Darum führt die Christlich-Demokratische Union den Kampf um ihr Gesetz zur Schaffung von Familienheimen mit aller Entschlossenheit. Nur so ist es möglich, breiten Schichten unseres Volkes persönliches Eigentum an Herd und Heim zu schaffen. Durch weitere gesetzliche Maßnahmen ist sicherzustellen, daß vor allem den Vertriebenen, Ausgebombten und jungen Familien die Möglichkeit gegeben wird, Eigentum an Wohnungen zu erwerben.“

Trotz dieser großen Worte sind die Möglichkeiten, diese Forderungen zu verwirklichen, infolge der steigenden Miet- und Grundstückspreise für die Familien der Werktätigen nicht gegeben. Voraussetzung für den Erwerb eines Eigenheims ist ein entsprechendes Vermögen. Nach westdeutschen Statistiken⁵⁶⁾ hat etwa jede zweite Familie in der Bundesrepublik ein Nettoeinkommen unter 500 DM und ist somit von vornherein nicht in der Lage, ein Vermögen zu ersparen. Ebenso unmöglich ist es aus dem gleichen Grunde, durch Konsumverzicht zu einem Eigenheim zu kommen. Der ganze Eigenheimbau ist demzufolge nur für die „gehobenen Schichten“ diskutabel, die selbst mehr oder weniger Nutznießer der kapitalistischen Gesellschaft sind.

Groß aufgemacht wurde bei der Wahlpropaganda des Jahres 1953 der folgende Teil des Hamburger Programms, der das „Miteigentum“ der Arbeiter verkündete:

„Bei Neubildung von betrieblichem Eigentum sind Arbeiter und Angestellte zu beteiligen, dadurch erhält die Gleichberechtigung und verantwortliche Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft in der Wirtschaft ihre sichere Fundierung.

Die Verbindung von Mitbestimmung und Miteigentum ist die beste Verwirklichung des machverteilenden Prinzips in der Wirtschaft...

Die Schaffung von Miteigentum ist durch den Staat zu fördern und durch freiwillige Vereinbarungen auf der Grundlage einer Rahmengesetzgebung zu verwirklichen.“

Das ist eine Fortsetzung der „sozialpartnerschaftlichen“ Propaganda von Essen und Düsseldorf. Aber immerhin konnte doch im Mitbestimmungsrecht der Arbeiter ein progressiver Kern enthalten sein, wie er in Köln und besonders in Ahlen zum Ausdruck kam. Deshalb wandten sich 1953 noch viele christliche Arbeiter, besonders in den Sozialausschüssen, der Politik der CDU zu und glaubten, dieser Partei vertrauen zu können. Aber den Vertretern der Konzerne war schon der Gedanke unerträglich, daß die Arbeiter in irgendeiner Form in den Betrieben mitzubestimmen und „Miteigentum“ an den Produktionsmitteln hätten. Sie sorgten in der Folgezeit dafür,

⁵⁶⁾ vgl. Soziale Ordnung, Christlich-demokratische Blätter der Arbeit, Bellage zu Nr. 1/1960

daß das „Miteigentum“ aus den Forderungen der Adenauer-CDU wieder verschwand. Diese Tatsachen enthüllte und kritisierte selbst die Monatszeitschrift der Sozialausschüsse der West-CDU, die „Soziale Ordnung“. Zunächst schrieb sie 1956:

„Nach dem Hamburger Programm der CDU hätte eigentlich erwartet werden müssen daß seitens der Bundesregierung ein Gesetzentwurf über das Miteigentum der Arbeitnehmer vorgelegt würde. Mit Bedauern hatte schon festgestellt werden müssen, daß die Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 20. Oktober 1953 diesen vor den Wahlen so herausgestellten Programmpunkt seiner Partei als eine Aufgabe seiner Regierung nicht einmal erwähnt hatte...

Wenn die CDU glaubwürdig sein will, wird ihre Fraktion sich nicht nur geschlossen hinter diesen Entwurf (gemeint ist ein diesbezüglicher Entwurf von Abgeordneten des „linken Flügels“ der CDU zur Verwirklichung des „Miteigentums“ — d. V.) stellen, sondern auch eine parlamentarische Behandlung in die Wege leiten müssen, die eine Verabschiedung noch in dieser Legislaturperiode sicherstellt.“⁵⁷⁾

Der „Sozialen Ordnung“ muß hier einmal Recht gegeben werden: Um die Glaubwürdigkeit einer solchen Partei muß es wirklich schlecht gestellt sein, die sechs Monate nach Verkündung ihres Wahlprogramms und nach erfolgtem Wahlsieg „vergessen“ hat, was sie ihren Wählern vorher versprach! — Ein Jahr später enthüllte die „Soziale Ordnung“ die Ursachen für dieses Manöver der Adenauer-Partei:

„Der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Paulssen, hat dem ‚Industriekurier‘ in einem Interview bedeutet, daß... es nicht angehe — solange Eigentum eine Rechtsinstitution abendländischer Tradition sei —, Teile eines durch unternehmerische Aktivität und Begabung geschaffenen Eigentums umzuverteilen. Jede erzwungene Bildung und Abtretung von Eigentum... werde man entschieden ablehnen... In diesem Pressegespräch hat Dr. Paulssen nach Befragen auch die Miteigentumsvorschläge der Sozialausschüsse abgelehnt. Dagegen begrüßte er sehr die neuen Pläne von Bundesminister Dr. Erhard über die Privatisierung von Staatsvermögen durch die sogenannte Volksaktie. Für die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft und sicherlich auch für andere CDU-Mitglieder gibt es keinen Zweifel darüber, daß die CDU dem deutschen Volk 1953 versprochen hat, ein Rahmengesetz über ein Miteigentum für Arbeitnehmer zu schaffen. Auch der Bundesparteitag der CDU in Stuttgart 1956 hat dieses Versprechen noch einmal bestätigt.

Um so größer ist das Bedauern, daß wir nun zur Kenntnis nehmen müssen, daß gewisse Gruppen — auch innerhalb der CDU — nun von dieser damaligen Forderung nicht nur nichts mehr wissen wollen, sondern es sogar als ihre Aufgabe ansehen, gegen diese Forderung scharf Front zu machen, davor zu warnen oder sogar sich darüber zu mokieren.“⁵⁸⁾

So ist es zu verstehen, daß die Propaganda des „Miteigentums“ recht schnell verschwand und ersetzt wurde durch die geschäftige Reklame für die „Volksaktie“, wie es sich dann im nächsten Wahlprogramm der CDU 1957 zeigen sollte. An diesem Beispiel ist aber auch deutlich geworden, daß die Politik der Adenauer-Partei auf die leisesten Regungen der Unternehmerverbände sofort reagiert, während sie die Wünsche und das Wollen selbst ihrer eigenen einfachen Mitglieder ignoriert.

Bemerkenswert ist noch der letzte Teil dieses Abschnitts im Hamburger Programm. Dort heißt es:

„Verstaatlichung und sozialistisches Gemeineigentum sind keine Lösung der sozialen Frage. Miteigentum am Betrieb ist soziale Tat jenseits von Kapitalismus und Sozialismus und dient der sozialen Ausgestaltung der Marktwirtschaft.“

Während die Düsseldorfer Leitsätze noch versuchten, Verbindungen zum Ahlener Programm herzustellen, werden jetzt die progressiven Forderungen dieses Programms von 1947 nach Verstaatlichung und Gemeineigentum endgültig liquidiert. Statt dessen wird mit der Propaganda des „Miteigentums“ den Arbeitnehmern die Illusion einer „sozialen Tat jenseits von Kapitalismus und Sozialismus“ vorgegaukelt, eines „dritten Weges“ also, den es natürlich in Wirklichkeit gar nicht geben kann. Vielmehr wird ja am Schluß selbst bestätigt, daß damit die „Marktwirtschaft“ unterstützt, also die Position der Kapitalisten gestärkt werden soll.

Der fünfte Abschnitt des Hamburger Programms ist überschrieben: „Unsere Forderung für die Jugend“. Am Anfang wird erklärt:

„Der Jugend, die vom nationalsozialistischen Staat schwer mißbraucht worden ist, muß jede Möglichkeit gegeben werden, den sozialen Rechtsstaat, um den wir uns bemühen, als ihren Staat zu empfinden und anzuerkennen.“

Allerdings sind die Adenauer-Partei und der Bonner Staat sehr bemüht, die Jugend für sich zu gewinnen. Nun handelt es sich keineswegs um einen „sozialen Rechtsstaat“, den die Jugend als „ihren Staat empfinden und anerkennen“ könnte, sondern um einen ebenso aggressiven und räuberischen Staat, wie es der Nazi-Staat war, dessen Kriegszielen und faschistischen Methoden und Praktiken die des heutigen Bonner Regimes erschreckend nahekommen. Wie einst im Hitlerreich, so wird heute im Adenauer-Staat die Jugend für die aggressiven Ziele der Militaristen und Imperialisten mißbraucht. Wie einst, so werden auch heute der Jugend Westdeutschlands zahlreiche Versprechungen gemacht. Im Hamburger Programm werden angekündigt: mehr Wohnheime für Lehrlinge, Erweiterung von Grundausbildungslehrgängen, ein Jugendarbeitsschutzgesetz und ein Berufsausbildungsgesetz, ein Jugendhilfsgesetz, Eindämmung des Einflusses von Schund und Schmutz, Förderung des guten Jugendschrifttums und des Jugendfilms. Aber dies alles steht nur auf dem Papier, weil die „Sorge“ um die Bundeswehr alle Sorgen um die geistige und kulturelle Entwicklung

⁵⁷⁾ ebenda, Nr. 10/1956, S. 162

⁵⁸⁾ ebenda, Nr. 6/1957, S. 87

der Jugend erstickt. Die riesigen Kosten für die NATO-Truppe und die Aufrüstung lassen nichts mehr für die Förderung der Jugend übrig.⁵⁰⁾ Dafür läßt man aber ungehindert antisemitische, militaristische und faschistische Publikationen auf dem Büchermarkt erscheinen, um die Jugendlichen für die menschenfeindlichen Ziele der westdeutschen Militaristen und Neofaschisten zu gewinnen.

Damit kommen wir zum sechsten und letzten Abschnitt des Hamburger Programms, der unter dem Titel „Deutschland in der Gemeinschaft der freien Völker“ die außenpolitische Konzeption der Adenauer-Partei festlegt. Er spiegelt die völlige Einbeziehung Westdeutschlands in die westlichen Paktsysteme wider, andererseits den zunehmenden Einfluß des westdeutschen Militarismus auf die Fragen der Wiedervereinigung und der Außenpolitik und schließlich die Heuchelei in der Wahlpropaganda zur Irreführung der Volksmassen. Gleich am Anfang dieses Abschnittes wird unter Leugnung der tatsächlichen Situation in Deutschland und unter Mißachtung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens über die einheitliche und demokratische Entwicklung in ganz Deutschland anmaßend und widerrechtlich behauptet:

„Die Bundesrepublik Deutschland handelt stellvertretend für alle Deutschen in Ost und West, denen es versagt ist, in einem freien, sozialen Rechtsstaat zu leben.“

Das ist die in der Bundesrepublik herrschende Staatsrechtsanschauung, die die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik ignoriert, eine systematisch gelenkte und offiziell vom sogenannten „Ministerium für gesamtdeutsche Fragen“ unterstützte Hetz- und Lügenpropaganda über die „Sowjetzone“ betreibt und sich erdreistet, für alle Deutschen sprechen zu wollen. Daraus wird dann die Auffassung abgeleitet, daß die Deutsche Demokratische Republik nur ein vom „Mutterland“ losgelöster Teil sei, der durch den „Anschluß“ an die „freie Welt“ wieder „befreit“ werden müsse. Scheinheilig aber wird im Hamburger Programm behauptet:

„Es bleibt unsere Kernaufgabe, auf friedlichem Wege allen Deutschen eine gemeinsame Heimat zu geben... Die Christlich-Demokratische Union wird nicht aufhören, mit allen Kräften und letzter Entschlossenheit weiter für die Wiedervereinigung zu arbeiten.“

Wie „entschlossen“ allerdings dafür gearbeitet wurde, beweisen die historischen Tatsachen. Im Jahre 1952 bestanden günstige Voraussetzungen, um der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands einen Schritt näher zu kommen. Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik unterbreitete dem Bonner Bundestag den Entwurf eines Wahlgesetzes für gesamtdeutsche Wahlen zu einer Nationalversammlung, in dem es hieß:

⁵⁰⁾ Näheres darüber in: Denk ich an Deutschland, a. a. O., S. 53—66

„Das Recht der Parteien, Organisationen oder Vereinigungen, die einen ordnungsgemäßen Wahlvorschlag eingebracht haben, sowie ihrer Kandidaten, ihre Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise in ganz Deutschland frei zu äußern und zu verbreiten, wird gewährleistet.“⁶⁰⁾

Im gleichen Jahr reiste eine Delegation der Volkskammer nach Bonn, um mit dem Bundestag die gemeinsame Entscheidung von Vertretern zur Viermächtekonferenz sowie die Bildung einer deutschen Prüfungskommission für freie gesamtdeutsche Wahlen zu vereinbaren. Doch der westdeutsche Bundestag lehnte auf Veranlassung Adenauers derartige Beratungen ab.⁶¹⁾

Wäre es der Adenauer-Partei ernst gewesen mit einer demokratischen, friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands, so hätte sie es hier beweisen können. Was sie tatsächlich beabsichtigte, geht aus dem 1954 abgeschlossenen „Deutschlandvertrag“ zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und der USA, Englands und Frankreichs hervor. Dort behalten sich nach Artikel 2 die Westmächte

„die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung“⁶²⁾

vor. Danach hat die Bundesregierung auf das nach der Charta der Vereinten Nationen jedem Volk zustehende Recht auf nationale Selbstbestimmung zugunsten der „Integration“ des westdeutschen Separatstaates in die NATO verzichtet und diese für das deutsche Volk lebenswichtige Frage den westlichen Besatzungsmächten überlassen. Wie sich diese eine Wiedervereinigung in ihrem Sinne vorstellen, geht aus dem Artikel 7 des gleichen Vertrages hervor, in dem das Ziel verkündet wird, ein Gesamtdeutschland zu bilden, das eine

„Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist“.⁶³⁾

Also Wiedervereinigung durch „Anschluß“ der Deutschen Demokratischen Republik an die Bundesrepublik und ihre Auslieferung an die westdeutschen Imperialisten, Junker und Militaristen, Einbeziehung ganz Deutschlands in die Kriegsvorbereitungen der NATO: So sieht das im Hamburger Programm verkündete „Ringen um die Wiedervereinigung“ Deutschlands aus!

Es ist in diesem Zusammenhang nicht verwunderlich, daß darin — so wie heute — proklamiert wird:

„Dabei ist die Stärkung, Sicherung und Behauptung des freien Berlin eine dringende Pflicht.“

Die Adenauer-Partei legt auf die Rolle Westberlins als „Frontstadt“, als „Pfahl im Fleisch der DDR“ und als Bastion des

⁶⁰⁾ Dokumentation der Zeit, Heft 25, S. 1119; vollständiger Text des Gesetzentwurfes: ebenda, S. 1120—1122

⁶¹⁾ Näheres über den Empfang der Volkskammerdelegation in Bonn bei: Wilhelm Karl Gerst, Bundesrepublik Deutschland unter Adenauer, Berlin 1957, S. 199—216

⁶²⁾ Verschwörung gegen Deutschland, a. a. O., S. 82

⁶³⁾ ebenda

kalten Krieges größten Wert, weil sie von besonderer Bedeutung für ihre „Deutschlandpolitik“ ist. Das sollte sich wenige Wochen nach der Verkündung des Hamburger Programms in dem von Westberlin aus inszenierten faschistischen Putschversuch vom 17. Juni 1953 zeigen.

Natürlich sucht die Adenauer-CDU einen Schuldigen für die von ihr und den Westmächten betriebene antinationale Politik. Deshalb behauptet sie im Hamburger Programm unverblümt:

„Die Politik der Sowjetunion hat bis jetzt die Vereinigung Deutschlands in einem freien, auf der Achtung der Menschenrechte beruhenden deutschen Staate verhindert.“

Das aber ist glatt gelogen. Im Gegensatz zur Politik der Westmächte hat die Sowjetunion stets auf eine konsequente Verwirklichung des Potsdamer Abkommens gedrängt, damit das deutsche Volk die Möglichkeit erhält, „sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen“ und „zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen“⁶⁴). Im Jahre 1952 unterbreitete die Sowjetunion Grundsätze für einen Friedensvertrag mit Deutschland und schlug außerdem Viermächtebesprechungen über freie Wahlen in Deutschland nach Viermächte-Überprüfung vor, die von den Westmächten und „natürlich“ auch von der Bundesregierung abgelehnt wurden. So stellt die CDU im Hamburger Programm die Tatsachen auf den Kopf.

Anknüpfend an die großspurig angelegte Einleitung dieses Programms wird zur Außenpolitik erklärt:

„Die von der Christlich-Demokratischen Union getragene Außenpolitik hat das deutsche Volk aus der tödlichen Vereinsamung, in die es durch die Katastrophe von 1945 geraten war, wieder in die Gemeinschaft der übrigen Völker zurückgeführt.“

Gemeint ist damit, daß der 1945 geschlagene deutsche Imperialismus in Bonn wieder stark geworden und nun in der Lage ist, in der imperialistischen Weltpolitik wieder mitzureden. Der ganze Abschnitt ist getragen von einem wiederholt abgegebenen Bekenntnis der Zugehörigkeit zu den aggressiven westlichen Paktsystemen. Das wird wieder mit der für die imperialistische Propaganda typischen Antisowjethetze begründet. Scharf wendet sich die Adenauer-Partei gegen die in Westdeutschland stärker werdenden vernünftigen Ansichten von einer zukünftigen Neutralisierung Deutschlands, die auch in Kreisen der West-CDU um sich greifen, und behauptet kategorisch:

„Der Glaube an die Möglichkeit einer neutralen Existenz Deutschlands ist unreal, solange die gegenwärtige Weltspannung fortbesteht.“

Die Adenauer-Partei ist an einer Entspannung der Weltlage nicht interessiert, sondern will — im Interesse der westdeut-

⁶⁴) Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente, 4. erw. Auflage, Berlin 1954, S. 21/22

schen Militaristen — durch den Beitritt Bonns zu den aggressiven Paktsystemen aktiv an der Verschärfung der Weltlage Anteil nehmen. Nun wird geschildert, wie sie konsequent diesen Weg beschritten hat:

„Die Christlich-Demokratische Union hat die Bestrebungen zur Einigung Europas von Anfang an mit allen Kräften unterstützt und ihnen eigene starke Impulse gegeben. Der Beitritt der Bundesregierung zum Europarat, die Gründung der Montanunion und die Annahme des Deutschland-Vertrages und des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft waren die wichtigsten Stationen des von uns mit unbeirrbarer Entschlossenheit beschrittenen Weges. Die Zusammenfassung dieser Institutionen zur Europäischen Politischen Gemeinschaft ist unsere nächste große Aufgabe.“

Die hier erwähnte „Einigung Europas“ bezieht sich allerdings nur auf dieses zwergenhafte Kleinsteuropa — heute „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ genannt —, in dem der deutsche Imperialismus die wirtschaftliche, politische und später auch militärische Hegemonie erlangt hat und das er als Basis für seine neuen Weltoberungspläne benutzen will.

In der Zeit, da das Hamburger Programm verkündet wurde, standen die Bemühungen um die wirtschaftliche Vormachtstellung im Vordergrund. Das zeigt sich in folgenden Sätzen:

„Die politische und wirtschaftliche Einigung Europas müssen Hand in Hand gehen. An die Stelle nationalstaatlicher Eigenwirtschaften, mit ihrer Neigung zur gegenseitigen Abschließung und Behinderung des Warenaustausches, muß der einheitliche europäische Markt treten, damit die produktiven Kräfte sich frei entwickeln und den Wohlstand der Völker sichern können. Die Christlich-Demokratische Union begrüßt daher die hoffnungsvollen Anfänge europäischer wirtschaftlicher Zusammenarbeit, insbesondere die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.“

Doch bei diesen expansiven wirtschaftlichen Zielen bleibt die Adenauer-Partei im Jahre 1953 schon nicht mehr stehen. Daß die geplante „Europäische Politische Gemeinschaft“ auch den aggressiven politischen Zielen der westdeutschen Imperialisten und den wieder nach „Betätigung“ drängenden Militaristen dienen und mit der NATO verbunden werden soll, zeigt der nächste Teil dieses Abschnitts aus dem Hamburger Programm. Wieder wird hierzu die Antisowjethetze benutzt:

„Die Einigung der freien Völker des europäischen Kontinents würde für sich allein nicht zur Abwehr eines eventuellen bolschewistischen Angriffs genügen. Daher muß sie notwendig in engem Zusammenhang mit der übrigen freien Welt, vor allem mit der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft, erfolgen.“

Hier wird die kommende Militärpolitik der Adenauer-Partei schon klar ersichtlich. Ihre Verwirklichung ließ nicht lange auf sich warten: Ein Jahr später, am 23. Oktober 1954, wurden die Pariser Verträge (von denen der sogenannte Deutschland-Vertrag schon erwähnt wurde) unterzeichnet, und damit war der Anschluß Westdeutschlands an das NATO-Paktsystem voll-

zogene Tatsache. Der deutsche Militarismus erhielt wieder Waffen und wurde zum Hauptgefahrenherd in Europa. Schritt für Schritt verstand er es bis heute, seine führenden Vertreter, wie die Nazigenerale Heusinger, Speidel und Förtsch, in die Spitzenpositionen der NATO zu lancieren und so deren aggressiven Charakter um ein Vielfaches zu erhöhen.

Um die westdeutschen Wähler und Staatsbürger zu beruhigen, wird im Hamburger Programm langatmig beteuert, wie harmlos die Außenpolitik der Bundesregierung sei, so beispielsweise:

„Diese Politik hat keinen aggressiven Charakter. Auch wenn im Laufe ihrer Verwirklichung Deutsche wie andere Europäer Verteidigungswaffen tragen, bleibt sie Politik des Friedens.“

In Wirklichkeit aber ist die NATO eindeutig aggressiv gegen das sozialistische Lager gerichtet. Das beweist neben offenen Ausführungen hoher NATO-Militärs die Tatsache, daß sich die NATO-Mächte 1954 weigerten, die Sowjetunion als Mitglied aufzunehmen, und später nachdrücklich ablehnten, mit der Warschauer Vertragsorganisation einen Nichtangriffspakt abzuschließen.

„Die NATO hat die Aufgabe zu erfüllen, gegen die neu heraufziehende Gesellschaftsordnung des Sozialismus zu kämpfen und sie an ihrem Siegeszug mit Waffengewalt zu hindern. Sie will die brüchig gewordenen und mehr und mehr zerfallenden Positionen des Imperialismus so lange halten wie möglich. Darum richtet sich ihr Kampf nicht nur gegen die Völker Europas, sondern auch gegen die nationalen Befreiungsbewegungen der Völker Nordafrikas und des Nahen Ostens, wie die bewaffneten Aktionen Frankreichs gegen die Algerier seit 1955, das britisch-französisch-israelische Suez-Abenteuer von 1956, die amerikanisch-türkische Wühlarbeit gegen Syrien 1957 und die amerikanischen und britischen Interventionen gegen Libanon und Jordanien von 1958 zur Unterdrückung der nationalen Revolution im Irak zeigen. An allen diesen Aktionen war direkt oder indirekt auch Westdeutschland beteiligt.“⁶⁵⁾

Abschließend geht das Programm noch einmal auf die Politik der CDU zur „Wiedervereinigung“ Deutschlands und erklärt:

„Wir sind fest davon überzeugt, daß die von uns verfolgte Politik dem Ziele der politischen Einigung Gesamtdeutschlands in Freiheit am besten dient, ja daß sie zur Erreichung dieses Zieles geradezu notwendig ist.“

Es ist schon gezeigt worden, welchen Weg die „Deutschlandpolitik“ der CDU beschreiten will, und es wird jetzt nochmals deutlich, daß dieser Weg mit dem Mittel der bewaffneten Gewalt über die NATO führen soll. Welche Politik dabei befolgt wird, geht auch aus den folgenden Sätzen hervor. Zunächst

⁶⁵⁾ Prof. Dr. Gerhard Reintanz, NATO — „Heilige Allianz“ des 20. Jahrhunderts, Hefte aus Burgscheidungen Nr. 17, S. 47. — Näheres über den Charakter der NATO und die Rolle Westdeutschlands: ebenda, S. 13—21, 33—53; sowie in: Verschwörung gegen Deutschland, a. a. O., S. 61—60

einmal wird zur Beruhigung verständigungsbereiter Kreise auch innerhalb der eigenen Partei versichert:

„Wir befürworten Verhandlungen mit der Sowjetunion, an denen die Bundesrepublik nach Inkrafttreten der Verträge beteiligt sein wird, mit dem Ziel der deutschen Wiedervereinigung in Freiheit.“

Aber gleich danach kommt die „Politik der Stärke“ zum Ausdruck:

„Wir sind überzeugt, daß sich die Sowjetunion zu ernsthaften Verhandlungen dann bereitfinden wird, wenn sie mit der Fortdauer der europäischen Zersplitterung und Schwäche nicht mehr rechnen kann.“

Was hier noch vorsichtig gesagt wird, drückte Adenauer am 12. Oktober 1956 in Westberlin mit äußerster Schärfe aus:

„Wir werden mit der Sowjetunion sprechen, aber bis an die Zähne bewaffnet... Wir müssen zu erkennen geben, daß wir hart und fest bleiben. Jedes Zeichen der Uneinigkeit ist gefährlich.“⁶⁶⁾

So sehen also die „Beziehungen Deutschlands in der Gemeinschaft der freien Völker“ aus!

Natürlich darf auch nicht die Lüge von den deutschen Kriegsgefangenen fehlen, die acht Jahre nach Kriegsende noch immer festgehalten würden. Einmal will die West-CDU damit bei den Angehörigen der im Hitlerkrieg vermißten Soldaten noch falsche Hoffnungen und zugleich Haß gegen die Sowjetunion wecken, zum anderen drängt sie so auf die Entlassung rechtmäßig abgeurteilter Kriegsverbrecher; denn diese werden ja zur Remilitarisierung und Kriegsvorbereitung gegen den Osten wegen ihrer „Erfahrungen“ dringend gebraucht.

Das Hamburger Programm schließt mit einigen an die Adresse der Opposition, also der SPD, gerichteten Entgegnungen und der Versicherung, „auf dem eingeschlagenen Weg mutig und unbeirrt weiterzugehen“.

Schätzt man dieses umfangreiche Hamburger Programm zusammenfassend ein, so kommt man zu dem Ergebnis: Es ist ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland von 1949 bis 1953. Es erhebt die Forderungen der wieder stark gewordenen Imperialisten zur Sicherung ihrer ökonomischen und politischen Macht nach innen und zur Erweiterung ihrer Macht nach außen. Es kennzeichnet das Wiedererstarken des westdeutschen Militarismus und die begonnene Remilitarisierung Westdeutschlands. Zur Verschleierung seines aggressiven und reaktionären Charakters bedient es sich demagogischer Umschreibungen und zahlreicher Versprechungen insbesondere auf sozialpolitischem Gebiet, die aber rein taktische Winkelzüge der Wahlpropaganda sind und bis heute noch nicht verwirklicht wurden.

⁶⁶⁾ zitiert in: Denk ich an Deutschland, a. a. O., S. 32

VII. Das Hamburger Manifest

(Programm der CDU zur 3. Bundestagswahl — 15. Mai 1957)

Auf dem 7. Bundesparteitag vom 12. bis 15. Mai 1957 in Hamburg verabschiedete die Adenauer-Partei ihr Programm zu den 3. Bundestagswahlen, das „Hamburger Manifest“. Wenn auch der Parteitag unter dem Thema „Wir geben Rechenschaft“ stand, so kam es der Partei gar nicht darauf an, darüber Rechenschaft abzulegen, wie sie die im Hamburger Bundestagswahlprogramm von 1953 gegebenen Versprechungen verwirklicht hatte. Die Bilanz wäre ja auch zu ungünstig ausgefallen.

Vielmehr wurde in Hamburg versucht, die innerhalb der Hochkonjunktur in Westdeutschland erreichten Erfolge der Werkhändler als Ergebnis der „Bemühungen“ der CDU/CSU-Führung und insbesondere Adenauers hinzustellen — so wie 1953. Demagogisch wird der wirtschaftliche Aufschwung einzig der „sozialen Marktwirtschaft“ zugeschrieben, deren einziger Garant die CDU sei. Außenpolitisches Prinzip ist nach wie vor die Zugehörigkeit Westdeutschlands zur NATO und EWG, und dies sei in Verbindung mit der sozialen Marktwirtschaft der Schlüssel zum Erfolg. Deshalb stellt das Hamburger Manifest von 1957 diese „Verdienste“ an den Anfang und behauptet:⁶⁷⁾

„Die Christlich-Demokratische Union ist Bürge für die Fortsetzung und Beständigkeit dieser Politik.“

Damit soll den Wählern eingeredet werden: „Alle großen wirtschaftlichen Erfolge verdankt ihr Adenauer und der CDU! Nur wenn ihr die CDU wiederwählt, kann der eingeschlagene Kurs fortgesetzt werden!“

Bewußt wird dabei verschwiegen, daß die Versprechungen des Hamburger Bundestagswahlprogramms von 1953 auch nicht annähernd eingehalten worden sind. Verschwiegen wird, wie viele Handwerker, Kleingewerbetreibende, Bauern und Einzelhändler diese „wirtschaftlichen Erfolge“ mit ihrer Existenz bezahlt haben. Verschwiegen wird, wieviel Milliarden die Raten-Verschuldung der Käufer beträgt. Verschwiegen wird, um wieviel der Ausbeutungsgrad der Arbeiter gewachsen ist — kurzum: verschwiegen wird, daß es sich um wirtschaftliche Erfolge allein für die Monopole handelt. Mit dem Hinweis auf diese wirtschaftlichen Erfolge glaubte die West-CDU, die Kehrseite dieser Politik, die erstrebte atomare Bewaffnung der Bundeswehr und die starre und aggressive Außenpolitik, verschleiern zu können. Und prompt ging nach den Wahlen, Anfang 1958, die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen über die politische Bühne des Bundestages. Hatte dafür der westdeutsche Wähler seine Stimme der CDU/CSU gegeben?

⁶⁷⁾ Alle Zitate des Hamburger Manifestes sind entnommen aus: Die Christlich-Demokratische Union und die Christlich-Soziale Union in der Bundesrepublik, a. a. O., S. 56

Genau wie 1953 wird auch im Hamburger Manifest von 1957 behauptet:

„Stellvertretend für das ganze Deutschland ringt die Bundesrepublik um die Wiedervereinigung des geteilten Vaterlandes in Frieden und Freiheit.“

Das „Ringeln“ um die Wiedervereinigung stellt sich die Adenauer-Partei allerdings auf eigene Weise vor. Sie lehnt jede Verständigung der Deutschen über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage ab. Adenauer selbst gab die Parole: „Nicht Wiedervereinigung, sondern Befreiung“ aus. Diese aggressiven Absichten werden im Hamburger Manifest zwar zuerst demagogisch getarnt in der pathetischen Erklärung des ersten Abschnitts:

„Die Christlich-Demokratische Union will die Einheit des Vaterlandes, die Freiheit der Völker, den Frieden der Welt. Sie fordert deshalb: die Vereinigung des geteilten Vaterlandes in Frieden und Freiheit...“

um gleich danach schon deutlicher zu werden, indem die Forderung erhoben wird:

„...die Freilassung und Rückkehr aller im kommunistischen Machtbereich zu Unrecht inhaftierten und zurückgehaltenen Deutschen“.

Damit sind die Menschen gemeint, die im Auftrage des Bonner Systems mit Spionage, Sabotage, Abwerbungen und ähnlichen Verbrechen versucht haben, die Ruhe und Sicherheit der Bürger unserer Republik zu gefährden. Offenbar dachte bei dieser Forderung die Adenauer-Partei an eine Wiederholung der faschistischen Provokation vom 17. Juni 1953. Abgesehen von der Tatsache, daß der Versuch einer derartigen Aktion von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre, wird aber daraus ersichtlich, was Bonn unter einer „Vereinigung des geteilten Vaterlandes in Frieden und Freiheit“ versteht. Die „nationale Politik“ der Adenauer-CDU ist Mittel zur Herbeiführung von Spannungen und Konflikten innerhalb des kalten Krieges. An einer friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung Deutschlands ist ihr nichts gelegen. Was hinter dem ganzen Gerede von „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“ steckt, offenbarte der „Rheinische Merkur“, das dem Bundeskanzler und der Parteiführung nahestehende Organ, bereits 1955 mit folgenden Worten:

„Nicht Staaten werden sich vereinigen, sondern Territorien, die dem deutschen Gemeinwesen entzogen worden sind, werden ihm wieder angegliedert... Kein drittes Deutschland entsteht, kein neuer Anfang wird gesetzt, kein Staat gebildet, der von der Bundesrepublik real verschieden wäre... Die Bundesrepublik... ist lediglich noch nicht vollendet... Es wäre darum an der Zeit, den schiefen und zweideutigen Ausdruck Wiedervereinigung abzulegen... Jedes andere wäre besser: Befreiung, Rückgliederung, Heimkehr oder ... Entsozialisierung.“⁶⁸⁾

⁶⁸⁾ „Rheinischer Merkur“, Ostern 1955; zitiert in: Die Christlich-Demokratische Union und die Christlich-Soziale Union in der Bundesrepublik, a. a. O., S. 21

Das ist die wahre Deutschlandpolitik der Adenauer-Partei! Um dieses aggressive Ziel zu erreichen, fordert der gleiche erste Abschnitt des Hamburger Manifests von 1957

„die Sicherung der freien Welt durch die Stärkung des atlantischen Bündnisses und eine der Bedrohung entsprechende Verteidigung, die wirtschaftliche und politische Einigung der Völker Europas in Freiheit und Selbstbestimmung“.

Das bedeutet Verzicht auf die demokratische Wiedervereinigung Deutschlands zugunsten der „Integration“ Westdeutschlands in der NATO und der EWG, in denen die alten militaristischen Kräfte die Führung zu übernehmen versuchen. Das schließt zugleich die Remilitarisierung Westdeutschlands und die Bewaffnung der Bonner NATO-Armee mit Atom- und Raketenwaffen ein — die gegen den Osten gerichtet sind. Und dies alles wird begleitet von immer stärker verbreiteten anti-kommunistischen Parolen, wie sie auch im Hamburger Manifest vorzufinden sind. Das bedeutet eine Fortsetzung der Politik der Stärke, wie sie ein halbes Jahr vor dem Erscheinen des Hamburger Manifests von Adenauer am 26. Oktober 1956 in Hannover verkündet worden war:

„Politik der Stärke‘, dazu sage ich ja, denn die Sowjets achten keinen Verhandlungspartner, der schwach ist.“⁶⁹⁾

Wie ein Hohn auf diese aggressive Außenpolitik wirkt dagegen im Hamburger Manifest die Forderung nach der „allgemeinen kontrollierten Abrüstung, einschließlich aller Atomwaffen“. Gerade auf dem Gebiet der Aufrüstung tun sich die Bonner Regierung und ganz besonders ihr Kriegsminister Strauß hervor, der seinen Ehrgeiz darin sieht, mit Unterstützung der amerikanischen Imperialisten die Atombewaffnung der Bonner NATO-Truppen im größten Ausmaß zu verwirklichen, und damit den westdeutschen Militarismus zum Haupttreibherd für Europa und die Welt macht. Wie Strauß in seiner brutalen Art wirklich denkt, ging aus einer Ansprache in seinem oberbayerischen Wahlkreis Weilheim hervor:

„Die Amerikaner sind doch nicht von Gott als Vollblutdoten geschaffen worden. Nahezu die ganze Welt verlangt von ihnen Sicherheit. Wie soll das wirkungsvoll geschehen, wenn es jeder ablehnen würde, solche gefährlichen Waffen zu lagern?“⁷⁰⁾

„Der Herr Strauß, heute Vorsitzender der bayerischen CSU, will sich nicht daran erinnern, was im Grundsatzprogramm seiner Partei vom Dezember 1946 zu lesen ist:

„Wir treten ein für den Frieden unter den Völkern und die Gleichberechtigung aller Nationen... Wir bekämpfen Nationalismus und Militarismus... Wir erstreben die wirksame Befriedung Europas als Beitrag zum dauerhaften Frieden der Welt.“⁷¹⁾

Wenden wir uns nun wieder dem Hamburger Manifest von 1957 zu. Im zweiten Abschnitt geht es auf die innenpolitischen Ziele der CDU ein. Dort wird verkündet:

⁶⁹⁾ zitiert: ebenda, S. 22

⁷⁰⁾ zitiert in: „Denk ich an Deutschland“, a. a. O., S. 29

⁷¹⁾ Wolfgang Treue, a. a. O., S. 190

„Die Christlich-Demokratische Union will die Freiheit des Bürgers, die Wahrung seiner Rechte, die Stärkung des Gemeinwesens. Sie fordert deshalb: die Förderung der Selbstverwaltung der Bürger und die Verpflichtung aller Gruppen und Verbände auf das allgemeine Wohl. Sie wendet sich gegen das Wiederaufleben des Klassenkampfes...“

Das alles klingt nicht neu. Ansätze dazu waren schon in den Köner und den Essener Leitsätzen vorhanden. Aber alle diese Ideale, wie „Freiheit der Bürger, Wahrung seiner Rechte, Stärkung des Gemeinwesens“, „Förderung der Selbstverwaltung der Bürger“, „Verpflichtung auf das allgemeine Wohl“, wurden und werden in der Bonner Praxis immer mehr eingeschränkt und vernichtet, nämlich durch die Umwandlung Westdeutschlands in einen kirikal-militaristischen Obrigkeitsstaat. Wie diese Forderung des Hamburger Manifests in der heutigen bundesrepublikanischen Wirklichkeit aussieht, ist oben bereits dargelegt worden. Innenminister Schröder führte ein Jahr nach dem Hamburger Manifest in einer Rede vor der Stuttgarter Polizeigewerkschaft, am 30. Oktober 1958, aus:

„Jedoch wäre nicht das Grundgesetz, sondern wir selbst wären zu tadeln, wenn es uns jetzt nicht geänge, Vorkehrungen für den Notstandsfall zu treffen. Das setzt zum Teil eine verfassungsändernde oder doch zumindest eine verfassungsergänzende Gesetzgebung voraus.“⁷²⁾

Diese Maßnahmen des Bonner Staates richten sich gegen Aktionen aller demokratischen und friedliebenden Kräfte, insbesondere gegen die Arbeiterklasse. Deshalb geht es der Adenauer-CDU in ihrem Hamburger Manifest nicht nur um eine Propagierung der „Sozialpartnerschaft“ wie in den Essener und Düsselbacher Leitsätzen. Sie ist jetzt im Besitz der politischen und militärischen Macht und entschlossen, alle Aktionen der Arbeiterklasse gegen die Willkürherrschaft der Monopole und Militaristen mit Gewalt zu unterdrücken. Den eritterten Widerstand der Arbeiterklasse Westdeutschlands gegen diese ihre Verderber versteht das Hamburger Manifest unter dem „Wiederaufleben des Klassenkampfes“!

Der dritte Abschnitt des Hamburger Manifests behandelt die Sozialpolitik der CDU und erinnert an das Hamburger Bundestagswahlprogramm von 1953. Auch 1957 werden den westdeutschen Bürgern zahlreiche Versprechungen gemacht:

„Die Christlich-Demokratische Union will Eigentum für jeden, Wohlstand für alle, Beständigkeit des Erreichten. Sie fordert deshalb:

die Fortsetzung und Sicherung der sozialen Marktwirtschaft unter Berücksichtigung der besonderen Lage des Mittelstandes und der Landwirtschaft, die Stabilität von Währung und Preisen durch maßvolles Verhalten der Sozialpartner und der Verbände, durch sinnvolles Handeln des Staates, die soziale Sicherheit und innere Freiheit aller durch persönliches Eigentum, auch durch die Volksaktie, die Sicherung der Zukunft durch großzügige Förderung von Familie, Jugend und Volksgesundheit, Forschung, Lehre und Erziehung.“

⁷²⁾ Das Parlament, Jahrgang 1958, Nr. 45, S. 12

Die Demagogie einer „christlich-demokratischen Eigentums-politik“ wird gerade in den letzten Jahren mit besonderer Intensität betrieben. Unter der Losung „Eigentum für jeden — Wohlstand für alle“ wird der Versuch unternommen, auf der Grundlage der Unantastbarkeit des Privateigentums an den Produktionsmitteln den ökonomisch bedingten Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zu überwinden und den „sozialen Frieden“ zu sichern. Hierbei spielt die Theorie des „Volkskapitalismus“ eine besondere Rolle. Das privatkapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln und das daraus resultierende Ausbeutungsverhältnis, dessen Ziel die Erlangung von Profit ist, lassen aber eine echte Eigentumspolitik gar nicht zu. Die finanzielle Vermögensbildung vollzieht sich in Westdeutschland größtenteils ohne Beteiligung der breiten Schichten der Bevölkerung. So entfielen die Ersparniszugänge bei den öffentlichen Sparkassen zu über drei Vierteln auf die großen Konten über 3000 DM und nur knapp zu einem Viertel auf die kleinen Konten.⁷³⁾

Genau wie 1949 und 1953, so waren auch die 1957 gegebenen Versprechungen nur ein Lockmittel zum Stimmenfang für die CDU/CSU. Es ist bereits bei der Untersuchung der Kölner Leitsätze und des Ahlener Programms nachgewiesen worden, wie sich die Lage des Mittelstandes und der Landwirtschaft unter der Ära der Adenauer-CDU ständig verschlechtert hat, ebenso wie die Preisentwicklung sich zu Lasten der westdeutschen Bevölkerung entwickelte. Darauf soll nicht noch einmal eingegangen werden. Die Frauwürdigkeit der „außergewöhnlichen Förderung von Familie, Jugend und Volksgesundheit“ ist erst kürzlich wieder offenbar geworden, als die Bonner Regierung das Angebot der Deutschen Demokratischen Republik, zur Bekämpfung der Kinderlähmungsepidemie in Westdeutschland genügend Serum zur Verfügung zu stellen, entgegen den Forderungen zahlreicher westdeutscher Ärzte einfach ignorierte.

Aber in diesem Abschnitt des Hamburger Manifests von 1957 treten neue Töne in der Propaganda der Adenauer-Partei auf. Es ist plötzlich die Rede von einem „maßvollen Verhalten der Sozialpartner und der Verbände“. Damit ist allerdings nicht eine Begrenzung der ins Maßlose steigenden Profite der westdeutschen Imperialisten gemeint, sondern dieser Ruf nach „Maßhalten“ richtet sich gegen die berechtigten Forderungen der westdeutschen Arbeiter als auch ihrer Gewerkschaften, die Löhne den steigenden Preisen anzudehnen. Das zeigte sich auch ein Jahr später auf dem Karlsruher Parteitag der CDU 1958, auf dem sowohl Erhard als auch Blank einen weiteren Abbau der sozialen Leistungen und einen Stopp aller Lohnerhöhungen für die westdeutsche Bevölkerung ankündigten. Erhard forderte dort wiederum ein „Maßhalten“ zugunsten der Bonner Rüstungspolitik. Er ließ auch deutlich werden, daß die

⁷³⁾ vergleiche hierzu: Hans Katzer Ziele und Möglichkeiten der Eigentumsbildung, in: Soziale Ordnung, a. a. O., Beilage zu Nr. 1/1960

Bonner Politik weder den Arbeitern noch den Mittelschichten eine Perspektive biete. So dürfe man die kleinen Betriebe auf keinen Fall unterstützen, wenn sie sich „im freien Wettbewerb nicht mehr halten können“⁷⁴⁾.

Es ist offensichtlich geworden, daß die Adenauer-CDU zu einer Partei der Monopole und Militaristen geworden ist. Das bemüht sich die Partei propagandistisch zu verschleiern und bedient sich dazu eines alten Tricks, der sowohl in der Weimarer Republik von den bürgerlichen rechten Parteien als auch von der Nazi-Partei Hitlers und Goebbels' angewandt wurde: Sie versucht den Eindruck zu erwecken, als würde ihre Politik allen Bevölkerungsschichten dienen. So verkündet auch der Schlußabschnitt des Hamburger Manifests:

„Die Politik der Union dient dem Wohle aller Schichten unseres Volkes in Stadt und Land, den Männern und Frauen, den Jungen und Alten, den Einheimischen, Vertriebenen und Flüchtlingen, den Arbeiter, Angestellten und Unternehmern, den Bauern, Handwerkern und Soldaten, den Forschern. Trübsal und allen in freien Berufen Schaffenden. Die Union ruft alle auf, in gemeinsamer Arbeit zusammenzustehen.“

Damit versucht die Adenauer-CDU, sich als die große „Volkspartei“ auszugeben. Sie wendet sich nach „bewährtem“ Vorbild an alle und verspricht allen alles. Durch diese Propaganda, die verdächtig an die „Volksgemeinschafts“-Parolen der Faschisten erinnert, versucht sie, ihre Politik im Dienste des reaktionären Monopolkapitals zu tarnen und möglichst viele Wählerstimmen aus allen Volksschichten zu gewinnen.⁷⁵⁾

Bemerkenswert ist der Schluß des Hamburger Manifests:

„Sie (d. h. die Adenauer-CDU; d. V.) warnt das deutsche Volk eindringlich vor leichtfertigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Experimenten. Nur Festigkeit und Beständigkeit führen zur Einheit Deutschlands und garantieren Frieden und Freiheit, Sicherheit und Wohlstand des Vaterlandes.“

„Keine Experimente!“ Das war die Wahlparole der CDU/CSU zur Bundestagswahl 1957. Sie richtete sich vor allem gegen die Wahlpropaganda der SPD und deren „sozialistische Experimente“. Die Propaganda der CDU versuchte damit nochmals, dem westdeutschen Wähler einzureden, daß die bis dahin erreichten wirtschaftlichen Erfolge ohne die Führung der CDU/CSU in der Regierung undenkbar gewesen wären, woraus sie den Führungsanspruch auch auf die kommenden vier Jahre bis 1961 abzuleiten versuchte: „Was ihr habt, das wißt ihr; was ihr bei einer SPD-Regierung (die damals in Einzelfragen noch eine gewisse Alternative zur Politik der CDU gezeigt hätte) bekommt, das wißt ihr nicht. Deshalb keine Experimente!“

Die geforderte „Festigkeit und Beständigkeit“ in der Politik wurde zwar von der Adenauer-Partei an den Tag gelegt, aber nicht für die Einheit Deutschlands, für den Frieden und den

⁷⁴⁾ Neue Zeit, 16. Jahrgang, Nr. 101 vom 30. April 1960, S. 2

⁷⁵⁾ vgl. hierzu: Rolf Börner Die Adenauer-CDU ist keine Volkspartei, in: Union teilt mit, Jahrgang 1961, Heft 3, S. 14

Wohlstand des Volkes, sondern für die reaktionären Imperialisten, Revanchisten und Militaristen. Und für diese hat die CDU in den letzten vier Jahren auf innen-, außen-, sozialpolitischem und militärischem Gebiet genug „Experimente“ angestellt, die alle auf Kosten und zu Lasten des einfachen westdeutschen Wählers gegangen sind und von den Begriffen Notstandsgesetze, Krankenkassenreform und Atomausrüstung der Bundeswehr gekennzeichnet werden.

VIII. Das Kölner Manifest

(Wahlmanifest der Christlich-Demokratischen Union zur 4. Bundestagswahl 1961 – 27. April 1961)

1961 rief die CDU erneut die westdeutschen Wähler auf, ihr zur Bundestagswahl die Stimme zu geben. Aus diesem Anlaß beschloß der 10. Bundesparteitag der Adenauer-CDU in Köln das „Kölner Manifest“. Es unterscheidet sich nicht wesentlich von seinem Hamburger Vorgänger. Das war auch nicht zu erwarten, denn die gesellschaftliche Situation in Westdeutschland hat sich seit 1957 nicht grundsätzlich geändert. Allerdings ist die Politik der westdeutschen Militaristen, Revanchisten und Imperialisten noch härter, noch aggressiver und somit für das ganze deutsche Volk noch gefährlicher geworden. Die Bundeswehr wird mit Atomwaffen ausgerüstet, Revanchistentreffen fordern immer unverhüllt die „Befreiung der Ostgebiete“, der Terror gegen alle oppositionellen Kräfte wird größer, und ebenso vergrößern sich die Schattenseiten des Bonner „Wirtschaftswunders“. Das ist die Reaktion auf die wachsenden Erfolge der Friedenspolitik des sozialistischen Lagers, auf die Verwirklichung der Politik der friedlichen Koexistenz und die wirtschaftlichen Erfolge des Sozialismus. Die Reaktion sieht keinen anderen Weg mehr, ihre immer schwächer werdende Position zu halten, als den der Gewalt und des Krieges. Um so notwendiger war es für sie, im Wahlkampf um den Sieg im 4. westdeutschen Bundestag ihre wahren Absichten zu verhüllen und demagogisch die Wähler in ihrem Sinne zu beeinflussen. Diesem Zweck sollte das Kölner Manifest dienen.

Es beginnt ähnlich wie das Hamburger Manifest mit einer Gegenüberstellung zu 1945 und verbindet diese gleich mit der bereits in vergangenen Wahlprogrammen praktizierten Antisowiethetze, mit Lüge und Verleumdung über die Deutsche Demokratische Republik. Diese Grenzpropaganda dient auch dazu, von den Unterdrückungsmaßnahmen des eigenen militaristischen Gewaltregimes abzulenken.

In der Einleitung wird weiter behauptet⁷⁰⁾:

„Das deutsche Volk in der Bundesrepublik hat unter Führung der Union den konfessionellen Hader und die klassen-

⁷⁰⁾ Alle Zitate des Kölner Manifestes sind entnommen aus: „Deutschland-Union-Dienst“ Pressedienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands, Bonn Rhein, 15. Jahrgang (A), Nr. 82 vom 28. April 1961, S. 4/5

kämpferische Zwietracht überwunden und sich aus Armut und Not zu wachsendem Wohlstand emporgearbeitet.“

Während in der Deutschen Demokratischen Republik tatsächlich alle konfessionellen Streitigkeiten überwunden sind, ist das in der Bundesrepublik durchaus nicht der Fall. Nicht nur der staatlich geförderte Ausbau von Konfessionsschulen, -kinderheimen, -krankenhäusern u. dgl. trägt zur Vertiefung der konfessionellen Spaltung bei. Auch führt die zunehmende Klerikalisierung des öffentlichen Lebens dazu, daß wichtige und einflußreiche Stellen von Katholiken besetzt werden, die die Prinzipien der Adenauerschen Politik konsequenter verfolgen. Das zeigte sich auch auf der Tagung des „Evangelischen Arbeitskreises“ der Adenauer-CDU in Hamburg, über deren stürmischen Verlauf und dessen Ursachen Bernd Conrad in der Hamburger „Welt“ vom 5. Juni 1961 schrieb und dabei zu dem Ergebnis kam:

„Viele evangelische Christen in der Union fühlen sich gegenüber ihren katholischen Parteifreunden vernachlässigt.“

Ebenso falsch ist die Behauptung von der Überwindung der „klassenkämpferischen Zwietracht“. Das stimmt wohl für die rechte SPD-Führung, die vor den Militaristen und Imperialisten kapituliert hat; aber im Gegensatz zu jener demagogischen Behauptung verstärkt sich der Klassenkampf in Westdeutschland immer mehr, je rücksichtsloser die Monopolherren und ihre Regierung den atomaren Angriffskrieg gegen den Osten vorbereiten und damit die Existenz unserer ganzen deutschen Nation aufs Spiel setzen. Immer mächtiger wächst — trotz aller Bedrückung und Verfolgung — der Widerstand der Arbeiterklasse und aller anderen nationalbewußten und friedliebenden Kräfte heran.

Wie in den vorangegangenen Wahlaufrufen verkündet die Adenauer-Partei auch im Kölner Manifest pathetisch:

„Die Union stellt sich in Zuversicht dem Urteil des deutschen Volkes bei der Wahl zum Bundestag am 17. September 1961. Dem guten Recht eines jeden, aber keinem einseitigen Interesse verpflichtet, werden wir auch in Zukunft in Verantwortung vor Gott und den Menschen unsere politischen Entscheidungen treffen.“

Trotz aller Propaganda wird das deutsche Volk eines Tages die Politik der Adenauer-CDU verurteilen, da sie seinen elementaren Lebensinteressen widerspricht. Die Behauptung, sie sei „dem guten Recht eines jeden“ verpflichtet, ist glatte Heuchelei; denn immer mehr setzt sich auch in Westdeutschland die Erkenntnis durch, daß gerade die CDU völlig dem einseitigen Interesse des Monopolkapitals und des Militarismus verpflichtet ist.

Nach dieser allgemeinen Einleitung des Kölner Manifests bringen nun die Adenauer-CDU ihre Forderungen zusammenzustellen. Zunächst:

„Die Christlich-Demokratische Union will:

die Freiheit aller Deutschen,
den Frieden der Welt,
die Einheit des Vaterlandes,
die Einigung Europas,
die atlantische Gemeinschaft.“

Daß die ersten drei Losungen nicht ernst gemeint sind, geht offensichtlich aus den beiden letzten Parolen hervor: gemeint ist die alte Forderung der Militaristen und Imperialisten nach Einbeziehung aller Deutschen in das aggressive NATO-Pakt-system durch gewaltsamen „Anschluß“ der Deutschen Demokratischen Republik an die „freie Welt“ der Imperialisten. Der wahre Charakter dieser demagogischen Losungen wird auch in den daraus abgeleiteten Forderungen ersichtlich:

„Sie fordert deshalb:

1. Die Sicherheit unseres Staates und seiner Bürger vor jeder Bedrohung von außen und innen.“

Man sieht: Der in der Vergangenheit von der Adenauer-Partei so laut erhobene Ruf nach Freiheit wird jetzt eingeeengt durch die Forderung nach Sicherheit, und zwar vor jeder „Bedrohung“ — nicht nur „von außen“, sondern auch von innen. Um das glaubhaft zu machen, wird wieder von der „kommunistischen Weltrevolution“ gefaselt, die den Bestand der „freiheitlichen Rechtsordnung“ in der Bundesrepublik bedrohe. Mit Hilfe der üblichen Lügen- und Hetzpropaganda sollen dadurch gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: einmal die Begründung der atomaren Aufrüstung im Kampf gegen diese „kommunistische Weltrevolution“, zum anderen die Begründung für die Notstandsgesetzgebung, um alle wirklich demokratischen Kräfte als „prokommunistisch“ mit Gewalt und Terror ausschalten zu können — und beides unter dem Vorwand der „Bedrohung der Sicherheit“!

Auf dem Kölner Parteitag ließ sich Kriegsminister Strauß die Gelegenheit nicht entgehen, immer wieder von der „Gefahr aus dem Osten“ zu reden und die Gemüter der Delegierten damit zu erregen. Er selbst gab aber indirekt zu, daß eine solche Bedrohung gar nicht vorhanden ist. Aber das ist für Herrn Strauß nicht ausschlaggebend. Mit der ihm angeborenen Dreistigkeit verkündet er:

„Es handelt sich nicht darum, ob es so ist, es handelt sich darum, ob man es sehen will und man bereit ist, auch die Konsequenzen zu ziehen... nämlich, daß die Sowjetunion nie aufgehört hat, die politische Macht über Gesamtdeutschland anzustreben.“⁷⁷⁾

Nach Strauß kommt es also gar nicht auf die politischen Tatsachen an, sondern darauf, ob man seinen und den Standpunkt

⁷⁷⁾ zitiert bei: Karl-Heinz Puff, Wer Adenauer wählt, wählt einen anderen, in: Union-Pressedienst (UPD), 11. Jahrgang 1961, Heft 5, S. 4

der Militaristen teilt oder nicht. Strauß sagt aber auch, wodurch das „Machtsstreben“ der Sowjetunion „bewiesen“ ist:

„Das hat sich... gezeigt durch Friedensvertragsangebote in Sowjetischer Vorstreuung, daran... voraussetzungslos Koexistenz-Offensiven unter Beschwörung des Geistes von Genf.“⁷⁸⁾

Das ist nach Strauß die größte Gefahr, aber nicht für das deutsche Volk, sondern für die Militaristen. Damit ist deutlich geworden, daß die CDU und CSU nicht die Interessen des Volkes, sondern ganz offen die der Militaristen vertreten und propagieren.

Im Kölner Manifest fordert die CDU weiter:

- „2. Das Recht auf Selbstbestimmung für alle Deutschen, die Freiheit der Hauptstadt Berlin, die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit.“

Das „Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen“ ist gegenwärtig zu einem der häufigsten Schlagwörter der Adenauerschen Propaganda geworden. Heute bezieht sich das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes aber auf Fragen, die mit seiner Existenz untrennbar verbunden sind: nämlich auf die Frage „Krieg oder Frieden“ und die Frage „Spaltung oder demokratische Wiedervereinigung durch Verhandlungen“. Aber hiervon will die Bonner Regierung nichts wissen, ganz im Gegenteil. Sie läßt sogar die Bürger ihres Staates, die sich für die Verwirklichung dieses echten Selbstbestimmungsrechtes einsetzen, strafrechtlich verfolgen wegen „versuchten Angriffs auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik“, so wie sie die von zahlreichen Bundesbürgern geforderte „Selbstbestimmung“ der westdeutschen Bevölkerung über die Abtrennung der Westzonen vom deutschen Nationalverband, über den Eintritt in die NATO, über die Wehrpflicht und über die Atombewaffnung der Bundeswehr mit Gewalt verhinderte.

Was die Adenauer-Partei in Wahrheit über die „Freiheit der Stadt Berlin“ und über die „Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit“ denkt, zeigten zwei Ereignisse der jüngsten Zeit: der provokatorische Besuch Adenauers in Westberlin und die Annahme des „Grundsatzprogramms der CDU/CSU“ Mitte Juli 1961. Nicht zufällig taucht die Forderung nach der „Freiheit Berlins“ gerade in den Programmen von 1953 und 1961 auf: 1953 folgte dieser Erklärung der faschistische Putschversuch, und 1961 wollte man eine ähnliche Situation schaffen, weil in diesem Jahr die Lösung des Westberlin-Problems überreif geworden ist und auch die Westmächte offensichtlich nicht daran interessiert sind, einen Krieg wegen Westberlin zu beginnen. Statt dessen findet der sowjetische Vorschlag, in Verbindung mit dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland das Westberlin-Problem zu lösen und

⁷⁸⁾ zitiert: ebenda

Westberlin den Status einer entmilitarisierten neutralen freien Stadt zu geben, immer mehr die Befürwortung der Weltöffentlichkeit. Wenn der Adenauer-CDU wirklich an der „Freiheit Berlins“ läge, hätte sie diesen Vorschlag der Sowjetunion aufgreifen müssen. Aber das Gegenteil ist der Fall. In dem Kommuniké über die Besprechungen Adenauers mit dem Westberliner Senat wird gleich unter Punkt 1 erklärt, die Anwesenheit der Westmächte in Berlin beruhe nach wie vor auf den unveränderten Rechten der Alliierten⁷⁹⁾. Adenauer pocht also noch 16 Jahre nach Kriegsende auf das Eroberungsrecht der Westmächte. Und Punkt 2 des Kommunikés besteht auf der „Eingliederung Westberlins in das Rechts-, Finanz- und Wirtschaftssystem der Bundesrepublik“ — obwohl die Westmächte auf der letzten Genfer Konferenz selbst festgestellt haben, daß Westberlin kein Teil der Bundesrepublik ist. Wie derartige Forderungen mit dem Selbstbestimmungsrecht der Westberliner Bevölkerung vereinbart werden können, wird auch die Adenauer-Partei selbst nicht beantworten können. Aber eins ist klar: Die anomale Lage Westberlins soll als Mittel zu Provokationen gegen die Deutsche Demokratische Republik aufrechterhalten werden, wobei das Besatzungsregime der Westmächte Rückendeckung bieten soll.

Das „Grundsatzprogramm“ der Adenauer-Partei entlarvt die lügnerischen Behauptungen des Kölner Manifests von „Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit“. In diesem „Grundsatzprogramm“ wird gleich am Anfang betont, daß ganz Deutschland zur NATO gehören soll, für deren militärische Kraft „alles getan werden“ müsse. Die CDU verzichtet auf den deutschen Nationalstaat und auf eine nationale Politik und stellt, indem sie sich auf die Pariser Verträge beruft, fest, daß die Bundesregierung keine selbständigen Entscheidungen treffen könne, da die Westmächte hierbei „eine besondere Verantwortung“ übernommen hätten. Im Mittelpunkt dieses „Grundsatzprogramms“ steht der Satz:

„Die Union hält in Übereinstimmung mit dem Deutschlandvertrag daran fest, in Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten ein wiedervereinigtes Deutschland zu schaffen, das in die Europäische Vereinigung integriert ist.“⁸⁰⁾

Dieser „Deutschlandpolitik“ entsprechend lehnt die Adenauer-Partei jede Verhandlung über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und über eine demokratische Lösung der Deutschlandfrage ab. Auf dem Kölner Parteitag gab Außenminister von Brentano dieser starren Haltung mit folgenden Worten Ausdruck:

„Deutschland ist ein Teil der freien Welt, die Bundesrepublik ist es heute, und das wiedervereinigte Deutschland wird und muß es morgen sein. Darüber wird und darf es keine Verhandlungen geben. Und wer Verhandlungen darüber anbietet, muß

⁷⁹⁾ Neues Deutschland, 16. Jahrgang, Nr. 191 vom 13. Juli 1961, S. 1

⁸⁰⁾ ebenda, Nr. 192 vom 14. Juli 1961, S. 1

sich der ungeheuren Gefahr bewußt sein, die in einem solchen Angebot liegt.“⁸¹⁾

Ganz Deutschland soll der NATO unterstehen — so sieht das von der Adenauer-CDU geforderte „Recht auf Selbstbestimmung für alle Deutschen“ in der Praxis aus! Diese wahren Absichten werden schon in der nächsten Forderung des Kölner Manifests deutlicher:

„3. Die Einigung Europas und den Ausbau des atlantischen Bündnisses.“

Das ist die Forderung nach der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Vorherrschaft der westdeutschen Imperialisten und Militaristen in der EWG und der NATO.

Im Vergleich zu dieser eindeutig antinationalen politischen Haltung trägt die nächste Forderung nur demagogischen Charakter und soll angesichts der verstärkten atomaren Aufrüstung zur Beruhigung dienen:

„4. Die allgemeine kontrollierte Abrüstung, einschließlich aller Atomwaffen.“

Aber gerade das will die Adenauer-Partei nicht! Kriegsminister Strauß fordert von allen Politikern Westdeutschlands am lautesten die atomare Bewaffnung und die Unterordnung des gesamten gesellschaftlichen Lebens unter die Militaristen; so auch auf dem Kölner Parteitag:

„... im unmittelbarsten, engeren Sinne des Wortes... mögen Verteidigungslasten sterile und unproduktive Lasten sein. Aber die Aufbringung dieser Lasten ist die Voraussetzung dafür, daß die Wirtschaft normal reagieren kann.“⁸²⁾

Auf seiner Reise in die USA im Juli 1961 hat Strauß gegenüber USA-Außenminister Rusk, Kriegsminister McNamara und anderen Politikern und Militärs die Hauptforderungen der westdeutschen Militaristen vorgetragen: Bonn sei entschlossen, die „Berlinkrise bis zur letzten Konsequenz zuzuspitzen“ und die Westmächte mit hineinzuziehen; der NATO-Rüstungsplan MC 70 müsse weiter erfüllt und durch ein Nachfolgedokument ab 1962 ergänzt werden; die weitere Atombewaffnung der Bundeswehr soll durch amerikanisch-deutsche Zusammenarbeit vorangetrieben werden⁸³⁾. Somit ist die im Kölner Manifest erhobene Forderung nach „Abrüstung einschließlich aller Atomwaffen“ ein glattes Betrugsmanöver.

Die nächste außenpolitische Forderung ist insofern bemerkenswert, weil sie erstmalig in einem CDU-Programm auftritt:

„5. Die gemeinsame Hilfe der freien Welt für die Entwicklungsländer.“

⁸¹⁾ Deutschland-Union-Dienst, a. a. O., Nr. 80 vom 26. April 1961, S. 4

⁸²⁾ zitiert bei: Hermann Kalb/Adolf Niggemeier/Karl-Heinz Puff, Weg und Ziel der Adenauer-CDU — Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik, Hefte aus Burgscheidungen Nr. 58, S. 9

⁸³⁾ Neues Deutschland, Nr. 193 vom 15. Juli 1961, S. 2

Hier zeigt sich, wie stark der westdeutsche Imperialismus sich wieder fühlt. Wie in der Vergangenheit, begnügt er sich auch jetzt nicht mehr mit wirtschaftspolitischer Hegemonie in Westeuropa, sondern streckt seine Finger nach den infolge der imperialistischen Kolonialherrschaft „unterentwickelten“ Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas aus. Da ihm die alte kolonialistische Eroberungspolitik nicht mehr möglich ist, versucht er sein Ziel über wirtschaftliche und politische Bindungen der jungen Nationalstaaten an das westdeutsche Finanzkapital zu erreichen. Außenminister von Brentano kennzeichnete die Haltung der Bundesregierung zur „Entwicklungshilfe“ mit folgenden Worten:

„Ich kann mit aller Klarheit feststellen, daß die Entscheidungen über Art, Ausmaß und Ort unserer Entwicklungshilfe weitgehend von politischen Erwägungen bestimmt werden. Unser Interesse an Ländern, ... in denen wir beobachten, daß ihr Verhältnis zu uns von einer übereinstimmenden Beurteilung der weltpolitischen Vorgänge bestimmt wird, ist größer als bei den anderen, die den entgegengesetzten Weg nehmen.“⁶¹⁾

Diese Ausführungen von Brentanos wurden durch Staatssekretär Westrick ergänzt, der sich über die Bedingungen der „Entwicklungshilfe“ äußerte:

„Die den Entwicklungsländern eingeräumte Dispositionsfreiheit gilt nur gegenüber solchen Staaten, die das Prinzip des freien Wettbewerbs anerkennen ... Mit anderen Worten: Einkäufe im Ostblock sind ausgeschlossen.“⁶²⁾

Es geht also gar nicht um eine „Entwicklungshilfe“ für die jungen Nationalstaaten, sondern um den Profit und die wirtschaftliche und politische Macht der Imperialisten.

Der zweite Teil des Kölner Manifests wendet sich der Sozial- und Wirtschaftspolitik zu. Zu Beginn heißt es:

„Die Christlich-Demokratische Union will
die Freiheit des Bürgers,
die Förderung der Familie,
die freie Entfaltung der Gesellschaft,
Eigentum für jeden und Wohlstand für alle,
soziale Ordnung in Stadt und Land.“

Das ist fast wörtlich die Wiederholung der Parole aus dem Hamburger Manifest 1957 — ein Zeichen mehr, daß diese noch nicht verwirklicht worden waren. Wir haben schon bei der Behandlung der „Sicherheits“-Forderungen der CDU darauf hingewiesen, wie die Freiheit des Bundesbürgers immer mehr durch die Notstandsgesetzgebung eingeengt wird und wie von einer „freien Entfaltung der Gesellschaft“ heute in keiner Weise mehr gesprochen werden kann. Betrachten wir kurz die in diesem Teil des Kölner Manifests erhobenen Forderungen:

⁶¹⁾ zitiert bei: Martin Curius, Fall Torso entlarvt Bonner „Entwicklungshilfe“ in: Union-Pressedienst (UPD), 11. Jahrg. 1961, Heft 6, S. 11
⁶²⁾ ebenda

„Sie fordert deshalb

1. die Weiterführung der sozialen Marktwirtschaft, die Beseitigung jeder marktwidrigen Konzentration, die Stärkung des Mittelstandes und der Landwirtschaft, die weitere Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge, stabiles Geld und gesunde Währung, gesichertes Sparen und weit gestreutes Eigentum;
Weiterführung der Sozialreform, des sozialen Wohnungsbaues, des Prämiensparens und der Volksaktie.“

Das alles ist schon in den früheren Wahlprogrammen der Adenauer-Partei zu finden und bietet nichts Neues. Und wie früher sind auch jetzt diese Forderungen nicht ernst gemeint. Das zeigte sich bereits auf dem Kölner Parteitag selbst, als Wirtschaftsminister Erhard „dem Walten und Wirken eines freien Unternehmertums als unentbehrlicher Institution jeder Marktwirtschaft“ das Wort redete und von dem kleinen Unternehmer und dem Mittelstand die Einsicht verlangte, daß seine Freiheit den „Mut zur Bewährung im Wettbewerb mit allen Chancen und Risiken“ einschließe — und das angesichts der großen Profitgier und der Riesenmacht der Monopole⁶³⁾! Und so empfahl Erhard wieder „Maßhalten“, „Sparen“ bei „anerkannt niedrigem Sparvermögen der breiten Schichten“ und „Konsumverzicht“ als probates Mittel zur „Verbesserung“ der sozialen Lage der Arbeiter. Daß er keineswegs daran interessiert ist, diese Lage wirklich zu erleichtern, geht aus folgenden Sätzen hervor:

„Was würden unaufhörlich gesteigerte Löhne nützen, wenn dergestalt die allgemeine Kaufkraft immer weiter absinkt und am Ende die Stabilität der Währung zerrüttet, die Stetigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung gestört wird?“⁶⁴⁾

Erhard wird sekundiert von Arbeits- und Sozialminister Blank, der sich gegen die Wiedereinführung einer Mindestrente und zum Krankenversicherungsrecht mit folgenden Worten äußert:

„Sozialpolitik durch eine möglichst große Staatsbelastung betreiben zu wollen, bedeutet, gegenüber der großen Mehrheit der Arbeitnehmer und Rentner unsozial zu handeln ...

Die Folge wird jetzt sein, daß notwendige Verbesserungen im Krankenversicherungsrecht von den Versicherten mit noch höheren Beiträgen bezahlt werden müssen.“⁶⁵⁾

Das bedeutet: Wenn die Arbeiter besser leben wollen, mögen sie es selbst bezahlen; aber die „Stetigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung“, also die Stetigkeit des Steigens der Profite darf nicht gestört werden.

Die nächsten Forderungen enthalten wieder eine Menge von Versprechungen als Lockmittel für die Stimmabgabe zugunsten der CDU/CSU:

⁶³⁾ Hermann Kalb/Adolf Niggemeier/Karl-Heinz Puff, a. a. O., S. 15

⁶⁴⁾ Deutschland-Union-Dienst, Nr. 79 vom 25. April 1961, S. 3

⁶⁵⁾ ebenda, Nr. 82 vom 28. April 1961, S. 23

- „2. Solide Ausbildung unserer Jugend von der Volksschule bis zur Universität, Ausbau der Bildungs- und Forschungseinrichtungen, familiengerechte Förderung aller Begabten von der Fachschule bis zu den wissenschaftlichen Hochschulen durch Stipendien und Darlehen, für jeden die gleiche Chance nach Begabung und Neigung.
3. Stärkung der Familie, Ausbau des Kindergeldes, Entlastung der Mütter, Sorge für die Alten, Förderung des Eigenheimes und der Eigentumswohnung, familiennahe Kindergärten und Spielplätze.
4. Bau von Sportplätzen, Turnhallen und Schwimmbädern nach dem ‚Goldenen Plan‘, Schaffung und Pflege von Erholungs- und Wandergebieten.
5. Umfassende Raumordnung, Erneuerung unserer Städte und Dörfer, Entlastung der Ballungsgebiete, Herabsetzung der Wohndichte, mehr Grünflächen in unseren Städten, Verbesserung der Verkehrs- und Straßenverhältnisse, Lärmbekämpfung, Reinhaltung von Luft und Wasser.“

Die Punkte 2 und 3 bieten absolut nichts Neues, sie sind ebenfalls eine Wiederholung der Versprechungen von 1953 und 1957, und es besteht nicht die mindeste Veranlassung, anzunehmen, daß sie diesmal verwirklicht werden würden. Daß die propagierte Förderung des Eigenheims und der Eigentumswohnung letztlich ein Betrugsmanöver an den westdeutschen Bausparern darstellt, bestätigte ein Artikel in „Die Zeit“ vom 7. Juli 1961 unter der Überschrift: „Der geprellte Bausparer“. Darin heißt es:

„Ein Quadratmeterpreis von 50 DM ist denn auch in großstadtnaher Lage heute durchaus die Regel, wobei in ‚besseren‘ Wohngebieten Preise von 100 bis 150 DM keine Seltenheit sind. In einem Taunusdorf, 25 km von Frankfurt entfernt, sind die Baulandpreise in den letzten beiden Jahren (Stopppreis 3 DM) von ‚schwarz‘ 10 auf offiziell 25 DM gestiegen. Hinzu kommen bei einem 1000 qm großen Grundstück Aufschließungskosten in Höhe von 8000 DM, so daß der Bauwillige allein für Grund und Boden 33 000 DM bezahlen muß — und das draußen auf dem Lande. Für die nach dem Wohnungsbaugesetz besonders begünstigten Bevölkerungskreise (Einkommensgrenze monatlich 750 DM) sind das auf jeden Fall unerschwingliche Preise.“⁸⁹⁾

Die Punkte 4 und 5 stellen mit ihren Versprechungen eine Gegenmaßnahme zur Wahlpropaganda der SPD dar. Diese hat ja grundsätzlich keine Alternative zur CDU aufzuweisen, nachdem ihre rechte Führung mit dem Frontstadtchef Brandt an der Spitze völlig auf den verhängnisvollen, antinationalen politischen Kurs der „Mannschaft“ um Adenauer eingeschwenkt ist. Statt dessen versuchte sie für sich Stimmung zu machen durch solche Versprechungen wie Senkung der Unfallziffern, „reine Luft über dem Ruhrgebiet“ und ähnliche. Deshalb nahm die Adenauer-Partei solche Forderungen auch in ihr Kölner Mani-

⁸⁹⁾ zitiert in: Argumentation Nr. 46 vom 11. Juli 1961, a. a. O., S. 3

fest auf, um der SPD-Wahlpropaganda den sowieso schon schwachen Wind vollends aus den Segeln zu nehmen.

Nach alledem wird im Kölner Manifest am Schluß der westdeutsche Wähler beschworen:

„Die Erfolge unseres Volkes unter der Führung der Union sind jedem sichtbar.

Wer das Erreichte nicht aufs Spiel setzen, wer unsere Zukunft sichern und wer den Weg nach oben weitergehen will, wählt die Christlich-Demokratische Union Deutschlands.“

Tatsächlich sind die „Erfolge“ der Politik der Adenauer-Partei jedem sichtbar geworden, der mit offenen Augen die politische Entwicklung verfolgt. Es ist nach dem Dulleschen Vorbild eine Politik am Abgrund des Krieges, die von den Vertretern der Adenauer-Partei betrieben wird. Wie ein Hohn wirken dagegen die zentralen Wahlparolen für 1961: „Das Erreichte nicht aufs Spiel setzen!“ und „Die Zukunft sichern!“ Diese Parole gilt nach allen bisher getroffenen Feststellungen nicht für die einfachen Werktätigen. Das von ihnen „Erreichte“ wird von der Adenauer-Partei nicht nur aufs Spiel gesetzt, sondern systematisch abgebaut. Das bezieht sich auf die sozialen Leistungen ebenso wie auf den Lebensstandard und die bürgerlich-demokratischen Grundrechte. Wäre sie bestrebt, die Zukunft zu sichern, so müßte sie sich in erster Linie um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland bemühen. Aber gerade davon ist nichts im Kölner Manifest enthalten. Die ausgegebenen Wahlparolen gelten ausschließlich für die Stützen der Bonner Gesellschaft: die reaktionären westdeutschen Imperialisten und die aggressiven revanchelüsteren Militaristen. Deren Zukunft zu sichern — darum geht es der Adenauer-Partei!

Für die Politik dieser Partei und die gegenwärtige Situation in Westdeutschland trifft genau die Einschätzung zu, die die Kommunistische Partei der Sowjetunion im Juli 1961 im Entwurf ihres großen Programms über die Krise des Weltkapitalismus gegeben hat:

„Die amerikanischen Monopole und ihre englischen und französischen Verbündeten fördern unverblümt das Wiedererstehen des westdeutschen Imperialismus, der zynisch Revanche- und Annexionsziele verkündet und einen Krieg gegen die sozialistischen Staaten und andere europäische Länder vorbereitet. Im Herzen Europas wird ein gefährlicher Aggressionsherd wiederhergestellt, der den Frieden und die Sicherheit aller Völker bedroht ...

Das Monopolkapital kehrt sein reaktionäres, antidemokratisches Wesen immer deutlicher hervor. Es findet sich nicht einmal mit den früheren bürgerlich-demokratischen Freiheiten ab, wenn es sie auch demagogisch proklamiert ...

Die imperialistischen Ideologen tarnen die Diktatur des Monopolkapitals mit heuchlerischen Losungen von Freiheit und Demokratie; sie erklären die imperialistischen Staaten zu

Ländern der 'freien Welt' und geben die herrschenden bürgerlich Kreise für Gegner jeder Diktatur aus. In Wirklichkeit bedeutet Freiheit in der imperialistischen Welt lediglich die Freiheit der Ausbeutung der Arbeiterklasse und des schaffenden Volkes nicht nur des eigenen Landes, sondern auch aller anderen Länder, die unter die eiserne Ferse der Monopole geraten.

Die Bourgeoisie streicht mit allen Mitteln den angeblichen demokratischen Charakter ihres Wahlsystems heraus und preist besonders das Vorhandensein mehrerer Parteien und die Möglichkeit, eine Vielzahl von Kandidaten aufzustellen. In Wirklichkeit geben die Monopolherren den Volksmassen keine Möglichkeit, ihren Willen zu äußern und wirkliche Verteidiger ihrer Interessen zu wählen.⁸⁰⁾

1945 haben die Christlichen Demokraten Westdeutschlands in Köln ihren politischen Weg mit Losungen der Demokratie, der Freiheit, des Antifaschismus, des Antimilitarismus und des Antiimperialismus angetreten.

1961 demonstrierte die Christlich-Demokratische Union Westdeutschlands in Köln die Politik der Stärke, des Krieges, des Militarismus, des Imperialismus und des wiedererstarbten Faschismus.

Die Gegenüberstellung dieser beiden Kölner Tagungen und der dort verabschiedeten Programme veranschaulicht, welchen ausgesprochen reaktionären Weg diese Partei in den 16 Jahren ihrer Existenz eingeschlagen hat, wie rücksichtslos und zugleich wie demagogisch sie die Interessen ihrer Auftraggeber gegen die Interessen des Volkes durchgesetzt hat.

Das Programm der KPdSU dagegen zeigt ebenso wie die Stärke unserer Deutschen Demokratischen Republik und die Geschlossenheit ihrer Bevölkerung, daß die Bäume der Imperialisten nicht in den Himmel wachsen und ihre Pläne letztlich zum Scheitern verurteilt sind, weil immer mehr Menschen den wahren räuberischen Charakter des Kapitalismus erkennen und im Wesen und in der Politik der sozialistischen Staaten die Lösung der sozialen wie der nationalen Frage der Völker verwirklicht sehen:

„Die Monopolbourgeoisie kann dem unaufhaltsamen Gang der geschichtlichen Entwicklung nicht einmal mit Kernwaffen Einhalt gebieten. Die Menschheit hat das wahre Antlitz des Kapitalismus erkannt ... Die Menschheit kann und wird sich nicht mehr mit dem historisch überlebten System des Kapitalismus abfinden.

Die internationale revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse hat welthistorische Siege errungen. Ihre wichtigste Errungenschaft ist das sozialistische Weltssystem. Das Beispiel des siegreichen Sozialismus übt einen revolutionären Einfluß auf die Werktätigen der kapitalistischen Welt aus, begeistert sie zum Kampf gegen den Imperialismus und erleichtert in ungeheurem Maße die Bedingungen dieses Kampfes.⁸¹⁾

⁸⁰⁾ Neues Deutschland, 16. Jahrgang, Nr. 210 vom 1. August 1961, S. 4

⁸¹⁾ ebenda, S. 5

Im Gegensatz zu den Wahlparolen der Adenauer-CDU zeigt der Deutsche Friedensplan eine Alternative, die auch den Interessen der ehrlichen christlichen Bürger Westdeutschlands entspricht⁸²⁾. Seine Forderungen nach der Bildung einer Deutschen Friedenskommission aus Vertretern der Parlamente beider deutscher Staaten, die Verhandlungen führen sollen über deutsche Vorschläge zum Friedensvertrag und über ein Abkommen des guten Willens zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten, werden das herbeiführen helfen, was die Adenauer-Partei ihren Wählern zwar jedesmal verspricht, aber nie verwirklichen will: Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung und soziale Sicherheit in ganz Deutschland.

⁸²⁾ Neue Zeit, 17. Jahrgang, Nr. 156 vom 8. Juli 1961, S. 1/2

- *25 Prof. Dr. Rudolf Ričan: Josef L. Hromádka — Leben und Werk
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika — Einige seiner Probleme
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- *29 Fritz Rick: Auf neue Art arbeiten, lernen und leben
- *30 Dr. Hans Wiedemann †: Aus meinen Reden
- *31 Gerhard Lange: Erziehung und Bildung der Jugend in den beiden deutschen Staaten
- *32 Dr. Gerhard Desczyk: Der Friedensauftrag der Katholiken
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- *34 Johannes Zukertort: Der deutsche Militarismus und die Legende vom Präventivkrieg Hitler-Deutschlands gegen die Sowjetunion
- *35/36 Luitpold Steidle: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“
- *37 Gerhard Krüger: Die Darstellung der wichtigsten Probleme des zweiten Weltkrieges in der reaktionären Geschichtsschreibung Westdeutschlands
- *38 Prof. Dr. Gerhard Reintanz, Heinz Büttner, Erwin Krubke: Friedensvertrag mit Deutschland
- *39 Gertrud Hiling: Abrüstung — der Weg zum Weltfrieden — Wunsch und Wille der Menschheit
- *40 Wolfgang Heyl, Victor Thiel, Erwin Krubke, Rolf Börner: Es gibt keinen dritten Weg
- *41 Otto Nuschke — Sein Vermächtnis an die christlichen Demokraten
- *42 Rolf Börner: Der Christ und die sozialistische Moral
- *43 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Ostsee — Meer des Friedens
- *44 Prof. Dr. theol. Gerhard Kehnscherper: Max Plancks Forderung an Theologie und Kirche
- 45 Werner Meinecke: Die Verflechtung mit der Macht als aktuelle Bedrohung der Kirche
- *46 Dr. Heinrich Toeplitz: Recht und Justiz in beiden deutschen Staaten
- *47 Gerald Götting: Einig im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus
- 48 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Atomare Aufrüstung und Lebenslage
- 49 Prof. Dr. Jan Millč Lochman: Theologie und kalter Krieg
- 50 Carl Ordnung: Die Kirche vor der sozialen Frage
- 51 Dipl. oec. Erwin Krubke: Soziale Sicherheit ist nur im Sozialismus möglich

- 52 Aus der Arbeit des Gesamtstaatlichen Friedensausschusses der katholischen Geistlichkeit in der CSSR: Vom Glauben zum Bekenntnis
- 53 Alwin Schaper: Der Gottesfrieden — Rückblick und Ausschau
- 54 Prof. Dr. Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 55 Carl Ordnung: Der Atheismus als Frage an die Christenheit
- 56 Gerald Götting: Afrika den Afrikanern! — Zur Freiheitsbewegung der afrikanischen Völker
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU — Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 59 Siegfried Welz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 60 Gertrud Illing: Das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus im Bonner Staat und die Rolle der Adenauer-CDU
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden

Die mit * gekennzeichneten Titel sind bei der Partelleitung vergriffen.

Verkaufspreis 1,— DM